



Herbert Knur:

Kommunalpolitik als Herzensangelegenheit

Zum 60. Geburtstag von Berglerns Bürgermeister gaben sich zahlreiche Gratulanten aus Politik und Wirtschaft ein Stelldichein.

Seite 20



Tamara Bischof:

Gesundheitswoche in Kitzingen

Der sehr gut besuchte „Tag der offenen Tür“ im Landratsamt war unumstrittener Höhepunkt erfolgreicher Veranstaltungstage.

Seite 18



Erwin Huber:

Stabile Strompreise bis Ende 2007

„Gewinner ist der Verbraucher“, so der Wirtschaftsminister nach Gesprächen mit den drei großen bayerischen Regionalversorgern.

Seite 9

Bayerische Gemeindezeitung

Kommunalpolitik · Wirtschaft · Recht · Technik · Praxis

ISSN 0005-7045

Geretsried, den 5. Oktober 2006

57. Jahrgang / Nummer 19



E.ON Energie unterstützt FREUNDE mit 180.000 Euro

Für drei Jahre fördert E.ON Energie das Projekt FREUNDE. Neben dem finanziellen Engagement wird der Energie-Riese praktische Unterstützung leisten. Ob bei der Pressearbeit, bei Veranstaltungen oder bei der Produktion von Informationsmaterialien - E.ON will helfen, FREUNDE noch stärker zu machen. Das Projekt wurde von Rotary initiiert, um Sucht- und Gewaltentstehung bereits bei Kindern im Kindergartenalter vorbeugend zu begegnen. Über speziell entwickelte Fortbildungsprogramme lernen Erzieherinnen und Erzieher in Kindertageseinrichtungen, wie man Kinder Schritt für Schritt durch schwierige Situationen des Alltags führt. Auf diesem Weg lernen die Kinder, wie man mit Gefühlen, Stress und Problemen umgeht aber auch, wie man Konflikte löst und Entscheidungen trifft. Die frühkindliche Förderung ist einer von vier Schwerpunkten, die sich E.ON Energie im Rahmen der konzernweiten Initiative „Energie für Kinder“ auf die Fahne geschrieben hat. „FREUNDE vermittelt Fähigkeiten, die jeder von uns das ganze Leben lang braucht, die aber in keiner Schule gelehrt werden: der Umgang mit Konflikten, Einfühlungsvermögen, Selbstwahrnehmung und Sozialverhalten. „Auch aus diesem Grund sind wir von dem Projekt überzeugt“, so Hartmut Geldmacher, Personalvorstand und Arbeitsdirektor von E.ON Energie. Neben „FREUNDE“ unterstützt E.ON Energie weitere Projekte im Bereich Kinder- und Jugendförderung, wie zum Beispiel „Hilfe für Kids“, die „KlinikClowns“ oder „Kleine Helden“. Unterstützt wird das Projekt auch von Kinderbuchautor Helme Heine. Weitere Informationen zu FREUNDE gibt es im Internet unter www.stiftung-freunde.de. Unser Bild zeigt (hinten v. l.): Helme Heine, Kinderbuchautor, Beatrix Benz, Präventions-Fachkraft FREUNDE, Klaus-Michael Koch, Initiator FREUNDE und Hartmut Geldmacher, Arbeitsdirektor und Personalvorstand von E.ON Energie. Im Vordergrund: Kinder der Aktion FREUNDE.

KPV-Landesvorstand und Hauptausschuss:

Sparkassen und Schulpolitik

Dialog mit Alexander Radwan und Karl Freller

Die Zukunft der Sparkassen aus europäischer Sicht sowie der Ausbau der Ganztagsbetreuung an bayerischen Schulen standen im Mittelpunkt der jüngsten Sitzung des KPV-Landesvorstandes und Hauptausschusses in München. Der Vorsitzende, Landrat Luitpold Braun, konnte hierzu den Europaabgeordneten Alexander Radwan sowie Kultusstaatssekretär Karl Freller begrüßen.

Welchen Weg gehen die Sparkassen in Europa? Auf diese eher simple Frage gibt es nach Darstellung des Wirtschaftspolitischen Sprechers der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Alexander Radwan, derzeit keine Antwort. Er beobachtet eine teilweise auch in Bayern vorherrschende - Grundstimmung nach dem Motto „Eigentlich ist es wichtig, den Status Quo zu bewahren. Letztlich sind wir erfolgreich, wenn uns Brüssel in Ruhe lässt.“

Viele europäische Länder hatten laut Radwan vor 20 bis 30

Jahren ein Bankensystem, das nach dem Drei-Säulen-Prinzip aufgebaut und mit dem deut-

lich des Finanzsektors (etwa in Spanien) verbunden waren oder im Zuge von Banken- und Währungskrisen (z. B. in Italien) angetrieben wurden. Die Sparkassen Europas wiesen daher sehr unterschiedliche Strukturen auf.

Private Rechtsformen

orts längst in private Rechtsformen, meist in Aktiengesellschaft



Luitpold Braun, Karl Freller und Gerhard Weber (v. l.)

schon Bankenmodell vergleichbar war. Vor allem in den vergangenen zehn Jahren hätten allerdings in den meisten europäischen Ländern massive Veränderungen stattgefunden, die zum Teil mit einer generellen Öff-

ten, überführt worden. In einigen Ländern, etwa in Italien, habe man damit den Weg für Fusionen mit privaten Banken geebnet.

Trotzdem erfolgreich

Auch das Regionalprinzip werde unterschiedlich gehandhabt, fuhr der Europapolitiker fort. In Italien, Spanien und Österreich beispielsweise sei es abgeschafft worden. Gerade das Beispiel Spanien zeige, dass Sparkassen auch mit unterschiedlichen Strukturen erfolgreich ihren Weg gehen können. Das Land habe eine beispiellose Entwicklung des Sparkassensektors erlebt, die sogar gegen den europäischen Trend mit einer Zunahme der Zweigstellendichte verbunden war. Tatsache sei aber auch, „dass das Osteuropageschäft im Bereich der Finanzdienstleistungen von Wien aus gesteuert wird - und zwar säu-

(Fortsetzung auf Seite 4)

(Fortsetzung von Seite 1) bayerischen Staatshaushalt die Investitionskraft der Betriebe und den ländlichen Raum stärken. Daneben werden auch die



Hanns Dorfner, Florian Hahn und Alexander Radwan (v. l.)

Mittel für die Dorferneuerung erhöht. Stoiber: „Mit dieser finanziellen Kraftanstrengung erhöht Bayern die Investitionskraft der mittelständischen Unternehmen und schafft Rahmenbedingungen für neue Arbeitsplätze in den ländlichen Räumen.“

Zusätzlich zu den Kraftanstrengungen und politischen Leitentscheidungen in Bayern wird die Staatsregierung weiter die bayerischen Interessen in Brüssel konsequent vertreten. Mit Unterstützung von Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel hat Bayern in Brüssel durchgesetzt, dass

Stoiber kündigt weitere Stärkung der ländlichen Räume in Bayern an:

Maßstab ist die Chancengerechtigkeit

Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber hat auf dem Kongress für gleichwertige Zukunftschancen und Perspektiven in allen Regionen Bayerns in Amberg die weitere Stärkung der ländlichen Räume angekündigt. Alle Zukunftsentscheidungen für Bayern sollen nach den Worten Stoibers nach dem Maßstab der Chancengerechtigkeit im ganzen Land getroffen werden.

Stoiber: „Ziel meiner Politik ist, dass auch in Zukunft nicht nur in den Ballungszentren, sondern genauso in den ländlichen Räumen gute Arbeits- und Lebensperspektiven für die Menschen bestehen. Es ist eine zentrale politische Leitentscheidung, das ganze Land konsequent nach vorne zu entwickeln und nicht einseitig auf die Ballungszentren zu setzen, damit Bayern auch künftig zu den innovativsten und dynamischsten Regionen zählt. Die Menschen

sollen vor Ort in ihrer Heimat Arbeit und gute Lebenschancen haben, weil Abwanderung wie in anderen Regionen Deutschlands die starke Substanz Bayerns schwächen würde.“

Vorrangprinzip

Stoiber kündigte konkret an, dass mit dem neuen so genannten Vorrangprinzip in der Landespolitik zugunsten strukturschwächerer Gebiete die Infrastruktur und die finanzielle Förderung deutlich verbessert werden. Das Vorrangprinzip sei ein deutliches Signal für die gleichmäßige Stärkung von Ballungszentren und ländlichen Räumen. Weiter kündigte Stoiber an, dass Bayern seine Unterstützung für die Landwirtschaft in den nächsten beiden Jahren weiter steigern wird. Stoiber: „Bayern kürzt seine Agrarausgaben nicht. Im Gegenteil: Während Brüssel kürzt, legt Bayern sogar noch zu.“ Nach den Worten Stoibers wird Bayern auch über 2006 hinaus die vollen Kofinanzierungsmittel für die Landwirtschaft garantieren, obwohl die EU ihren Anteil komplett streicht.

Darüber hinaus wird Bayern, so Stoiber, ab 2007 mit 40 Millionen Euro zusätzlich aus dem

(Fortsetzung auf Seite 4)

Neues von Sabina



Als „eine Sternstunde der Entbürokratisierung“ bezeichnet der Bürgermeister hämisch den Wegfall einer europäischen Verpackungsrichtlinie. Am Interessantesten war allerdings die kritische Reaktion einiger Unternehmen. Hier bewahrheitet sich der alte Spruch, wonach kein Wegweiser selbst in die Richtung geht, in die er zeigt. Seite 19

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, der braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Demographische Herausforderung

Bayerischer Gemeindetag in Barbing

Schwerpunktmäßig mit der demographischen Herausforderung wird sich die diesjährige Landesversammlung des Bayerischen Gemeindetags am 18. und 19. Oktober in Barbing befassen. Verbandspräsident Dr. Uwe Brandl erwartet neben den Repräsentanten seines Verbandes u. a. Landtagspräsident Alois Glück und die Kabinettsmitglieder Dr. Günther Beckstein, Christa Stewens und Siegfried Schneider.

Sie lesen in dieser Ausgabe

	Seite
SGK-Tagung im Maximilianeum	2
Öffentliche Verschwendung am Pranger	2
GZ-Kolumne Gerhard Weber: Fairness unter Partnern?	3
EU-Fördermittel für den ländlichen Raum	3
GZ-Fachthemen:	
Energieversorgung - Energiesparmaßnahmen	5 - 12
Abfallwirtschaft - Recycling	13/14
Verkehrspolitik	15
Kommunaler Bau	16
Kommunalfahrzeuge	17
Aus den bayerischen Kommunen	18 - 20

Gemeinden müssen attraktiv bleiben

SPD-Landes- und Kommunalpolitiker sorgen sich um Schulen, Energieversorgung und Sparkassen - Enge Zusammenarbeit bestätigt

Die möglichst wohnortnahe Versorgung der Bevölkerung bleibt ein Generalnenner sozialpolitischer Oppositionspolitik im Bayerischen Landtag. Unter diesem Vorzeichen stand das herbstliche Spitzengespräch der Fraktion mit der SPD-Arbeitsgemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) im Maximilianeum. Die Zusammenarbeit stehe „auf guten Füßen“, fassten die kommunalpolitische Fraktionssprecherin, Helga Schmitt-Bussinger, und Bayerns SGK-Vorsitzender, OB Dr. Ivo Holzinger aus Memmingen, vor der Presse das Ergebnis der Aussprache zusammen. Es ging insbesondere darum, die vielerorts drohende Schließung von Hauptschulen durch Zusammenlegung mit Realschulen zu Regionalschulen möglichst zu vermeiden, kommunale Energieversorgungsunternehmen und Sparkassen zu erhalten.

Zum Komplex Schule berichtete Frau Schmitt-Bussinger, das vom Fraktionschulsprecher Hans-Ulrich Pfaffmann entwickelte Regionalschulkonzept sei von den SGK-Repräsentanten „sehr interessiert“ aufgenommen worden. Sie unterstrich, was Pfaffmann sinngemäß wiederholt betont hat: Die Regionalschule sei keine Neuaufgabe der Gesamt-

schule und kein Versuch, eine neue Strukturdebatte vom Zaun zu brechen. Angesichts der demographischen Entwicklung gingen den Schulen in den nächsten Jahren schlicht die Schüler aus. Schulschließungen seien die Folge; ohne Schule indessen verlorene viele Gemeinden an Attraktivität und Lebensqualität. Die Regionalschule ermögliche

einen neuen Klassenzug vor Ort, statt die Kinder von Haupt- und Realschule per Schulbus in das nächstgelegene Schulzentrum zuschicken. Teure Fahrtkosten und Schulzuschüsse für die Gemeinden würden vermieden. Holzinger zeigte sich überzeugt, dass Gemeinden und Landkreise als Sachaufwandsträger die Regionalschulen „pragmatisch“ und problemlos finanzieren könnten.

Zusammenarbeit von Haupt- und Realschule

Mit Interesse ist eine Stellungnahme des Vorsitzenden im Bildungsausschuss, des CSU-Abgeordneten Gerhard Waschler, vermerkt worden. Er lehnt die Regionalschule zwar in Übereinstimmung mit Kultusminister

Siegfried Schneider ab, hält aber eine Zusammenarbeit von Haupt- und Realschule im Einzelfall für sinnvoll.

Kostenloses drittes Kindergartenjahr

Zur Forderung nach dem kostenlosen dritten Kindergartenjahr bezog sich Frau Schmitt-Bussinger auf die Berliner Rede des Bundespräsidenten. Holzinger stimmte zu: Eine Kostenfreiheit sei „mehr als sinnvoll“. Die Finanzierung sei indessen eine Sache von Bund und Land, nicht der Kommunen.

Erhalt kommunaler Energie-Unternehmen

Zum Erhalt der kommunalen Energie-Unternehmen ist es nach den Worten von Hildegard Kronawitter notwendig, eine Regelung der Netzentgelte zu erhalten oder zu schaffen, die dem Versorgungsauftrag gerecht werde und die Unternehmen überleben lasse. Zumal diese kommunalen Energieträger Partner des wirtschaftlichen Mittelstandes in den Gemeinden seien. Leider sei das, was Bayerns Wirtschaftsminister Erwin Huber und die Wirtschaftsverbände als Konsens ausgehandelt haben, nicht geeignet die kommunalen Versorgungsstrukturen zu sichern. Auch bei den Grünen zeigten sich Tendenzen, welche die kommunalen Unternehmen „in die Schieflage“ brächten.

Verbünden gegen Großunternehmen

Übereinstimmend mit den Fraktionssprecherinnen lehnte es auch Holzinger ab, das Mittelstandsförderungsgesetz durch eine „Drittsschutzklausel“ so zu ändern, dass Private ein Klagerecht gegen Kommunalunternehmen erhalten. Frau Kronawitter warnte CSU und Grüne davor, das mühsam erarbeitete Gesetz wieder aufzubrechen; Frau Schmitt-Bussinger verwies auf die gute Zusammenarbeit der mittelständischen Privatwirtschaft mit den Kommunen. Man sollte sich gegen die übermächtigen Großunternehmen verbünden, damit kommunale Betriebe ihren Versorgungsauftrag weiter erfüllen können.

Das gilt nach den Erklärungen der Abgeordneten und Holzingers sinngemäß auch für den Schutz der Sparkassen. „Wo Sparkasse draufsteht, muss auch Sparkasse drin sein“, fasste Frau Kronawitter zusammen und Holzinger versicherte, „da werden wir uns gemeinsam ganz stark machen.“ **rm**

Bezirksreform noch nicht perfekt

Eingliederungs- und Pflegekosten strittig

Die künftigen Aufgaben der sieben bayerischen Bezirke sind noch nicht bis ins letzte Detail neu geregelt. Das teilte der Vorsitzende der CSU-Landtagsfraktion Joachim Herrmann nach der Klausurtagung in Kloster Banz in München mit. Nachdem in anderen Fragen schon Einigung erzielt wurde, geht es nun noch um die Zuständigkeit bei den Eingliederungshilfen für Behinderte und um die Hilfen zur Pflege kranker und alter Menschen.

Die Fraktion kam noch zu keiner Entscheidung, zumal in Banz andere Probleme im Vordergrund standen. Bei den Eingliederungshilfen ist die Neuregelung laut Herrmann jedoch relativ problemlos. Schon bisher tragen die Bezirke hier die Hauptlast. 2004 waren es 1.365 Millionen Euro, gegenüber rund 56 Millionen Euro, die von Städten und Landkreisen zu zahlen waren. Eine Erhöhung der Bezirksumlage sei nicht zu erwarten, wenn die Bezirke auch diese Kosten übernehmen.

Bei den Hilfen zur Pflege ist die Lage, so Herrmann, wesentlich diffiziler. Die Konzentration

Nachmal Sonne tanken!

Buchen Sie Last-Minute-Schnäppchen direkt im Internet unter www.1a-preisvergleichreisen.de

CSU-Umweltpolitiker:

Ländlichen Raum stärken!

Tagung in Neumarkt in der Oberpfalz Maßnahmenkatalog vorgelegt

Gegen den befürchteten Niedergang ländlicher Regionen in Bayern fordern die Umweltpolitiker der CSU ein konzentriertes Maßnahmenbündel von EU, Bund und Staatsregierung. Wie der Vorsitzende des Umweltausschusses, MdB Josef Göppel, bei einer Tagung in Neumarkt in der Oberpfalz konstatierte, entstehe ein neuer Aufbruch für ländliche Räume. „Es stellt sich die Frage, ob sich ganze Gebiete entvölkern. Da wollen wir rechtzeitig gegensteuern.“

Der Bund soll nach den Vorstellungen des Arbeitskreises Umweltsicherung und Landesplanung die Grundfinanzierung von Landkreisen und kleineren Gemeinden verbessern. Diese sollten über staatliche Programme mitentscheiden können, statt passiv auf der Empfängerseite zu sitzen. Zudem solle die Bundesregierung die bisherige mit der EU kofinanzierte Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz in ein „Nationales Entwicklungsprogramm ländlicher Raum“ umwandeln. Eine verlässliche Honorierung landeskultureller Leistungen sei einzuführen, ebenso müssten partnerschaftliche Zusammenschlüsse von Kommunalpolitikern, Landwirten und Naturschützern besonders gefördert werden.

Natur als Kapital

Ferner sei mit einem bundesweiten Projekt „Natur als Kapital“ der ökologische Wert von Kulturlandschaften verstärkt zur regionalen Wertschöpfung zu nutzen und die Verwendung von Biokraftstoffen so zu fördern, dass reine Pflanzenöle nicht aus dem Markt gedrängt werden.

Der Ausbau des Schienennetzes in Deutschland dürfe sich nicht nur auf Schnellbahnen zwischen den Metropolen beschrän-

ken lassen; vielmehr sei auch auf leistungsfähige Fernverkehrsverbindungen der Mittelstädte zu achten. Bei der leitungsgebundenen Infrastruktur wie schnellen Internetzugängen müssten Anreize für jene Unternehmen geschaffen werden, die auch in dünn besiedelten Gebieten investieren.

Neue Formen des Zusammenlebens

Die CSU-Umweltpolitiker plädierten zudem dafür, ein nutzerbezogenes Finanzierungsinstrument für die Sonderlasten der Haus- und Grundeigentümer in Wasserschutzgebieten einzuführen, die letzte Verantwortung der Kommunen für Einrichtungen der Daseinsvorsorge gesetzlich zu sichern, neue Formen sozialen Zusammenlebens wie Mehrgenerationenhäuser auch in Ortskernen ländlicher Räume zu fördern, neue Organisationsformen für Grunddienstleistungen in dünn besiedelten Gebieten zu entwickeln (wie zum Beispiel Dienstleistungsbusse mit kombinierten kulturellen, medizinischen und Einzelhandelsangeboten), das Ehrenamt als tragende Säule lebendiger ländlicher Räume umfassend zu unterstützen und die steuerliche Freistellung gemeinnütziger Vereine nicht auszuhehlen sowie die Querschnittsaufgabe Ländliche Räume federführend dem Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten zuzuordnen. In Brüssel wiederum solle die Bundesregierung die deutsche EU-Ratspräsidentschaft dazu nutzen, um die Stärkung ländlicher Räume zu einer Schwerpunktaufgabe zu machen.

Die seit mehreren Jahren anhaltende Landflucht wird parteiübergreifend mit Besorgnis beobachtet. Die CSU-Umweltpolitiker forderten deshalb den Erhalt wohnortnaher Schulen. „Wenn es keine Schule mehr gibt, gehen die jungen Familien weg“, meinte Göppel. **DK**

kommunalen Spitzenverbände und die Wohlfahrtsverbände um klare Stellungnahmen bis etwa Ende dieses Jahres gebeten. Herrmann schätzt, die Reform bei den Eingliederungshilfen könnte nach Parlamentsabschluss im Sommer 2007 wirksam werden; anders bei der Pflegehilfe. Hier peilt der CSU-Fraktionschef das Jahr 2009 an. Dann würde die Streitfrage auch die Kommunalwahlen im März 2008 nicht stören. **rm**

Bund der Steuerzahler präsentiert sein Schwarzbuch 2006:

Öffentliche Verschwendung am Pranger

„Nur die Spitze des Eisbergs“ präsentierte der Stellvertretende Präsident des bayerischen Bundes der Steuerzahler, Dr. Alfred Wöhl, bei der Vorstellung des sog. Schwarzbuches seines Verbandes vor der Presse in München. „Wer Steuern zahlt, will Sparsamkeit“, so Wöhl. Gegen das Prinzip des achtamen Umgangs mit öffentlichen Mitteln würde aber häufig in eklatanter Weise verstoßen. Die Einführung des Straftatbestandes der Amtsuntreue verbunden mit einem Amtsankläger bleibt deshalb eine wichtige Verbandsforderung. Ziel müsse sein, Steuergeldverschwendung erfolgreich zu sanktionieren.

Bundesweit wurden 102 gravierende oder repräsentative Fälle aufgenommen. Das neue Schwarzbuch beweise einmal mehr, so Dr. Wöhl, dass die Verschwendung von Steuergeldern auch in Zeiten angeblich leerer öffentlicher Kassen keinesfalls abnimmt.

Desaster im Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen

Die eklatanteste Kritik an einer bayerischen Kommune trifft dieses Jahr den Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen. Dieser hatte zunächst eine völlig kontaminierte ehemalige US-Kaserne erworben und dort sein eigenes Landratsamt untergebracht. Weil dort angeblich in eine Zukunftsbranche investiert werden sollte, wurde im Innenhof ein Gerontologie-Zentrum errichtet, das jetzt weitgehend leer steht.

Das ganze Bauvorhaben hat den Landkreis in eine desaströse finanzielle Schieflage gebracht. Zunächst kritisieren die Steuerzahler lediglich die Explosion der Baukosten. Statt der geplanten 10,5 Millionen Euro musste Landrat Manfred Nagler 17,2 Millionen Euro berappen. Die kalkulierten Mieterlöse blieben aus; der aktuelle Wert der Immobilie wird auf schlappe 9,2 Mil-

lionen Euro beziffert. Da der Gesamtverlust für den Landkreis und seine Gemeinden, die die leichtfertigen Ausgaben des Kreises finanzieren sollen - aber noch weit höher ist, wird der Bund der Steuerzahler am Ball bleiben.

Teurer BND-Umzug

Der geplante Umzug des BND von Pullach nach Berlin bleibt ein Ärgernis für die Repräsentanten der Steuerzahler. Zwar plane man jetzt nur noch eine „abgespeckte“ Version - von den rund 6.000 BND-Mitarbeitern sollen 1.500 in Oberbayern bleiben. Die Doppelspitze erfordere aber zusätzliche Aufwendungen in Höhe von 75 Millionen Euro. Dazu kämen Renovierungen in Pullach, die mit 41 Millionen veranschlagt seien. Der Mehraufwand für erforderliche Abstimmungen, Dienstreisen und technische Ausstattung sei immens und in Zeiten elektronischer Kommunikationsmöglichkeiten durch nichts zu rechtfertigen. Der Nachrichtendienst habe über Jahrzehnte effiziente Arbeit geleistet, als die Bundesregierung in Bonn ihren Sitz hatte. Es sei überhaupt nicht einzusehen, dass Pullach an Berlin weniger gut angebunden wäre, so Wöhl.

Die Bundesagentur für Arbeit bleibt in der Kritik des Verbandes. Zunehmend hat sie in fehlerhafte Software investiert, dann habe sie monatlang zu hohe Krankenkassenbeiträge für ALG-II-Empfänger an die Krankenkassen überwiesen. Davon seien 75,6 Millionen Euro bis heute nicht zurückbezahlt. Eine kostspielige Medienkooperation mit TV-Sendern habe ebenfalls einen sechsstelligen Betrag verschlungen.

Soda-Brücke

Auch die Itzthalbrücke bei Rödental bleibt in der Kritik. Sie trifft die Bahn, die ein 18 Millionen Euro teures Bauwerk einfach in die Landschaft gestellt hat. Mindestens weitere neun Jahre wird die „Soda-Brücke“ (sie steht nämlich einfach nur so da) sinn- und zwecklos in der Gegend stehen und neben den Investitions- auch noch Wartungskosten verschlingen.

Bei der Münchener BUGA 2005 sind den Ausrichtern die Kosten davongelaufen und die Gäste ausgeblieben. Die Landeshauptstadt musste neun Millionen Euro zuschießen und kassiert dafür einen Rüffel der Steuerzahler. In Eichstätt wurde ein Anwesen erworben, um dort die städtische Musikschule unterzubringen. Die dicke Rechnung kam am Ende: Kaufpreis 490.000 Euro, jährliche Zinsen 25.000 Euro, Verkaufspreis sechs Jahre später: 250.000 Euro.

Abgeordnete in China

Dass der Petitionsausschuss des Bayerischen Landtags ausgerechnet im kommunistischen China über das Petitionswesen weiterbilden wollte, konnten die Steuerzahler auch nicht ganz nachvollziehen.

Von „Pleiten, Pech und Pannen verfolgt“ sei auch die von der Staatsregierung geplante Image-Kampagne anlässlich der Fußball-WM gewesen. Die „Task Force“, das geplante Fußball-Musical sowie der Kongress „Visions of Football“ habe unnötige Millionensummen verschlungen.

Kritisiert wurde auch die Errichtung einer Flugsanddüne im unterfränkischen Dimbach, für die ein Wäldchen gerodet wurde sowie die private Geburtstagsfeier eines Schrobenauses auf Briefpapier seines Amtes.

Viele weitere Informationen gibt es auf der Website des Verbandes: www.steuerzahler-bayern.de. **□**

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Georg Schmid
88175 Scheidegg
am 21.10.

Bürgermeister Rudolf Stark
97264 Helmstadt
am 20.10

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Helmut Ritter
95168 Marktleuthen
am 17.10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Bernhard Sammler
85104 Pförring
am 11.10.

Bürgermeister Peter Kirchner
96166 Kirchlauter
am 19.10.

Bürgermeister Martin Balling
97640 Hendungen
am 19.10.

Bürgermeister
Gerhard Wunderlich
91465 Ergersheim
am 19.10.

Bürgermeister Klaus Adelt
95152 Selbitz
am 19.10.

Bürgermeister Bernhard Stolz
63927 Bürgstadt
am 22.10.

ZUM 45. GEBURTSTAG

Bürgermeister Christian Mayer
94494 Hengersberg
am 20.10.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Ludwig Landwehr
87668 Rieden
am 12.10.

ZUM 35. GEBURTSTAG

Bürgermeister Stefan Braun
92280 Kastl
am 22.10.



Mehr als 40 kommunale Repräsentanten informierten sich in Reichertshausen über Nutzungsmöglichkeiten der Geothermie.

Reichertshausener Wärmepumpen-Forum in Zusammenarbeit mit E.ON Bayern:

Heizungstechnologie der Zukunft

Mit dem Pilotprojekt „Energetische Sanierung der Heizanlage der Schule durch Einsatz einer Hochtemperatur-Wärmepumpenanlage“ hat die Gemeinde Reichertshausen im Landkreis Pfaffenhofen viel Aufmerksamkeit erregt. Das innovative, mittlerweile mit dem E.ON Bayern Umweltpreis ausgezeichnete Projekt ist überregional bei Kollegen auf reges Interesse gestoßen und hat zu unzähligen Anfragen geführt. Die Dokumentation des Umweltpreises in der Bayerischen Gemeindezeitung leistet hierzu eine wertvolle Hilfestellung, wie vielfach betont wurde.

Rathauschef Reinhard Heinrich machte nun aus der Not eine Tugend, in dem er in Zusammenarbeit mit E.ON Bayern das erste Reichertshausener Wärmepumpen-Forum organisierte. Der Bürgermeister sowie Landrat Rudi Engelhardt und Dr. Albrecht Schleich, Generalbevollmächtigter von E.ON Bayern,

konnten über 40 kommunale Entscheidungsträger begrüßen, darunter 30 Bürgermeister aus dem Landkreis Pfaffenhofen und sechs umliegenden Landkreisen.

Auch für Altbauten

Heinrich höchstpersönlich stellte den kommunalen Vertretern

das gemeindliche Projekt vor, das demonstriert, dass regenerative Energien auch in Altbau-Gebäudekomplexen ohne größere Umbauten genutzt werden können. Die ursprüngliche Beheizung des seit 1969 bestehenden Schulgebäudes erfolgte über eine ölbefeuerte Kesselanlage, die jährlich 55.000 Liter Öl verbrauchte. Als eine Gebäudesanierung und auf dem benachbarten Grundstück der Neubau der Gemeinde-Bibliothek anstanden, fasste der Gemeinderat den Plan, bei der Beheizung auch regenerative Energien einzusetzen.

Erdreichkollektor

Aufgrund der örtlichen Voraussetzungen sowie aus ökologischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten wurde folgende innovative Variante gewählt: In der Heizzentrale der Schule wurden zwei Hochtemperatur-Wärmepumpen mit einer Gesamtwärmeleistung von 180 KW installiert. Ebenso erfolgte die Aufstellung eines heizungsseitigen Pufferspeichers mit einem Gesamtvolumen von 900 Litern sowie der Einbau einer neuen Warmwasserbereitung als Ladesystem. Als Wärmeentnahme-



Geradezu überrannt werden Bürgermeister Reinhard Heinrich (Mitte) und sein Geschäftsleitender Beamter, Klaus Burgstaller (li.), von Interessierten, die dem Reichertshausener Beispiel folgen wollen und künftig auf die Geothermie setzen. Unser Bild zeigt die beiden im Gespräch mit Dr. Max Edelmann (re.), der sich für die Nutzung der Geothermie in einem Seniorenzentrum seiner Heimatgemeinde Inning engagiert.

Förderung des Bayerischen Gemeindetags:

Neue EU-Fördermittel für den ländlichen Raum

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: 64 Mio. Euro mehr EU-Strukturfördermittel zielgerichtet einsetzen

„Dass Bayern von der Europäischen Union zusätzliche 64 Mio. Euro zum Zweck der Stärkung der Innovationsfähigkeit des ländlichen Raums bekommt, ist ein positives Signal an die Gemeinden und innovationswillige Unternehmer“, sagte Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl zum Bericht von Wirtschaftsminister Erwin Huber im Ministerrat.

Dem Freistaat werden danach in den Jahren 2007 bis 2013 aus dem Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) insgesamt 575 Mio. Euro zur Verfügung stehen. „Die Verwendung des Geldes sollte allerdings mit den Kommunen erörtert werden“, wünschte sich Brandl. Er begrüßte die Ziele des Wirtschaftsministers, im ländlichen Raum die Arbeitslosigkeit mittelfristig auf unter 5% zu drücken. Auch die Vorgaben der Tourismusförderung und der verstärkten Anwerbung von Investoren für die Industriestandorte außerhalb der Ballungszentren sind völlig richtig.

„Nach unserer Auffassung ist es für die Schaffung gleichwertiger Lebens- und Arbeitsbedingungen in Bayern notwendig, die Regionalförderung auszubauen und Mittel auch für die Bildung einzusetzen. Auch die Ausstattung von Clustern zur Stärkung der Wirtschaftskraft einzelner Regionen Bayerns befürworten wir.“

Das Anknüpfen einer Förderung an die räumliche Zugehörigkeit zu einer Metropolregion - wie die Staatsregierung vorschlägt - darf aber nicht dazu führen, dass die Förderwürdigkeit von außerhalb dieser Region gelegenen Gemeinden zu kurz kommt.“ sagte Brandl.

GZ

Kolumne
Gerhard Weber

*Lebte Lehrstücken
und Leser!*

Der bedarfsgerechte Ausbau der Ganztagschulen in Bayern gehört mit Recht zu den wichtigen Zielen der Bayerischen Staatsregierung. Staat und Kommunen müssen bei der Verwirklichung dieser Aufgabe zusammenwirken - und zwar fair und partnerschaftlich!

Der Bund hat über das Investitionsförderprogramm „Zukunft Bildung und Betreuung (IZBB)“ dem Freistaat Bayern insgesamt rund 595,5 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Damit sollten vor allem die Kommunen in die Lage versetzt wer-



Staat für die von ihm veranlassten Maßnahmen zur Umsetzung des G8 selbst aufkommen müsste. Die Kommunen müssen es als mehr als unfair empfinden, wenn der Freistaat Bayern ein eigentlich für sie gedachtes Bundesförderprogramm dazu missbraucht, eigene Aufwendungen in Millionenhöhe zu finanzieren. Wenn der Staat eine neue Schulform wie das G8 einrichtet, das von seiner Konzeption her zusätzliche Räumlichkeiten z. B. für die Mittagsversorgung, für Intensivierungsstunden und für den Ganztagschulbetrieb erfordert, so muss er auch die Kosten dafür übernehmen.

Im wirtschaftlichen Ergebnis hebt das Kultusministerium das Konnexitätsprinzip aus, indem es Staatsaufgaben durch eigentlich für die Kommunen bestimmte Bundesmittel finanziert und dadurch viele Kommunen gezwungen werden, auf ihnen zustehende IZBB-Zuschüsse zu verzichten.

„Die CSU ist der verlässliche Anwalt für unsere Kommunen auf allen politischen Ebenen“, so steht es in der Entschließung des kleinen CSU-Parteitag vom 24. Juni 2006 in Amberg. Wenn dieser begrüßenswerte Leitsatz nicht schon nach wenigen Monaten Makulatur sein soll, dann muss die Staatsregierung durch ein eigenes bayerisches Kofinanzierungsprogramm zum IZBB den Kommunen diejenigen Mittel zurückgeben, die im Rahmen des IZBB für den Ausbau des G8 verwendet wurden.

Die Staatsregierung braucht die bayerischen Kommunen, wenn sie ihre Zielsetzung von 1.100 Ganztagschulen bereits zum Jahr 2008 erreichen will. Mit Partnern muss man allerdings fair umgehen.

Fairness unter Partnern?

den, ihre Ganztagsangebote mit bis zu 90-prozentigen Zuschüssen stark auszubauen. Die bayerischen Kommunen haben dieses Angebot gerne, dankbar und umfassend angenommen und hunderte von Maßnahmen auf den Weg gebracht - nicht zuletzt angestachelt durch Aufforderungen von staatlicher Seite!

Nun gab es kürzlich bei vielen bayerischen Städten, Gemeinden und Landkreisen ein böses Erwachen, weil das Bayerische Staatsministerium für Unterricht und Kultus 156 Anträge auf Investitionsförderung für Ganztagschulen mangels Fördermittel abgelehnt bzw. deutlich geringer als ursprünglich vorgesehen dotiert hat. Eine wesentliche Ursache für dieses unbefriedigende Ergebnis liegt darin, dass der Freistaat einen erheblichen Teil der Bundesmittel für das 8-jährige Gymnasium (G8) verwendet und sich damit eigene Ausgaben in dreistelliger Millionenhöhe erspart hat. Für die Kommunen ist diese Verfahrensweise des Staates völlig inakzeptabel, da nach dem in der Bayerischen Verfassung verankerten Konnexitätsprinzip der

Begeisterter Schulleiter

Aus seiner Begeisterung kein Hehl machte Schulleiter Anton Siebler als Nutzer der Anlage: Diese habe seit der Inbetriebnahme im Herbst 2004 reibungslos funktioniert und sich auch von den harten Wintern nicht beeindrucken lassen. Selbst in den lang anhaltenden Kälteperioden mit Temperaturen von bis zu mi-

tausch von Heizkesseln in Altbauten der Einsatz einer Hochtemperatur-Wärmepumpe eine interessante Alternative, sowohl in ökologischer, aber auch in ökonomischer Hinsicht. Wenn eine geeignete Wärmequelle verfügbar ist, sei diese Technologie für die energetische Sanierung von vielen Altbauten sehr geeignet.

Vollwärmeschutz

Als weitere Möglichkeiten zur Kosteneinsparung führte Schenk bei einer anstehenden Fassadenrenovierung die Montage eines Vollwärmeschutzes (auch im Dachbereich) an, zudem den Einbau von Fenster-Dichtungen, den Austausch veralteter Fenster gegen optimale Wärmeschutzverglasungen sowie den punktuellen Austausch von Radiatoren gegen Flachheizkörper.

Kommunale Beispiele

Dipl. Ing. Marcel Augustin und Dipl.-Ing. Walter Kurzrock von E.ON Bayern beleuchteten an Beispielen kommunaler Bauten wie Grundschule, Kindergarten, Feuerwehrhaus und Mehrzweckhalle weitere Möglichkeiten zur Nutzung der Erdwärme über die Wärmepumpentechnologie. Hierbei bestehen die Optionen, als Wärmequelle die Erdwärme über Sonden und Erdkollektoren, das Grundwasser oder die Umgebungsluft zu nutzen. Nach Aussagen beider Fachleute wird das Potenzial der Wärmepumpe hierzulande noch lange nicht ausgeschöpft:

Nachholbedarf

Während in der Schweiz rund 60 Prozent (Anteil bei Sanierungen rund 30 Prozent) und in Österreich rund ein Drittel aller Neubauten (Anteil bei Sanierungen: 10 Prozent) mit diesem umweltfreundlichen System ausgestattet werden, liege die Quote in Deutschland trotz deutlicher Pluspunkte bei Umwelt und Fi-

nanzen noch deutlich unter 10 Prozent (Anteil bei Sanierungen weniger als ein Prozent).

Investitionsstau

Um eine möglichst rasche Beilegung des Investitionsstaus zu erreichen, werden im kommunalen Bereich in letzter Zeit immer häufiger neue Lösungen wie das Contracting angedacht, berichteten Augustin und Kurzrock. Grundgedanke ist die Auslagerung der Nutzenergiebereitstellung auf externe Fachfirmen. Deren Know-how soll auf diese Weise langfristig gebunden werden. Es gilt, Einspareffekte zu erzielen.

Anlagen-Contracting

Am bekanntesten und schon weiter verbreitet ist das Energielieferungs-Contracting, auch als Anlagen-Contracting bekannt. Wie im Falle der Wärmepumpenanlage im Freibad Nittenau (Oberpfalz) übernimmt der Contractor zum Beispiel die ausreichende Bereitstellung von Wärme, in dem er in eine neue Anlage investiert. Die Kommune bezahlt für die gelieferte Menge an Wärme und wird von technischen, wirtschaftlichen, finanziellen, organisatorischen und administrativen Aufgaben im Zusammenhang mit der Heizungsabwicklung entlastet.

Keine Kapitalbindung

Ein Vorteil des Contractings besteht darin, dass es keine Kapitalbindung für die Energielieferungsanlage gibt, wodurch Investitionen in anderen Bereichen ermöglicht werden. Das wirtschaftliche und technische Risiko übernimmt E.ON Bayern, durch die Realisierung innovativer Techniken werden Kosten und Primärenregie eingespart. Generell handelt es sich hier um Energie aus einer Hand; es ist lediglich ein Ansprechpartner vonnöten. **DK**

Anzeigen in der GZ

Ihre Ansprechpartnerin:
Viktoria Bertele

Telefon: 08171/9307-11

Fax: 08171/80514

Internet: <http://www.gemeindezeitung.de>

eMail: info@gemeindezeitung.de

quelle wurde im Bereich der Flussaue der Ilm ein Erdreichkollektor auf einer Gesamtfläche von ca. 6.000 m² erstellt. Zur Wärmeentnahme selbst wurden ca. 8.800 Meter Kunststoffrohr in einer Tiefe von 1,40 Meter innerhalb einer Grundwasser führenden Schicht natur- und landschaftschonend eingepflügt. Die Anbindung der neuen Kollektorfläche an die vorhandene Heizzentrale erfolgte durch eine Unterdückerung der Ilm.

Wärmepumpen

Durch den Einsatz von Wärmepumpen sowohl in der bestehenden Schule als auch in der neuen Gemeindebibliothek lässt sich ein CO₂-Einsparpotenzial von rund 80 Prozent realisieren, erklärte Heinrich. Auch wies er darauf hin, dass ein Erdkollektor in annähernd vergleichbarer Größe bislang im gesamten süddeutschen Raum noch nicht erstellt worden ist.

nus 25 Grad Celsius sei stets eine volle Wärmeversorgung sichergestellt gewesen.

Wissenschaftliche Begleitung

Wissenschaftliche Mess- und Betriebsergebnisse zu der Anlage steuerte Prof. Werner Schenk von der Fachhochschule München, der seinerzeit für die Konzeption und Umsetzung dieses Projekts zuständig war, bei. Demnach liege die energetische Effizienz 6 Prozent über der ursprünglichen Planung. Der CO₂-Ausstoß konnte um 85 Prozent reduziert, die Verbrauchskosten auf die Hälfte gesenkt werden.

Optimierungsmaßnahmen

Durch Optimierungsmaßnahmen im Kältekreislauf könnten diese Werte noch deutlich verbessert werden. Generell, nicht nur angesichts der Entwicklung der Preise für Gas und Heizöl, biete bei anstehendem Aus-

Sparkassen und Schulpolitik ...

(Fortsetzung von Seite 1)
lenübergreifend“. „Wenn man sich also die Finanzmärkte im europäischen Vergleich betrachtet, so zeigt sich, dass Deutschland, was den Finanzmarktsektor betrifft, Durchschlagskraft gegenüber vielen Ländern verloren hat“, betonte Radwan.

Die Luft wird dünner

In punkto Finanzmarktgesetzgebung habe er sich im Europäischen Parlament dahingehend durchsetzen können, „dass Verbände mit Konzernen gleichgesetzt werden“, fuhr der Europarabgeordnete fort. Somit gelten für die Sparkassen die gleichen Regeln der Eigenkapitalhinterlegung wie bei den privaten Banken, obwohl andere Strukturen vorhanden seien. Radwan verhehlte allerdings nicht, „dass durch die Heterogenität in der eigenen Familie die Luft immer dünner wird“. Auch müsse er stets aufs Neue miterleben, dass wegen der deutschen Besonderheiten vor Ort „selbst meine eigene Fraktion gespalten ist“.

Minimum an Konsens

Neben dem Kapitalmarktmodell, das in angelsächsischen Regionen in relativ einfacher Struktur vorliegt, findet man Radwan zufolge das Modell der Regionalbanken. Hier gelte es anzusetzen und zu versuchen, „alle in Europa auf ein Minimum an Konsens einzuschwören“. „Wir brauchen eine einheitliche europäische Regelung!“ forderte Radwan.

In der anschließenden Diskussion warnte Nürnbergs Bürgermeister Klemens Gsell vor einer „Privatisierungsdiskussion wie beim Thema Strom“. Gemeinwohlorientierte Sparkassen müssten auch weiterhin Bestand ha-

ben. Ein Geldinstitut, das eine gewisse politische Steuerung beinhalte, sei unverzichtbar. KPV-Vizevorsitzender Hanns Dorfner (Landrat Passau) wies darauf hin, dass der Bürger zumindest hierzulande mit dem Begriff Sparkasse „eine gewisse Regionalverbundenheit und Gemeinwohlverpflichtung“ verbinde. Die Landesbank werde als Organisation benötigt, die für Sparkassen das Auslandsgeschäft tätigt. Dies müsste noch mehr herausgearbeitet werden.

Dreisäulenmodell

Dorfner plädierte für regionale Bankinstitute, „die noch eine gewisse Gemeinnützigkeit ausstrahlen“. Hierzu müssten nicht immer Fusionen eingegangen werden, es reichen auch Kooperationen. Das Dreisäulenmodell in seiner ganzen Stärke habe sich bewährt und müsse erhalten bleiben. Dorfner rief dazu auf, finanzwirtschaftliche Reglementierungen in Europa anzugleichen. Problematisch gestalteten sich hierzulande Maßnahmen wie Kreditvergabe und Konteneinsicht, was nicht selten die Abwanderung nach Österreich zur Folge habe.

Selbstverständnis der Sparkassen

Der stellvertretende KPV-Landesvorsitzende Gerhard Weber, Bürgermeister von Regensburg, appellierte seinerseits an das Selbstverständnis der Sparkassen. Er könne sich des Eindrucks nicht erwehren, „dass sie die Kommunalpolitiker in eine für sie zwar korrekte Richtung steuern, diese jedoch von den tatsächlichen Problemen ablenkt“, stellte Weber fest.

Die Staatsregierung eröffnet

den weiterführenden Schulen seit dem Schuljahr 2002/2003 die Möglichkeit, Ganztagschulen einzurichten. Damit soll nach den Worten von Kultusstaatssekretär Karl Freller mehr Raum gegeben werden für den Erwerb methodischer, sozialer und persönlicher Kompetenzen, aber auch für Angebote der Begegnung, des Gestaltens und Spielens. Der Besuch einer Ganztagschule sei freiwillig.

Gebundene und offene Ganztagschulen

Das Programm des Staatsministeriums sieht zur Einrichtung von Ganztagschulen zwei Konzeptionen vor - die „gebundenen Ganztagschulen“ sowie die „offenen Ganztagschulen“. Offene Ganztagschulen bieten den Schülerinnen und Schülern laut Freller im Anschluss an den normalen Vormittagsunterricht Mittagessen und Mittagsbetreuung sowie Hausaufgabenbetreuung und musische, sportliche sowie gestalterische Freizeitaktivitäten. Dieses Angebot, das eine verlässliche, qualifizierte Betreuung und Förderung der Schüler an mindestens vier Tagen in der Woche sicherstelle, gab es im vergangenen Schuljahr an 591 Standorten. Über 31.000 Schülerinnen und Schüler profitierten davon. Zum Schuljahr 2006/07 wurde das Angebot weiter ausgedehnt, ca. 700 offene Ganztagschulen werden nun staatlich gefördert.

Beitrag der Kommunen

Eine Vielzahl der Eltern begrüße diese umfassende und kindgerechte Förderung und Betreuung über den ganzen Tag, die jedoch ohne den Beitrag der Kommunen nicht möglich wäre,

räumte der Staatssekretär ein. Die Sachaufwandsträger trügen wesentlich zum Gelingen dieser für so viele Menschen notwendigen Betreuungsform bei, in dem sie ebenso wie der Freistaat 40 Prozent der Kosten fördern sowie den zusätzlich anfallenden Sachaufwand übernehmen.

Bitte an die Kommunen

Freller: „Ich weiß, dass manche Kommune angesichts ihrer eigenen schwierigen Haushaltssituation Probleme hat, die 40-prozentige Gegenfinanzierung sicherzustellen. Allerdings ist es nur so möglich, die offene Ganztagschule auch Kindern aus weniger gut situierten Familien zu öffnen.“ Er bat daher die Kommunen intensiv zu prüfen, ob nicht doch der Beitrag von 753,80 Euro pro Schülerplatz und Schuljahr bei einer wöchentlichen Betreuungszeit von 15 oder mehr Stunden erbracht werden kann, wenn eine entsprechende Nachfrage seitens der Eltern besteht. So könnten Staat und Kommunen gemeinsam den Erwartungen der Gesellschaft entsprechen und dann das jeweilige Angebot gemeinsam entwickeln.

Örtliche Gegebenheiten

Stichwort gebundene Ganztagschulen: Den pädagogischen Schwerpunkt bildet hier der rhythmisierte Unterricht, bei dem sich Phasen des Lernens, des Übens, der Entspannung und der Freizeit abwechseln. Jede der inzwischen 90 gebundenen öffentlichen Ganztagschulen hat ein auf die Bedürfnisse der Schülerinnen und Schüler abgestimmtes Konzept entwickelt, das die örtlichen Gegebenheiten berücksichtigt.

Wie Freller berichtete, konnte die Zahl der gebundenen Ganztagschulen zum neuen Schuljahr mit Zustimmung der jeweiligen Sachaufwandsträger um 20 Standorte erweitert werden, und zwar an zehn Hauptschulen und erstmals im Rahmen des Modellversuchs „Gebundene Ganztagsgrundschule“ an zehn Grundschulen.

An diesen Grundschulen werde vor allem erprobt, wie dem Sprachförderbedarf von Kindern mit Migrationshintergrund durch einen ganztägigen Unterricht noch besser und gezielter entsprochen werden kann. Diese wichtige Integrationsmaßnahme treffe sicherlich auch auf die Zustimmung der Kommunen. Der Staat finanziere die gebundenen Ganztagschulen, sofern vom Sachaufwandsträger der zusätzliche Sachaufwand übernommen wird und die räumlichen Voraussetzungen vorliegen.

Mehr als 800 Projekte

Zwar seien die Mittel des IZBB-Programms, die für Bayern zur Verfügung standen, inzwischen durch die Förderung von deutlich über 800 Projekten bereits erschöpft; doch bestehe grundsätzlich nach wie vor die Möglichkeit, Baumaßnahmen für Ganztagschulen nach dem Finanzausgleichsgesetz bzw. nach dem Bayerischen Schulfinanzierungsgesetz zu fördern, erläuterte der Staatssekretär. Ansprüche auf Grund des Konnektivitätsprinzips blieben von der Schließung des IZBB-Programms in Bayern unberührt.

Der CSU-Politiker appellierte abschließend an die bayerischen Kommunen, die Staatsregierung bei ihren Anstrengungen um die Ausweitung der offenen und gebundenen Ganztagschulen weiterhin zu unterstützen - auch in finanziell schwieriger Situation. Freller: „Selbstverständlich wird das Kultusministerium auch künftig nur dort neue Einrichtungen schaffen, wo der Sachaufwandsträger ausdrücklich hinter der Maßnahme steht.“ DK

Waldbesitzerverband und Bauernverband:

Gemeindetag lehnt Fusion ab

Brandl: Eigenständige Interessensvertretung notwendig

Der Bayerische Gemeindetag lehnt eine Fusion des Bayerischen Waldbesitzerverbands mit dem Bayerischen Bauernverband ab. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl erteilte entsprechenden Plänen eine klare Absage. „Die Waldbesitzer, wozu nicht wenige Gemeinden zählen, brauchen auch in Zukunft eine eigenständige Interessensvertretung.“

Brandl wies darauf hin, dass der Bauernverband bei den Themen Ausgleichszahlungen in Wasserschutzgebieten und Förderung der Dorferneuerung leider oftmals nicht die kommunalen Interessen berücksichtigt und bei einer solchen Fusion die Gefahr gesehen wird, dass den Interessen der kommunalen Waldbesitzer nicht Rechnung getragen wird. Außerdem: Viele Waldbesitzer sind keine Bauern mehr. Wie sollen ihre Anliegen vom Bauernverband nachhaltig vertreten werden? Seit mehreren Monaten werden zwischen dem Vorstand des Bayerischen Waldbesitzerverbands, dem Verband der bayerischen Grundbesitzer sowie dem Bayerischen Bauernverband Gespräche über eine Zusammenführung der drei Verbände geführt. Dabei wird die Fusion sowohl im Waldbesitzerverband kontrovers diskutiert. Der Waldbesitzerverband hält eine Fusion deshalb für sinnvoll, weil er vom politischen Einfluss des Bauernverbands profitieren will. Zudem werden für eine Zusammenführung der Verbände die Stärken der politischen Interessensvertretung, die Steigerung der Effektivität und eine Stärkung der eigenen Position sowie Kosteneinsparungen bei Personal- und Verwaltungskosten angeführt. Demgegenüber sehen insbesondere die kommunalen Waldbesitzer und die privaten Eigentümer kleinerer Waldflächen die Gefahr, dass ihren Interessen bei einer Fusion nicht mehr Rechnung getragen wird. □

Politisches Tauziehen um die Gesundheitsreform:

Blick auf das Wesentliche!

Landkreistag: Die Eckpunkte der Großen Koalition gefährden die Krankenhausstrukturen in Bayern

Auf die jüngsten Meldungen aus der Bundeshauptstadt, wonach im zähen Ringen der Verhandlungspartner um die Gesundheitsreform die mit den Eckpunkten vorgesehenen Zusatzbelastungen für die Krankenhäuser im Detail abgeschwächt worden sein sollen, reagierte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, ungehalten.

„Die Verhandlungsführer in Berlin verlieren sich in Detailfragen, die über die Zusatzbelastungen für die Krankenhäuser das Deckmäntelchen der Sorglosigkeit ausbreiten sollen. Erst wollte man den Häusern den sog. Sanierungsbeitrag in Höhe von 1% vom Gesamtbudget abziehen. Jetzt soll der Sanierungsbeitrag mit den Krankenkassenabrechnungen verrechnet werden.“

Zusätzliche Belastung

Dadurch entstehen zwar Kompensationsmöglichkeiten für einzelne Häuser, dennoch werden die bayerischen Krankenhäuser zusätzlich mit 60 Mio. Euro belastet werden. Zellner weiter: „Mit diesem Kleinklein ändert sich nichts an der Tatsache, dass die kleineren Krankenhäuser in Trägerschaft der bayerischen Landkreise in ihrer Existenz bedrohen. Die akutstationäre Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum ist dadurch massiv gefährdet, weil mit dem jüngsten Ärztetarifabschluss, der Mehrwertsteuererhöhung, dem Arbeitszeitgesetz noch andere finanzielle

Mehrbelastungen zu schultern sind.“ Die Bundespolitik soll endlich klar sagen, ob sie noch den Sicherstellungsauftrag der Kommunen für die stationäre Versorgung der Bevölkerung haben will. Ist dies der Fall, so kann es nicht sein, dass sie den Krankenhäusern in kommunaler Trägerschaft gleichzeitig Sanierungslasten aufbürdet, die aufgrund der gedeckelten Fallpauschalen in der Finanzierung faktisch nicht refinanziert werden können.

Weitere Aktivitäten

Vor diesem Hintergrund kündigte Präsident Zellner weitere politische Aktivitäten an: „Den Bundestagsabgeordneten in den Wahlkreisen müssen die Auswirkungen der Eckpunkte zur Gesundheitsreform konkret bezogen auf die Krankenhäuser in ihrer Region verdeutlicht werden. Daneben werden wir mit der Bayerischen Staatsregierung Gespräche aufnehmen, damit sie ihren Einfluss auf der Bundesebene zur Geltung bringt und auf die Besonderheiten der bayerischen Krankenhauslandschaft hinweist.“ □

Bayerischer Gemeindetag:

Keine Experimente beim Ladenschluss!

Der Bayerische Gemeindetag hat sich für die Beibehaltung der bisherigen Regelungen über den Ladenschluss ausgesprochen. Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Bewährtes sollte man nicht grundlos ändern. Eine weitere Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten ist nicht nötig. Wer einkaufen will, kann dies bereits jetzt an allen Werktagen bis 20.00 Uhr und zusätzlich an vier Sonntag und Feiertagen im Jahr.“ Brandl wies darauf hin, dass durch eine völlige Freigabe der Ladenöffnungszeiten an Werktagen keine nennenswerte Zahl an qualifizierten Arbeitsplätzen entstünde, sondern vielmehr der bestehende

Verdrängungswettbewerb zu Gunsten der Discounter und Einkaufszentren gestärkt würde. Im Rahmen der Föderalismusreform ist die Gesetzgebungskompetenz zur Regelung des Ladenschlusses auf die Länder übertragen worden. Daher wird zur Zeit ein Gesetzentwurf zur Regelung des Ladenschlusses im Freistaat Bayern vom Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen vorbereitet. Nach der Behandlung im Ministerrat sollen die Verbände angehört und Ende November die endgültige Vorlage verabschiedet werden. Ein In-Kraft-Treten ist zum 1. 4. 2007 vorgesehen. □

Maßstab ist die Chancen ...

(Fortsetzung von Seite 1)
in den Jahren 2007 bis 2013 rund 492 Millionen Euro aus dem Europäischen Fond für regionale Entwicklung (EFRE) nach Bayern fließen, die vor allem strukturschwachen Regionen zugute kommen werden. Darüber hinaus hat Bayern in Brüssel eine Sonderzuweisung von 84 Millionen Euro erreicht, die den bayerischen Grenzregionen zugute kommen sollen.

Neue Herausforderungen

Wirtschaftsminister Erwin Huber wies darauf hin, dass der ländliche Raum maßgeblich das Bild Bayerns präge. Allerdings sei er in besonderer Weise den neuen Herausforderungen wie etwa demografischem Wandel, Globalisierung der Wirtschaft und EU-Erweiterung ausgesetzt. Die Staatsregierung habe hierauf mit zukunftsweisenden Weichenstellungen im neuen Landesentwicklungsprogramm reagiert.

Offensive Wirtschaftspolitik

Ziel der Staatsregierung bleibe es, dass die Menschen in ihrer angestammten Heimat Zukunft und gleichwertige Lebenschancen hätten. Huber: „Um dieses Ziel zu erreichen, setzen wir unsere offensive Wirtschaftspolitik konsequent fort. Neben der weiteren Verbesserung der Rahmenbedingungen gilt dies insbesondere auch für unsere gezielte Förderpolitik.“ So werde man in der Regionalförderung das breit gefächerte Förderinstrumentarium weiterhin konsequent einsetzen. Auch im Rahmen der An siedlungspolitik genieße die Stärkung strukturschwacher ländlicher Räume absoluten Vorrang. Zudem biete die neue Clusteroffensive Allianz Bayern In-

novativ sowohl in den landesweiten Netzwerken als auch dem Rahmenkonzept Regionalmanagement gerade für den ländlichen Raum eine große Chance. „Der ländliche Raum wird auch künftig in der Bayerischen Staatsregierung einen verlässlichen Partner haben. Dauerhafte Erfolge sind aber nur durch die Mitwirkung aller Akteure möglich.“

450 Besucher

Der Kongress in Amberg könne hierzu einen wichtigen Beitrag leisten. „Er unterstreicht die hohe Bedeutung des ländlichen Raums für die Politik der Staatsregierung gegenüber der Öffentlichkeit und ermöglicht es, durch Einbindung gerade auch örtlicher und regionaler Repräsentanten sowie ausgewiesener Experten das gesamte Spektrum an Handlungsbedarf und Lösungsmöglichkeiten zu erfassen.“ Insgesamt diskutierten rund 450 Bürgermeister, Landräte und Abgeordnete des Landtages auf dem Kongress mit Vertretern von Wirtschaft, Gewerkschaften und Verbänden Herausforderungen und Chancen für die zukünftige Entwicklung des ländlichen Raumes in Bayern.

Weichen stellen

„Der ländliche Raum muss sich der Zukunft stellen“, so der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, in Amberg. Zu den größten Herausforderungen für den ländlichen Raum zählen nach seinen Worten die Globalisierung, die Ost-Erweiterung der EU, der fortschreitende Strukturwandel in der Landwirtschaft, die gestiegene Mobilität der Bevölkerung, aber vor allem auch die demo-

graphische Entwicklung. „Dies alles ist nur zu bewältigen, wenn wir rechtzeitig und bestimmt die Weichen zur notwendigen Anpassung stellen.“

Hochwertige Arbeitsplätze

Insbesondere die demographische Entwicklung liegt Zellner am Herzen. Große Verdichtungsräume werden weiterhin wachsen, das Grenzland und strukturschwache Gebiete im ländlichen Raum hingegen werden Bevölkerung verlieren. Zellner: „Der natürliche Bevölkerungsrückgang darf nicht durch weitere Abwanderung verstärkt werden. Dieser Entwicklung müssen wir in allen Bereichen entgegenwirken.“ Damit der ländliche Raum als Lebens- und Arbeitsraum erhalten bleibt, setzt sich der Präsident des Landkreistags vor allem für qualitativ hochwertige Arbeitsplätze auf dem Land ein. Auch wendet er sich gegen jede Bevorzugung der Metropolregionen: „Die Starken sind schon stark genug. Die Regionalförderung muss gerade entlegene Gebiete erreichen.“ Nur so können Standortnachteile dauerhaft ausgeglichen werden.

Der Bayerische Landkreistag mit Präsident Theo Zellner an der Spitze hat sich schon frühzeitig für die Entwicklung des ländlichen Raums eingesetzt. „Ein starkes Land Bayern braucht lebendige Dörfer und eine vielfältige Kultur, die ohne starkes Land und starke Landkreise nicht möglich ist“, so Zellner, der im Vorfeld des Kongresses mit den Landschaftspflegeverbänden, dem Bayerischen Gemeindetag und dem Bayerischen Bauernverband gemeinsame Resolutionen abgeschlossen hat, um die Förderung der ländlichen Entwicklung voranzutreiben. □

E.ON Bayern startet Biogasoffensive

Energiedienstleister nahm in Schwandorf die erste Biogasanlage in Betrieb

Mit der offiziellen Inbetriebnahme der ersten E.ON Bayern-Biogasanlage in Schwandorf startet der Energiedienstleister eine Biogasoffensive. Noch in diesem Jahr folgt eine Anlage in Arzberg, im kommenden Jahr gehen Biogasanlagen in Hammelburg und Bad Bocklet in Betrieb. Zusätzlich rüstet der Energiedienstleister die bestehenden Blockheizkraftwerke Poing und Puchheim auf Biogasbetrieb um. „Bis Ende nächsten Jahres werden wir über eine elektrische Kraftwerksleistung von vier Megawatt und eine Wärmeleistung von 6,5 Megawatt auf Biogasbasis verfügen“, erklärte der Vorstandsvorsitzende der E.ON Bayern, Dr. Peter Deml, im Rahmen der Inbetriebnahme.

E.ON Bayern investiert bis Ende 2007 zehn Millionen Euro in die Biogasnutzung, die nach den Worten des Vorstandsvorsitzenden nahe an der Wirtschaftlichkeit liegt. Zudem wolle man die ökologische Komponente in der Erzeugungsstruktur durch die Biogasnutzung weiter ausbauen.

Erwartet wird weniger Importabhängigkeit

„Wir erwarten für Bayern von der Biogasnutzung eine spürbare Substitution von Erdgas und damit eine deutliche Reduzierung der Importabhängigkeit“, begründete der Vorstandsvorsitzende das Engagement weiter.

Strom mit Sozialrabatt

E.ON Bayern unterstützt in Zusammenarbeit mit der Caritas und dem Diakonischen Hilfswerk hilfebedürftige Kunden. E.ON Bayern setzt ein Zeichen in der Energiebranche und unterstützt Kunden, die in eine finanzielle Notlage gekommen sind. Hilfebedürftige E.ON Bayern-Privatkunden, die im Netzgebiet des Energiedienstleisters leben, können ab September diesen sogenannten „Sozialrabatt“ auf die Stromrechnung beantragen, der in Kooperation mit den bayerischen Sozialverbänden Caritas und Diakonie entwickelt wurde. Der verbilligte Tarif kann bei den Sozialberatungsstellen der beiden Verbände beantragt werden.

Befristet auf zwölf Monate

Als bundesweit erstes Energieunternehmen bietet E.ON Bayern an, die Stromrechnung auf den variablen Teil des Strompreises zu beschränken. Der Sozialrabatt ist auf zwölf Monate befristet. Insgesamt stellt das Unternehmen diesen Sozialrabatt für 10.000 Kunden zur Verfügung. Er gilt nur für den Strombedarf im Haushalt, Heizstrom ist davon ausgenommen.

Der Rabatt wird Anfang September des Jahres eingeführt und bleibt den grundversorgten Kunden im E.ON Bayern-Netzgebiet vorbehalten. Voraussetzung für den Sozialrabatt ist die Rundfunkgebührenbefreiung durch die GEZ. Dies sichert eine neutrale, anerkannte Beurteilung. Die Partnerschaft der beiden Sozialverbände mit E.ON Bayern stellt sicher, dass die Unterstützung an der richtigen Stelle ankommt.

Rund 100 Euro Ersparnis

Für die Begünstigten bedeutet der Rabatt eine Ersparnis in der Größenordnung von rund 100 Euro pro Jahr. Der Betrag sammelt sich in Raten an und wird bei der Jahresrechnung gutgeschrieben. Parallel dazu gibt das Unternehmen den Kunden wertvolle Tipps zum Energiesparen. Denn der richtige Umgang mit Strom und Wärme ist bares Geld.

Mit der Einführung des E.ON Bayern-Sozialrabatts engagiert sich das Unternehmen für die Schwächeren in unserer Gesellschaft und lebt damit soziale Verantwortung. □

wenn es in die vorhandenen Erdgasnetze eingespeist werden kann. Dann sind wir bei der Biogasnutzung nicht mehr an die Wärmenutzung neben der Anlage gebunden, sondern können das Gas auf die Reise schicken“, so Dr. Deml.

Neue Einkommensperspektiven

Potenzial ausschöpfen

Laut einer Studie des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft liegt das bayerische Biogaspotential im Jahr 2030 bei einem Volumen, das rund 20 Prozent des heutigen Erdgasverbrauchs in Bayern entspricht. Dieses Potential gilt es laut Dr. Deml zu nutzen. „Richtig spannend wird die Nutzung von Biogas dann,

Rund werde die Biogasoffensive des Unternehmens durch wichtige Begleiteffekte. So eröffnen sich der bayerischen Landwirtschaft nach den Worten des E.ON Bayern-Chefs neue Einkommensperspektiven. „Für die Standortkommunen sind unsere Investitionen so etwas Ähnliches wie kleine Konjunkturprogramme“. In der Region Schwandorf habe man mit

dem Bau der Anlage rund drei Millionen Euro investiert und damit der regionalen Wirtschaft Impulse gegeben.

Heimische Energiequellen weiter ausbauen

Wirtschaftsminister Huber meinte: „Wir müssen die heimischen Energiequellen weiter ausbauen, um die Abhängigkeit von Importen zu reduzieren. Die Biogastechnologie hat sich immens weiterentwickelt und ist heute hoch effizient.“

High-Tech-Produkt

Biogas sei heute ein High-Tech-Produkt. Die Biogasproduktion sei geprägt von biologischer Analytik, einer ausgefeilten Prozesssteuerung und einer hochmodernen Anlagentechnik, fuhr Huber fort.

Der Minister dankte E.ON Bayern „für den Weitblick, der



V. l.: Dr. Peter Deml, Vorstandsvorsitzender E.ON Bayern, Staatsminister Erwin Huber und Ulrich Schmack, Vorstand der Schmack Biogas AG. In dem Behälter befindet sich Maissilage, aus der im Vergärungsprozess Biogas entsteht. □

mit dem hohen Engagement im Biogasbereich bewiesen wird“. Im Bereich der regenerativen Energien falle Biogas eine besondere Bedeutung zu,

insbesondere in Bayern. Biogas sei eine zukunftssträchtige und wichtige Möglichkeit für die heimische Energieversorgung. □

Senken Sie mit uns Ihren Energieverbrauch.

Das Energie-Mobil von E.ON Bayern kommt zu Ihnen.

Werden Sie EnergieSpar-Detektiv und lassen Sie sich von unseren Experten beraten, wo und wie Sie im Haushalt jede Menge Energie und Geld sparen können.

EnergieSpar-Tour 2006

- In rund 300 Kommunen in Bayern – also mit Sicherheit ganz in Ihrer Nähe
- Persönliche Analyse
- Individuelle Beratung
- Wertvolle EnergieSpar-Tipps
- Attraktives Gewinnspiel

Mehr Informationen unter:

www.eon-bayern.com/energiespartour



e-on | Bayern

Quantensprung in der Erdgas-Anwendungstechnik:

Die Heizung, die Geld verdient

Vom 28. September bis 1. Oktober präsentierte erdgas schwaben auf der Renexpo in Augsburg die neuesten Erdgas-Anwendungstechniken. „Aus wenig umweltschonender Energie maximale Anwendungen rausholen, das heißt heizen, kühlen, beleuchten und fahren. Das ist effiziente Energieanwendung und das ist unser Ziel“, betonte Helmut Kaumeier, Vertrieb erdgas schwaben. „Zum Beispiel die Erdgasmotor-Wärmepumpe, sie kann bis zu 50 Prozent Energieeinsatz sparen.“

Königsweg in der Energieeinsparung

Am erdgas-schwaben-Stand präsentierten alle namhaften Hersteller die Innovationen Erdgasmotor-Wärmepumpe, Erdgas-Absorptionswärmepumpe und Mini-Erdgas-Blockheizkraftwerk. Experten der Firmen und die Energiesparprofis von erdgas schwaben berieten und informierten während der Messe.

„Das innovative Mini-Blockheizkraftwerk kann Wärme und Strom erzeugen. Durch die Einspeisevergütung des Stroms und weitere finanzielle Vorteile, z.B. die Befreiung von der Stromsteuer, verdient die Heizung praktisch auch noch Geld“, erläuterte Helmut Kaumeier.

In Kooperation mit den Stadtwerken Augsburg sowie Auto-

händlern aus dem Großraum Augsburg stellte erdgas schwaben bei einer Sonderschau die ganze Bandbreite aktueller Erdgasfahrzeuge vor. Zur Eröffnung standen Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer erdgas schwaben und Georg Radlinger, Leiter Kommunalkundenmanagement, für Gespräche zur Verfügung.

Unsere Energie ist BIO - Bio-Erdgas für Schwaben

erdgas schwaben informierte über den Zukunftsmarkt Bio-Erdgas in Schwaben. Bis zum Jahr 2030 könnten in Bayerisch-Schwaben mit Bio-Erdgas etwa 20 Prozent des jetzigen Erdgas-Verbrauchs aus nachwachsenden Rohstoffen stammen. □

Kooperationsvertrag der Erdgas-Netzbetreiber:

Gesetzesvorlage zum Netz-Zugang realisiert

Die 22 größten Betreibergesellschaften für Erdgasnetze haben in Berlin den Kooperationsvertrag, der den Wettbewerb auf dem deutschen Erdgasmarkt startet, unterschrieben. „Jedem war klar, dass das, was er hier jetzt unterzeichnet, die ganze Erdgaswelt ändern wird!“, beschrieb Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer von erdgas schwaben, die Atmosphäre im Berliner Pressehaus. erdgas schwaben setzt mit der Unterzeichnung seinen Weg in den liberalisierten Energiemarkt Europas konsequent fort.

Ab Oktober kann somit jeder Erdgaskunde seinen Versorger frei wählen. Die Vereinbarung regelt, unter welchen Bedingungen fremde Erdgas-Anbieter vorhandene Leitungsnetze nutzen können. Zu den Unterzeichnern gehören u.a. E.ON-Hanse, EnBW Gas, RWE Transportnetz Gas. Der größte Netzbetreiber E.ON Ruhrgas wird in den nächsten Tagen ebenfalls unterzeichnen.

Grundlage für mehr Wettbewerb

Der südbayerische Erdgasmarkt zählt zu den größten Erdgasmärkten in Deutschland. Rund 70 Mrd. kWh oder über 7 Prozent des gesamten deutschen Erdgasverbrauchs werden hier für private und gewerbliche, bzw. industrielle Zwecke eingesetzt. erdgas schwaben hat ein Volumen von rund 11 Mrd. kWh.

„Der Kooperationsvertrag ist in enger Zusammenarbeit mit der Bundesnetzagentur entstanden. Der gesetzliche Auftrag ist ab heute in ein verbindliches Regelpaket gegossen.“, Klaus-Peter Dietmayer ist zuversichtlich, dass der Vertrag eine Grundlage für mehr Wettbewerb ist. „Der Netzzugang ist wesentlich vereinfacht worden.“ □



Hand in Hand für die Zukunft Schwabens

Innenstaatssekretär Georg Schmid (Mitte) staunte nicht schlecht, als ihm die greifbare Zukunftsvision - Bio-Erdgas für Schwaben - präsentiert wurde. Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer von erdgas schwaben (links), und Georg Radlinger, Leiter Kommunalkundenmanagement bei erdgas schwaben (rechts), informierten den Staatssekretär aus erster Hand über die Potenziale zur Erzeugung von Bio-Erdgas in Schwaben und das nachhaltige Konzept von erdgas schwaben, Klimaschutz, Versorgungssicherheit, bezahlbare Energiepreise und Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region zu verbinden. Biomasse zusammen mit dem Know-How der schwäbischen Landwirte und der Kernkompetenz der Energieversorgung und -verteilung bei erdgas schwaben bieten effektive und wegweisende Nutzungsmöglichkeiten. □

Neue Zahlen zur Geothermie in Bayern

„Seit Mai ist die Zahl der erteilten Erlaubnisse zur Aufsuchung von Geothermie auf insgesamt nun 73 gestiegen, weitere 9 Anträge sind zur Zeit in Bearbeitung. Damit sind über 75 Prozent der für die Geothermie geeigneten Flächen bereits vergeben“, hat Wirtschaftsminister Erwin Huber mitgeteilt.

Sind die nun anstehenden Erkundungsbohrungen erfolgreich, werde nach heutigem Kenntnisstand ein geothermisches Potential von ca. 3.500 MW Wärmeleistung und zusätzlich, bei den dafür geeigneten Projekten, ca. 500 MW elektrischer Leistung erschlossen. „Damit setzt sich der bisherige Boom der Geothermie in Bayern weiter fort“, so der Minister.

Feste Größe

In Bayern liegen die ergiebigen Geothermievorkommen südlich der Donau bis zum Alpenrand in den Schichten des Malmkarsts. Die im Freistaat bereits verwirklichten Projekte steuern zwei Drittel zu der heute in Deutschland erschlossenen Geothermieleistung bei. „Die Geothermie entwickelt sich zunehmend zu einer festen Größe

in der bayerischen Energiepolitik“, betont Minister Huber.

Versorgungssicherheit

Die Geothermie leiste damit einen wichtigen Beitrag zur Versorgungssicherheit. Der Anteil der erneuerbaren Energien am Primärenergieverbrauch sei mit rund 8 Prozent doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt. Durch die Entwicklung der Geothermie werde dieser Anteil weiter steigen. Das bayerische Wirtschaftsministerium hat mit dem Geothermieatlas Bayern wichtige geowissenschaftliche Grundlagen für Planer und Vorhabensträger bereitgestellt. Mit der dazu weiterhin aus Mitteln des Wirtschaftsministeriums finanzierten Forschung wird die Planungs- und Investitionssicherheit der Projektträger weiter verbessert. □

Wasserkraftwerke:

Unverzichtbarer Faktor der Energieversorgung

Bei der Jahrestagung des Landesverbandes Bayerischer Wasserkraftwerke in Regensburg wies Vorstandsvorsitzender Erich Krauß darauf hin, dass die Wasserkraft die wichtigste erneuerbare Energiequelle in Bayern ist. Mit rund 15 Prozent weise sie einen bedeutenden Anteil an der bayerischen Stromerzeugung auf.

Die Stromerzeugung sei im Freistaat besonders umweltschonend, nahezu 80 Prozent des bayerischen Stroms würden CO₂-frei erzeugt, betonte Krauß. Wasserkraft und Kernenergie trügen in Bayern dazu bei, dass die durchschnittliche CO₂-Belastung pro erzeugter Kilowattstunde Strom mit 113 Gramm deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 550 Gramm liegt.

Mit dem Treibhausgas-Emissionshandelsgesetz, dem Erneuerbaren Energien-Gesetz, dem Kraft-Wärme-Koppelungsgesetz und der Ökosteuer habe der Gesetzgeber vielfältige umfassende Regelungen geschaffen, die aus Sicht der Bayerischen Stromversorger allerdings besser harmonisiert werden müssten, meinte der Vorsitzende. Krauß: „Insgesamt konnten durch die Nutzung erneuerbarer Energien im Jahr 2005 rund 83 Millionen Tonnen Kohlendioxid vermieden werden. Die Förderung und Erhöhung des Anteils der erneuerbaren Energieträger an der Stromerzeugung macht also Sinn.“

Schwerpunkte

Weitere Schwerpunkte im Kraußschen Jahresbericht waren die Entwicklung der Verbraucher-Strompreise am europäischen Markt, maßgeblich geprägt von der weltweiten Nachfrage nach Primärenergieträgern, die Europäische Wasserrahmenrichtlinie und ihre Umsetzung in Bayern sowie der Hinweis auf die Tatsache, dass in Bayern in punkto Restwasser nicht das Papier der Länderarbeitsgemeinschaft Wasser (LAWA), sondern nach wie vor der Restwasserleitfadengilt.

Dr. Veit Welsch, geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Bundesverbandes Deut-

scher Wasserkraftwerke e.V., München, unterstrich seinerseits die Bedeutung der Interessensvertretung. „die erhalten und nach Möglichkeit ausgebaut werden muss, um auch in Zukunft Erfolge zu erzielen, vor allem im Hinblick auf den Erfahrungsbericht zum EEG“. Derzeit werden laut Welsch im Bundesgebiet rund 25 Milliarden kWh in einem normalen Wasserjahr eingespeist (im Freistaat etwa 11 Milliarden kWh), 3 bis 4 Milliarden kWh werden mechanisch oder elektrisch selbst verbraucht, so dass die gesamte Erzeugung auf 29 Milliarden kWh angesetzt werden könne.

Verbände stärken

Hinsichtlich der Neuregelungen beim EEG wies der Vorstand auf die Absprache mit dem Innenministerium hin, wonach es nicht notwendig sei, zur Erlangung der um 2 Cent höheren Vergütung das Restwasser zu erhöhen und die Durchgängigkeit herzustellen. Wichtig sei hierbei auch, dass der bayerische Restwasserleitfadeng für Kraftwerke bis 500 kW Gültigkeit hat.

Welsch forderte ein Artikelgesetz zur Erleichterung des Ausbaus der Wasserkraft und ging auf das zweite Gesetz zur Änderung des bayerischen Fischereigesetzes ein. Er lehnte einseitige und deutliche Verschlechterungen zu Lasten der Wasserkraft ab. Gutachten vom BDW, den Landesverbänden und Eurosolar hätten die Stellung der Wasserkraft deutlich unterstützt. Auch im Landesentwicklungsplan sei die Position der Wasserkraft mit einzubringen. Abschließend rief der Vorstand dazu auf, die Verbände zu stärken, um die Existenzgrundlage für die Betriebe dauerhaft zu sichern. □

Festpreisangebot mit Energie-Gutschrift

Einen Schutz vor steigenden Energiepreisen gibt es nicht. Wohl aber die Absicherung für ein ganzes Jahr: Das Festpreis-Angebot für erdgas schwaben Kunden.

„Ist der Winter kalt, erhalten unsere Festpreiskunden pro Tag, der durchschnittlich kälter als minus 5 Grad ist, 100 kWh

von uns gutgeschrieben“, erläutert Klaus-Peter Dietmayer, Geschäftsführer von erdgas schwaben. „Nach dem Deutschen Wetterdienst gibt es in Schwaben im Schnitt 15 solcher Tage. Salopp gesprochen könnten unsere Kunden circa 30 Tage kostenlos heizen.“

Zugang zu Temperaturdaten

Der Festpreis schützt vor steigenden Energiepreisen während der Vertragslaufzeit, vor der Mehrwertsteuererhöhung schützt er nicht. Am 1. Januar 2007 werden sich alle Preise entsprechend erhöhen. Die Tagesdurchschnittstemperatur wird von acht staatlich zugelassenen Temperaturmessstationen der Firma meteomedia von Jörg Kachelmann in Schwaben ermittelt. Alle Kunden, die sich für dieses Produkt entscheiden, erhalten via Internet Zugang zu den Temperaturdaten.

Alle Kunden von erdgas schwaben wurden mit einem Informationsbrief über dieses Angebot unterrichtet. □



Gersthofen - wir heizen mit Erdgas

... ebenso wie 164 weitere Städte und Gemeinden in unserer Region

Siegfried Deffner,
1. Bürgermeister der Stadt Gersthofen, freut sich, dass den Gersthofener Bürgerinnen und Bürgern mit Erdgas eine saubere und umweltschonende Energie zur Verfügung steht.

www.erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben gmbh
Bayerstr. 43 · 86199 Augsburg
Telefon 0821 9002-0
www.erdgas-schwaben.de

erdgas schwaben
Wir sind da, wo unsere Kunden sind

Bayerische Gasversorger:

Öffnung der Gasnetze für mehr Wettbewerb

Der freie und ungehinderte Wettbewerb im Gasmarkt soll auch in Bayern vorangetrieben werden. Spitzenvertreter der acht größten Betreiber von Gasversorgungsnetzen im südlichen Bayern schafften nunmehr die Voraussetzungen dazu. Zu den acht Unternehmen zählen die kommunalen Gasnetzbetreiber der Stadtwerke Augsburg, Ingolstadt, Landshut, München und der REWAG Regensburger Energie- und Wasserversorgung AG & Co. KG, die beiden regionalen Verteilgesellschaften Erdgas Schwaben und Erdgas Südbayern sowie die Bayerngas als größter bayerischer Ferngasnetzbetreiber.

Die genannten Unternehmen gaben jetzt - als erste Gasnetzbetreiber im bayerischen Raum - ihren Beitritt zur neuen Kooperationsvereinbarung aller deutschen Gasnetzbetreiber bekannt. Sie verpflichten sich damit, ein innovatives und wettbewerbsfreundliches Zugangssystem für ihre Gasnetze im Herbst dieses Jahres zu etablieren.

Der Haushaltskunde hat die Wahl

Das neue Netzzugangssystem ermöglicht allen Energie-

anbietern, auf einfache und kosteneffiziente Weise die Gasnetze der acht Unternehmen zur Belieferung von Gasverbrauchern zu benutzen und mit den bewährten Energielieferanten in Konkurrenz zu treten. Den bayerischen Haushaltskunden steht somit in Zukunft auch im Gasmarkt die Wahl zwischen den Angeboten verschiedener Energieanbieter offen.

Das einzig derzeit funktionsfähige Modell

Die acht Gasnetzbetreiber

haben ihren Beitritt zur Kooperationsvereinbarung ohne Bedingungen und ohne Vorbehalte erklärt. Sie werden das neue Netzzugangsmodell so umsetzen, wie es von der deutschen Gaswirtschaft in enger Abstimmung mit der Bundesnetzagentur in den letzten Monaten entwickelt wurde.

Dieses Modell hält, so die Unternehmen, alte für die Stadtwerke beide gesetzlich vorgegebenen Optionen, nämlich Zweivertragsmodell und Citygate offen und sei das einzig derzeit funktionsfähige Modell.

Bayerngas-Appell

Ein Unternehmenssprecher der Bayerngas GmbH: „Wir fordern alle Gasversorgungsunternehmen in Bayern auf, ebenfalls rasch der Kooperationsvereinbarung beizutreten. Nur wenn alle Gasnetzbetreiber der Kooperationsvereinbarung ohne Vorbehalte beitreten, kann die Gasmarktliberalisierung auch für alle bayerischen Gasverbraucher zeitgerecht realisiert werden.“

Umfassende Vorbereitungen in den nächsten Monaten

Das neue Gasnetzzugangsmodell erfordert eine intensive Zusammenarbeit aller Gasnetzbetreiber in Bayern sowie auf Bundesebene. Die nächsten Monate werden daher von umfangreichen Vorbereitungsarbeiten zur Umsetzung des neuen Netzzugangsmodells geprägt sein. Dies betrifft insbesondere den Bereich der Informationstechnologie-Systeme, in dem große Investitionen zur Ermöglichung des Wettbewerbs erforderlich sind.

Maximale Anstrengungen

„Die heute hier vertretenen Gasnetzbetreiber unternehmen maximale Anstrengungen, um die technischen und organisatorischen Voraussetzungen zu schaffen, damit der Wettbewerb im Gasmarkt pünktlich zum 1. Oktober 2006 starten kann. Wir leisten hier unseren Beitrag, damit Wettbewerb für alle möglich wird. Jetzt sind die Energieanbieter gefordert, die neuen Möglichkeiten auch zu nutzen“, so der Unternehmenssprecher abschließend. □

Bayerngas erwirbt Beteiligung an Gasfeld

Erdgas aus der eigenen Quelle

Die Bayerngas GmbH München hat über ihr norwegisches Tochterunternehmen Bayerngas Norge AS Oslo 25 Prozent eines Erdgasfeldes in der norwegischen Nordsee von dem norwegischen Explorations- und Förderunternehmen Revus Energy ASA erworben. Das Geschäft steht noch unter dem Vorbehalt der Zustimmung durch die norwegischen Behörden.

Bayerngas zählt mit dem Anteilserwerb zu den wenigen deutschen Versorgungsunternehmen mit eigenem Zugang zu einer Gasquelle. „Mit dieser Beteiligung stößt die Bayerngas in eine neue Dimension der Gasbeschaffung vor. Unsere strategische Zielsetzung war, unseren Erdgasbezug mit eigenen Feldbeteiligungen zum Vorteil unserer Kunden auf eine noch breitere Basis zu stellen“, betont Dr. Ulrich Mössner, Geschäftsführer der Bayerngas.

Eigener Beitrag zur Versorgungssicherheit

Bayerngas bezieht ihr Erdgas bisher von zehn Vorlieferanten, d.h. direkt von anderen Produzenten sowie über Handelsgeschäfte. „Wir werden selbstverständlich weiterhin mit unseren etablierten Vorlieferanten zusammenarbeiten, können aber über unser Engagement in Nor-

wegen einen eigenen Beitrag zur Versorgungssicherheit leisten. Dieser Aspekt unserer Investition ist insbesondere im Kontext einer weltweit steigenden Energienachfrage nicht zu vernachlässigen. Bayerngas wird sich über diese Investition hinaus um weitere Feldbeteiligungen bemühen“, so Mössner weiter.

Produktionsbeginn für 2010 geplant

Der Fund wurde mit zwei Bohrungen in der Brent Formation in einer Tiefe von ca. 3500 m, bei einer Wassertiefe von ca. 350 m, nachgewiesen. Zur Zeit wird vom Betriebsführer Norsk Hydro ein Betriebsplan erstellt. Der Produktionsbeginn ist für 2010 geplant. Das Gas wird über das in der Nähe befindliche Pipelinennetz abgeleitet. Damit lassen sich die zusätzlichen Investitionen minimieren und Risiken reduzieren. □



Unsere Partner sehen den Gaseinkauf eher entspannt.

Kunden und Vertriebspartner von Bayerngas können beruhigt sein. Durch diversifizierten Gaseinkauf und innovatives Portfoliomanagement sind wir die ideale Beschaffungsplattform für Erdgas.

Know-how und Erfahrung im Dienste des Kunden.

Gemeinsam Werte schaffen

KOMPETENTE Dienstleistungen für Kommunen

- Bauland-Entwicklung (Beschaffung und Erschließung)
- Kommunale Investitionen
- Einheimischen-Modelle



Ihre Ansprechpartner für die jeweiligen Regierungsbezirke:

Franken: Herr Grauer Tel. 0911 / 23 20 929
Herr von Imhoff Tel. 0911 / 23 20 920

Oberbayern und Schwaben: Herr Danninger Tel. 0821 / 50 22 613

Niederbayern und Oberpfalz: Herr Müllner Tel. 0941 / 78 00 116

Kompetenzzentrum, Planungs-, Dokumentationsdienstleistungen und Konversion: Herr Streng Tel. 0921 / 78 42 34

Wussten Sie eigentlich, dass im Jahre 1947 die Bayerische Landessiedlungs Gesellschaft mit der Durchführung der Bodenreform in Bayern betraut wurde?

Bayerische Landessiedlung GmbH



bayerngas
Energiepartnerschaft mit Zukunft

www.bayerngas.de



Nahmen das neue LEW-Umspannwerk im Unterallgäu offiziell in Betrieb (von links): Bernhard Kerler (Erster Bürgermeister von Bad Grönenbach), Hans-Joachim Weirather (Landrat des Landkreises Unterallgäu), Paul Waning (Vorstandsmitglied der Lechwerke AG), Karl Fleschhut (Erster Bürgermeister von Wolfertschwendon).

Stromversorgung im Unterallgäu:

Lechwerke investieren 1,2 Millionen Euro

LEW-Umspannwerk in Wolfertschwendon geht in Betrieb

Mit einer Investitionssumme von 1,2 Millionen Euro haben die Lechwerke (LEW) ein neues Umspannwerk in Wolfertschwendon errichtet. Nach dem Baubeginn im Herbst 2005 wurde das Projekt Anfang August offiziell in Betrieb genommen.

„Die Umspannanlage sorgt für eine bessere Qualität der Spannung und damit für mehr Sicherheit bei der Versorgung unserer Kunden im Unterallgäu“, betonte LEW-Vorstandsmitglied Paul Waning bei dem Pressetermin in Wolfertschwendon. Neben Vertretern der Medien waren der Landrat des Landkreises Unterallgäu, Hans-Joachim Weirather, der Erste Bürgermeister von Wolfertschwendon, Karl Fleschhut sowie der Erste Bürgermeister von Bad Grönenbach, Bernhard Kerler anwesend.

Das Umspannwerk wandelt über den Transformator die über das Hochspannungsnetz angelieferte elektrische Energie von 110.000 Volt auf 20.000 Volt um. Unterirdisch verlegte Kabel versorgen die Orte Wolfertschwendon, Böhen, Kronburg sowie die Ortsteile von Bad Grönenbach Thal und Zell. Insgesamt werden etwa 1.000 Haushalte mit einem geschätzten Jahresverbrauch von 3 Millionen Kilowattstunden mit elektrischer Energie versorgt. Das Herzstück der Anlage ist der 48 Tonnen schwere Transformator, der ab Ende August für die Umwandlung der Energie sor-

gen wird. Zur Anlage gehört auch ein Technikgebäude. Dort befindet sich neben dem Raum für die Leittechnik, dem Batterieraum und dem Raum für Telekommunikationstechnik der Raum für die Schaltanlage der 20.000-Volt-Kabel. Das Umspannwerk ist mit seiner Fläche so ausgelegt, dass es erweitert werden kann. Sollte es bedingt durch die Ansiedlung von mittleren Industriebetrieben und den Zubau von Wohnhäusern einen höheren Stromverbrauch im Unterallgäu geben, können die Lechwerke die Anlage mit einem zusätzlichen Transformator ausstatten.

Die Lechwerke sorgen mit ihrem leistungsstarken, engmaschigen Stromnetz für eine zuverlässige Versorgung. Insgesamt betreibt das Unternehmen 120 Umspannanlagen. Die Qualität des LEW-Netzes liegt im Bundesdurchschnitt und damit europaweit in puncto Zuverlässigkeit ganz vorne. Die LEW AG gehört zur RWE-Gruppe und beschäftigt knapp 1.400 Mitarbeiter. Sie ist innerhalb der RWE Energy AG die regionale Energiegesellschaft für Süddeutschland.

Kernkraftwerk beliefert die Gemeinde:

Nahwärmeversorgung in Gundremmingen

Die Gemeinde Gundremmingen, die Wärmeversorgung Schwaben GmbH (WVS) und die Kernkraftwerk Gundremmingen GmbH haben den zwischen ihnen bestehenden Vertrag zur Nahwärmenutzung um weitere zehn Jahre verlängert.

Wolfgang Mayer, Erster Bürgermeister von Gundremmingen, Jürgen Gorki, Geschäftsführer der WVS, Dr. Helmut Bläsig, Technischer Geschäftsführer der Kernkraftwerk Gundremmingen GmbH (KGG) und Michael Steichele, stv. Kaufmännischer Geschäftsführer des KGG, unterzeichneten ihn im Rathaus von Gundremmingen.

Die Gemeinde nutzt seit 1992 die im nahe gelegenen Kernkraftwerk zur Verfügung stehende Restwärme im Kühlwasser zur Nahwärmeversorgung. An das System angeschlossen sind mehrere öffentliche Gebäude sowie ein Wohngebiet mit etwa 50 Einfamilienhäusern. „Wir haben frühzeitig auf die umweltfreundliche Wärmeversorgung unserer Bürgerinnen und Bürger gesetzt und freuen uns, im Kernkraftwerk Gundremmingen und der Wärmeversorgung Schwaben entsprechend kompetente und aufgeschlossene Partner gefunden zu haben“, betonte Bürgermeister Mayer anlässlich der Vertragsunterzeichnung.

Jährlich 150.000 Liter Heizöl eingespart

Die Wärmelieferung aus dem Kernkraftwerk liegt bei gut 1,2 Millionen Kilowattstunden im Jahr. Um diesen Energiebedarf herkömmlich zu decken, wären etwa 150.000 Liter Heizöl nötig. Durch den Verzicht auf fossile Brennstoffe wie Öl oder Erdgas entfällt der Ausstoß von Kohlendioxid, Schwefeldioxid und Stickoxiden. „In Gundremmingen bleiben der Umwelt rund 1,8 Millionen Kubikmeter Abgase erspart“, bestätigt Jürgen Gorki, Geschäftsführer der WVS.

Dr. Helmut Bläsig, Technischer Geschäftsführer des KGG, erläuterte zur Herkunft der Wärmeenergie: „Für die Gemeinde Gundremmingen leiten wir einen Teil des auf bis zu 36 Grad erwärmten Kühlwassers auf dem Weg zum Kühlturm aus. Rund 130.000 Liter werden pro Stunde

über eine Hauptleitung, eine Pumpstation mit Wärmetauscher und ein über sechs Kilometer langes unterirdisches Verteilernetz zu den angeschlossenen Haushalten und öffentlichen Gebäuden gepumpt.

Wärmepumpen

Dort heben Wärmepumpen die Temperatur auf die benötigte Temperatur für die Heizungsanlage und zur Warmwasserversorgung an. Sie stellen aus dem Kühlwasser mit nur einer Kilowattstunde Strom zwischen vier und fünf Kilowattstunden Heizenergie bereit. Anschließend wird das so genutzte Kühlwasser ohne Mengenverlust zum Kraftwerk zurückgeleitet.

Die Wärmeversorgung Schwaben GmbH, eine Tochtergesell-



Auf unserem Bild: Vordere Reihe sitzend v. l.: Dr. Helmut Bläsig, Technischer Geschäftsführer der Kernkraftwerk Gundremmingen GmbH, Wolfgang Mayer, Erster Bürgermeister von Gundremmingen und Jürgen Gorki, Geschäftsführer der Wärmeversorgung Schwaben GmbH; hintere Reihe stehend v. l.: Michael Steichele, stv. Kaufmännischer Geschäftsführer der Kernkraftwerk Gundremmingen GmbH und Wilhelm Hiller, Prokurist der Wärmeversorgung Schwaben GmbH.

schaft der Lechwerke AG, war für Bau und Betrieb des Leitungsnetzes sowie die Projektsteuerung verantwortlich. Heute übernimmt sie die mit der Anlage zusammenhängenden kaufmännischen Dienstleistungen.

Energie-Info-Wochen im Augsburger Kundenforum

Kostenlose Beratung rund um das Thema Energiesparen

Wenig deutet darauf hin, dass die Energiepreise in den nächsten Jahren stagnieren oder gar sinken. Die Lechwerke (LEW) starten daher ihre Energie-Info-Wochen für Kunden und Verbraucher. Die Aktion läuft bis 10. November und findet im Augsburger LEW-Kundenforum statt.

Die Energie-Info-Wochen der LEW bieten den Kunden hilfreiche Tipps rund um das Thema „effizienter Einsatz von Energie im Haushalt“. Die Themen reichen vom richtigen Heizen und Lüften über Informationen zum Energiepass oder Wissenswerten zu neuen Heizsystemen, wie zum Beispiel der Wärmepumpe. Am 6. November veranstalten die Lechwerke einen Wärmeschutz-Tag an dem die Besucher speziell zu Einsparmöglichkeiten beim baulichen Wärmeschutz beraten werden.

Untersuchungen zeigen, dass speziell die privaten Haushalte beim Stromverbrauch ein Einsparpotenzial haben. Konkrete Maßnahmen zum Stromsparen sind zum Beispiel: Kein Stand-By-Modus sondern Abschalten von Fernseh-, Radio- und EDV-Geräten oder der Austausch alter Elektrogeräte (Herd, Kühlschrank, Waschmaschine) gegen neue effizientere Lösungen. LEW-Berater unterstützen bei der Analyse des Stromverbrauchs im Haushalt und geben Tipps, wie man die nächste Stromrechnung senken kann.

Ein Wellness-Tag am 19. Oktober rund um Sauna, Solarium und Infrarot-Wärme für zu Hause rundet das vielfältige Programm der Energie-Wochen ab. Details zu den Fachvorträgen sowie die Öffnungszeiten können im Internet unter www.lew.de abgerufen werden. Die LEW-Initiative hat das Ziel, die Besucher der Info-Wochen zum Energiesparen anzuregen. Wer Energie spart, spart Geld und schont gleichzeitig die Umwelt.

Biowärme für Pegnitz

Bei der Energieversorgung setzt der Freistaat weiter konsequent auf nachwachsende Rohstoffe. Landwirtschaftsminister Josef Miller hat im Sommer ein neues Biomasseheizwerk in Pegnitz-Kellerberg offiziell in Betrieb genommen. Der Minister bezeichnete die mit 43.700 Euro aus Landes- und EU-Mitteln geförderte Anlage als „Musterbeispiel für vorausschauende Energieversorgung“. Das neue Biomasseheizwerk mit einem 300-Kilowatt-Holzackschnitzelkessel als Herzstück der Anlage versorgt die 170 Wohnungen der Wohnungsgenossenschaft Pegnitz in Pegnitz-Kellerberg mit umweltfreundlicher Biowärme. Investor ist die Naturwärme Pegnitz GmbH.

Landesweit gibt es bereits mehr als 250 staatlich geförderte größere Anlagen, die Wärme oder Strom überwiegend aus Holz erzeugen. Bayern deckt vier Prozent seines Primärenergieverbrauchs aus Biomasse.



Schmack
Es lohnt sich

Energie ist Leben.

Biogas ist die Energie mit Zukunft.

Biogas ist eine moderne, innovative und **nachhaltige Energie**. Zum Heizen, zur Stromversorgung und als alternativer Kraftstoff. Mit Biogas nutzen wir Zukunftspotentiale. Bereits heute.

Als eines der **führenden Unternehmen** der deutschen Biogasbranche stehen wir für Biogasanlagen mit hoher Auslastung. Dies ist nur durch konsequente Forschungs- und Entwicklungsarbeit in Technik und Mikrobiologie möglich.

Schmack Biogas AG Tel.: +49 (0)9431/751-0
Bayernwerk 8 Fax: +49 (0)9431/751-204
D-92421 Schwandorf Email: info@schmack-biogas.com
Internet: www.schmack-biogas.com

Erfolgreiche Verhandlungen mit E.ON Bayern, N-ERGIE und LEW:

Stabile Strompreise bis Ende 2007

Wirtschaftsminister Erwin Huber: „Gewinner ist der Verbraucher“
Bayern als bundesweiter Vorreiter

Für die derzeit laufende Prüfung der Stromtariferhöhungsanträge hat Wirtschaftsminister Erwin Huber einen harten Kurs angekündigt, bei dem das Ministerium auch als Anwalt der Verbraucher tätig sein wird. Im Rahmen einer Pressekonferenz in München informierte er über das Ergebnis seiner Gespräche mit den drei großen bayerischen Regionalversorgern E.ON Bayern, N-ERGIE und LEW sowie über die Auswirkungen, die sich daraus für die Stromverbraucher in Bayern ergeben.

Wie Huber erfreut vermelden konnte, „haben wir in unseren Gesprächen ein bundesweit einmaliges, für die bayerischen Stromkunden wegweisendes Ergebnis erzielt“. Danach werden die drei Unternehmen ihre Stromtarife bis Ende 2007 nicht erhöhen, sondern gleich halten. Für die Mehrheit der Haushalte bleiben die Strompreise damit stabil.

Ausgangspunkt

Die Preisstabilität wird somit nicht nur bis Ende der staatlichen Genehmigungspflicht zum 1. Juli 2007 erreicht. Außen vor bleiben bei dieser Regelung die vom Bundesgesetzgeber beschlossenen Steuererhöhungen, die nicht Gegenstand der Stromtarifgenehmigung sind. Huber: „Damit nehmen wir bundesweit eine Vorreiterrolle ein. In keinem anderen Bundesland ist bislang eine so weit reichende Strompreisregelung mit Stabilität für den Verbraucher erreicht.“

Ausgangspunkt der Vereinbarung ist der ursprüngliche Antrag der Regionalversorger auf Erhöhung des Grundversorgungspreises zum 1. Januar 2007. Damit sollten die stark gestiegenen Beschaffungskosten weitergegeben werden. Allerdings sinken

parallel dazu als Konsequenz einer Entscheidung der Bundesnetzagentur die Netzentgelte. Diese Situation hätte dazu geführt, dass die Strompreise zunächst geringfügig gesenkt und kurze Zeit später wieder - und zwar stärker - erhöht worden wären.

Moderate Preispolitik

„Dieses Auf und Ab hätte die Kunden irritiert und zudem beim Unternehmen erhebliche Kosten verursacht. Deshalb sind wir auf den Vorschlag des bayerischen Wirtschaftsministeriums eingegangen, die beiden Preiseffekte in Gestalt einer Preisstabilität bis Ende 2007 miteinander zu verknüpfen“, erklärte Dr. Peter Deml, Vorstandsvorsitzender der E.ON Bayern AG. Sein Unternehmen trage damit einen erheblichen Teil der gestiegenen Beschaffungskosten selbst und setze so die bisherige Linie einer moderaten Preispolitik fort. Zusätzlich werde E.ON auch im Jahr 2007 intensive Anstrengungen zur Energiesparberatung der Kunden unternehmen.

Mit der Entscheidung der Bundesnetzagentur zu den Netzentgelten sinkt deren Anteil am Strompreis von derzeit rund 37 Prozent auf rund 32 Prozent.

Knapp 40 Prozent machen Steuern und Abgaben aus. Der Rest, etwa 28 Prozent, entfällt auf die Beschaffungs- und Vertriebskosten.

Herbert Dombrowsky, Sprecher des N-ERGIE-Vorstands, hob hervor, dass der Anteil der Netzentgelte am N-ERGIE-Strompreis etwa 37 Prozent betrage. N-ERGIE sei einer der günstigsten Stromanbieter bundesweit. Auch mit dieser Vereinbarung trage sein Unternehmen dazu bei, mit günstigen Strompreisen die Standortvorteile für Verbraucher in Bayern weiter zu festigen und in der energiepolitischen Diskussion wieder zu mehr Sachlichkeit zu kommen.

Klarheit für die Kunden

„Mit dieser Vereinbarung schaffen wir Klarheit für unsere Kunden. Insgesamt halten wir so unsere Strompreise im Allgemeinen Tarif für einen Zeitraum von zwei Jahren stabil“, betonte seinerseits Paul Waning, Vorstandsvorsitzender der Lechwerke AG. Die Lechwerke werden diese Regelung für alle bestehenden Privatkundenpreisregelungen, also auch für die Kunden des Stromproduktes LEW[Avanza] übernehmen. Diese Kunden hatten bislang eine Preisgarantie bis 30. Juni 2007. Waning zufolge werden die Lechwerke den Avanza-Kunden anbieten, die Preisgarantie um ein halbes Jahr bis 31. Dezember 2007 zu verlängern. „Damit wäre diese exklusive Preisregelung sogar mehr als zwei Jahre preisstabil.“

„Diese Vereinbarung ist in Bayern möglich“, so Waning weiter, „weil wir hier aufgrund der vergangenen Kalkulationen eine höhere Absenkung der Netznutzungsentgelte in der Niederspannung erwarten als in anderen Bundesländern.“ Der Anteil der Netzentgelte am LEW-Strompreis beträgt rund 38 Prozent. Rund 37 Prozent am Gesamtstrompreis entfallen derzeit auf Steuern und Abgaben. Dieser Anteil wird sich zum Jahreswechsel durch die dreiprozentige Mehrwertsteuererhöhung nochmals weiter erhöhen.

Dankesworte vom Minister

Minister Huber dankte den drei Regionalversorgern „für diese nicht ganz einfache Entscheidung“. Gewinner dieser Einigung sei die Mehrheit der Stromverbraucher in Bayern. Die übrigen bayerischen Stromversorger hätten sich allerdings bislang nicht bereit erklärt, ihre Preise stabil zu halten, ergänzte Huber.

Derzeit liefen bei den Bezirksregierungen die Prüfungen über die Höhe der Netzentgelte. Sobald diese abgeschlossen seien, werde die Weitergabe der Kürzungen an die Kunden sofort verfügt. Im übrigen gehe er davon aus, dass die nunmehr getroffene Vereinbarung mit den drei großen Unternehmen auch für andere Versorger ein Zeichen ist, diesen Weg ebenfalls mitzugehen, erklärte der Minister und fügte hinzu: „Wir als Landesbehörde haben unsere Möglichkeit zur Kontrolle der Letztverbraucherpreise voll ausgeschöpft. Darüber hinaus halten wir es für notwendig, dass das Bundeskartellamt und die Europäische Kommission den Wettbewerb im Beschaffungsmarkt, d.h. auf der Ebene der

Stromerzeugung, verstärken.“

Wettbewerb mobilisieren

Letzten Endes sei der angestrebte Wettbewerb aber nicht nur eine Verpflichtung der Versorger und der Behörden. Echter Wettbewerb werde sich nur einstellen, wenn auch der Kunde seine Marktmacht einsetzt. Bisher gebe es bei den Haushalten nur etwa zwei Prozent Wechsler, was für einen funktionierenden Wettbewerb zu wenig sei.

Huber: „Statt einseitig auf den Staat zu setzen, müssen die Verbraucher durch Preisvergleich und gegebenenfalls Wechsel des Anbieters den Wettbewerb mobilisieren. Die Regulierung der Netzentgelte hat dafür die Rahmenbedingungen weiter verbessert. Die Europäische Union setzt auf die Liberalisierung der Strommärkte. Die Kommission ist entschlossen, sie im Binnenmarkt durchzusetzen. Damit sind die Weichen für die Zukunft gestellt.“

DK

VKU zu Strompreisanträgen:

Unvermeidliche Erhöhung der Strompreise

Köln - „Preiserhöhungen sind leider unvermeidlich, weil die Beschaffungskosten extrem gestiegen sind. Die Länderwirtschaftsminister müssen die Fakten anerkennen und dürfen das Instrument der Strompreisaufsicht nicht populistisch missbrauchen.“ Das erklärte Michael Schöneich, Hauptgeschäftsführer des Verbandes kommunaler Unternehmen e. V. (VKU), zur Ankündigung einzelner Landespolitiker, die Strompreisaufsicht verlängern zu wollen.

Die Strompreisaufsicht laufe zu Recht zum 1. Juli 2007 aus, weil dieses Genehmigungssystem nicht mehr zum regulierten Wettbewerb passe. Auch in dem neuen System gebe es genügend Überprüfungs- und Kontrollmöglichkeiten.

Schöneich kritisierte auch die Bundesnetzagentur und verschiedene Politiker, weil sie bei den Strompreisen zu viel versprochen hätten. Auch wenn die Netzentgelte gesenkt wurden, könne auf eine Erhöhung der Strompreise nicht verzichtet werden. Die Netzentgelte machten bei Haushaltskunden rund ein Drittel des Strompreises aus. Eine Senkung um 10 % würde von der geplanten Mehrwertsteuererhöhung um 3 % nahezu aufgeessen. „Die Politik will gerne davon ablenken, dass 40 % des Strompreises schon heute auf Steuern und Abgaben entfallen. Mit der geplanten Mehrwertsteuererhöhung steigt dieser Anteil nochmals.“

Der VKU betrachtet die von der Regulierungsbehörde angekündigten Senkungen der Stromnetzentgelte um 10 - 30 % als ungerechtfertigt. Wichtige Kostenbestandteile würden nicht anerkannt, so dass die Unternehmen mit erheblichen Erlöseinbußen rechnen müssten. „Die Politik sollte die Position der Stadtwerke stärken, so Schöneich. „Davon werden auch die Verbraucher profitieren.“ □

Was wäre ein Staat ohne Bürger?

Was wäre ein Trainer ohne sein Team?

Vernetzt bündelt man Gemeinsamkeiten.



Weil 120 Partner im Thüga-Netzwerk vereint sind, können sie an den Energiemärkten selbstbewusst auftreten. Sie profitieren von einem effizienten Pool-Einkauf der Thüga-Gruppe und erhalten somit günstige Rahmenverträge. Das ist nur ein Grund, warum Thüga-Mitglieder die besten Voraussetzungen haben, auch in Zukunft wettbewerbsfähig und erfolgreich zu bleiben. Bei gleichzeitiger Unabhängigkeit und regionaler Nähe zu ihren Kunden. Interessiert? Mehr Informationen erhalten Sie unter www.thuega.de

thuga
DIE ENERGIEGRUPPE

Erste landwirtschaftliche Biogasanlage Bayerns in Pliening:

Immenser Technologieschub

Als „Fitnessprogramm für die Zukunft“ hat Landwirtschaftsminister Josef Miller die im Entstehen begriffene erste landwirtschaftliche Biogasanlage Bayerns in Pliening, Landkreis Ebersberg, bezeichnet. Die Anlage bereitet Biogas auf Erdgasqualität auf und speist es in das nahe gelegene Erdgasnetz ein.

„Mit der Einleitung in das Netz stehen dem erzeugten Bio-Erdgas alle Verwertungsmöglichkeiten des normalen Erdgases offen“, betonte Miller bei der Besichtigung der Baustelle. Die Biomethananlage mit einem Investitionsvolumen von 9,8 Mio. Euro sei für ihn der sichtbare Ausdruck für eine technologische Entwicklung, die in Bayern von Anfang an als aussichtsreich eingestuft worden sei. Die Bayerische Staatsregierung habe diese Entwicklung durch die Förderung wichtiger Studien begleitet und unterstützt.

Neuer Absatzmarkt

Nach einer Studie des Bundesverbands der Deutschen Gas- und Wasserwirtschaft kann bei gezielter und effizienter Nutzung der landwirtschaftlichen Flächen bis zum Jahr 2030 ein Biogasanteil von etwa zehn Prozent des heutigen Erdgasabsatzes in Deutschland erreicht werden. Miller: „Die energetische Verwertung nachwachsender Rohstoffe wird mit dem Ausbau dieser Technologie noch interessanter und schafft einen neuen Absatzmarkt.“ Durch die Energiepflanzenvergrößerung in großen Biogasanlagen könnten Dieselkraftstoff-äquivalente von bis zu 5.000 Litern pro Hektar realisiert werden. Dies entspreche gut dem Dreifachen der Hektarerträge von Rapsöl zur Pflanzenölkraftstoff- oder Biodieselerzeugung.

„Den Fuß auf der Wettbewerbsschwelle“

Aufgezeigt habe die Studie aber auch, dass die Erzeugungskosten für aufbereitetes Biogas zur Verwendung in Erdgasfahrzeugen unter günstigen Bedingungen etwa dem Tankstellenpreis für Erdgas entsprechen. Die Untersuchung empfehle daher, diesem Verwendungspfad von Biomasse mehr Aufmerksamkeit zu widmen. Biogas als Kraftstoff für Autos habe sozusagen „den Fuß auf der Wettbewerbsschwelle“.

Miller zufolge erheben die

staatlichen Landtechnik-Fachberater in Bayern derzeit für jeden Landkreis die Zahl, Leistung und Energieerträge der Biogasanlagen. Man gehe von rund 1.000 Biogasanlagen aus, halte aber eine Verdopplung durchaus für wahrscheinlich. Der Anteil von Biogas im Biomasseenergiemix in Bayern betrage nach der jüngsten verfügbaren Statistik aus dem Jahr 2002 fünf Prozent. Miller: „Ich bin sicher, dass die Erhebung der Landtechnik-Fachberater einen höheren Anteil nachweisen wird.“

Offenkundiger Vorteil

Der besondere Vorzug des in Pliening erstmals verwirklichten Weges der Biogaseinspeisung in Erdgasnetze liege darin, dass diesem Energieträger mit Eintritt in das Gasnetz sämtliche auch dem Erdgas zugänglichen Anwendungen offen stehen, fuhr der Minister fort. Hierzu müsse dem Rohbiogas ein CO₂-Anteil von etwa 45 Prozent entzogen werden. Ebenfalls notwendig seien die Entfeuchtung und Beseitigung geringer Mengen an Schwefelwasserstoff. Damit werde Erdgasqualität erreicht.

Gasversorger als Wegbereiter

In diesem Zusammenhang begrüßte Miller auch ausdrücklich die Selbstverpflichtung der Deutschen Erdgaswirtschaft, dem als Kraftstoff verwendeten Erdgas bis zum Jahr 2010 bis zu 10 Prozent Biomethan beizumischen. Die Gasversorger seien damit Wegbereiter für den Einsatz von aufbereitetem Biogas in Erdgasnetzen.

Vergünstigung beibehalten

Mit Nachdruck forderte der Minister die Beibehaltung der derzeit geltenden Steuerbegünstigung für Erdgas als Kraftstoff bis zum Jahr 2020. Nur unter dieser Voraussetzung seien Erdgaswirtschaft und Automobilhersteller bereit gewesen, in das Erdgastankstellennetz zu investieren und moderne Erdgasfahrzeuge zu entwickeln.

Die Anlage, die im Dezember 2006 in Betrieb gehen soll, verfügt über eine jährliche Aufbereitungskapazität von 3,9 Millionen Normkubikmeter Bio-Erdgas. Es wird in das Erdgas-

Würdigung durch Wirtschaftsminister Huber:

Donaukraftwerk Jochenstein 50 Jahre alt

Als „für Bayern und Österreich von fast schon symbolhafter Bedeutung“ hat Wirtschaftsminister Erwin Huber das Donaukraftwerk Jochenstein bei Passau gewürdigt. Bei einer Feier zum 50-jährigen Jubiläum des Kraftwerks wies er auf dessen „absolute Zuverlässigkeit“ hin. Jahr für Jahr würden dort knapp eine Mrd. kWh Strom für die Region erzeugt - und das seit einem halben Jahrhundert ohne nennenswerte Störungen.

Huber verwies darauf, dass in nur vier Jahren 3.000 Menschen das damals größte Laufwasserkraftwerk Mitteleuropas errichteten. 1955 floss der erste Strom, ein Jahr später war das Werk fertig. Im Rückblick, so der Minister, könne man das Kraftwerk Jochenstein als „ein Symbol des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Aufbruchs nach dem Krieg“ bezeichnen.

Zwei Seiten einer Medaille

Das Donaukraftwerk Jochenstein zeige aber noch andere Qualitäten: „Es unterstreicht, dass Nachhaltigkeit und Wirtschaftlichkeit zwei Seiten der einen Medaille sind. Es entlastet die Umwelt um große Mengen von Kohlendioxid, die anfallen würden, wenn man den Strom mit Kohle- oder Gaskraftwerken erzeugen würde“. Allein dieses eine Kraftwerk erspare CO₂-Emissionen von rund einer halben Million Tonnen pro Jahr. Dies entspreche knapp einem Prozent der Gesamtemissionen in Bayern.

Kultureller Glanzpunkt

Das Kraftwerk imponiere durch seine Architektur, die in der schönen Donaulandschaft am Jochenstein einen kulturellen Glanzpunkt setzt, fuhr Huber fort. Daher sei es kein Wunder, dass sich dieses Industriebauwerk zu einer Touristenattraktion entwickelt hat, die dem regionalen Fremdenverkehr vie-

netz der Stadtwerke München eingespeist und von der E.ON Bayern AG in Blockheizkraftwerken in Poing und Puchheim verstromt. Die für den Betrieb notwendigen Energiepflanzen haben einen geschätzten Flächenbedarf von etwa 500 bis 550 Hektar und werden vom Maschinenring Ebersberg bereitgestellt. **DK**

le Impulse gibt. Energiewirtschaftlich besteche es durch seine außergewöhnliche Wirtschaftlichkeit. Dem Vernehmen nach handle es sich um eines der kostengünstigsten Grundlastkraftwerke im europäischen Verbundnetz.

Geographische Bedingungen nicht optimal

Huber: „Wenn man der Strompreisverteuerung im europäischen Strommarkt begegnen will, bräuchten wir mehr solcher kostengünstiger Kraftwerke und nicht nur immer mehr teure Stromerzeugung aus Windkraft oder heutiger Photovoltaik-Technologie. Da wäre es natürlich schön, wenn wir noch viele Kraftwerke wie Jochenstein in Bayern bauen könnten. Doch leider haben wir im Freistaat nicht so gute geographische Bedingungen für die Wasserkraft wie z. B. in Österreich, wo die Potenziale einen Beitrag der Wasserkraft von etwa 60 Prozent zur Stromerzeugung erlauben.“

Woran sich Energiepolitik orientieren muss

Das Beispiel des Donaukraftwerks Jochenstein zeige, wie wichtig es ist, dass sich Energiepolitik als Teil der wirtschaftlichen Zukunftsvorsorge versteht, betonte Huber: Daran müsse sich Energiepolitik orientieren. Dann könne sie auch positive Beiträge leisten. **DK**

An Schulgebäuden und Rathäusern:

BKPV wirbt für Energiesparnachweis

Der Bayerische Kommunale Prüfungsverband (BKPV) hat seinen Mitgliedern ein Energiemanagement nahe gelegt. Das Energiespar-Contracting sei keine moderne Erscheinung, sondern Ausdruck verantwortlichen Handelns. Fazit einer eingehenden BKPV-Studie: Allein durch eine regelmäßige Verbrauchsüberwachung in Verbindung mit Änderungen des Nutzungsverhaltens können 10 bis 20 Prozent der Energiekosten eingespart werden.

Mit dem am 29. Juli 1976 in Kraft getretenen Energieeinsparungsgesetz (EnEG) sind Anforderungen an den energiesparenden Wärmeschutz geregelt worden. Ergänzend kam Anfang Februar 2002 die Energiesparverordnung (EnEV) hinzu. Damit wurde dem Kyoto-Protokoll zum UN-Übereinkommen Rechnung getragen - im Hinblick auf die Klimaänderungen.

Die Vorgeschichte

Schließlich liegt der EU-Beschluss vom Juni 1998 zur Verringerung des Ausstoßes der Treibhausgase um 21 Prozent bis 2012 (gegenüber 1990) auf dieser Linie. In Berlin hat man sich allerdings nicht beeilt, die EU-Richtlinie über die Gesamtenergieeffizienz von Gebäuden vom Dezember 2002 in deutsches Recht umzusetzen. Das hätte spätestens im Januar 2006 erfolgen sollen. Immerhin, im Jahr 2000 wurde in Berlin die Deutsche Energie-Agentur (dena) gegründet. Gesellschafter sind neben der BRD die Kreditanstalt für Wiederaufbau. Diese dena soll u. a. Planung und Gestaltung von Projekten zur rationellen Energienutzung fördern. Vor Ort übernehmen regionale E-Agenturen diesen Beistand, in Bayern mitgetragen von Stadtwerken, Landkreisen und Energieversorgern.

Gestützt auf diesen Vorlauf kommt der BKPV dann zur Sache: Die erheblich gestiegenen Heizölpreise verdeutlichen dramatisch, dass Energie ein knapper werdendes Gut ist. „Einen Beitrag zur E-Einsparung und zum aktiven Klimaschutz zu leisten sollte daher nicht nur Motivation für den privaten Verbraucher, sondern angesichts des großen Bestandes an Liegenschaften gerade auch für die öffentliche Hand sein“. Dabei vergisst der Prüfungsverband nicht, auf die immer noch knappen Kassen der Kommunen anzuspüren.

E-Sparnachweis plakatieren

Sobald Berlin die 2002er EU-Richtlinie umsetzt - dazu muss die EnEV novelliert werden - wird es ernst. Dann wird der sogenannte energetische Nachweis nicht nur für Neu- und Umbauten sondern für alle öffentlichen Gebäude mit über 1000 Quadratmeter Nutzfläche vorgeschrieben „die von Behörden und von Einrichtungen genutzt werden, die für eine große Zahl von Menschen öffentliche Dienstleistungen erbringen und die deshalb von diesen Menschen häufig aufgesucht werden“.

Sichtbarer Ausweis

Ergänzend schreibt Brüssel vor, den Aus(Nach)weis über die Gesamtenergieeffizienz „an einer für die Öffentlichkeit gut sichtbaren Stelle“ anzubringen. Es sei damit zu rechnen, so der BKPV, dass sich der Gesetzgeber eng an dieser Vorschrift orientiere. „Da jede Kommune wenigstens über ein Gebäude verfügt, das die Kriterien erfüllt, wird sich die Verwaltung künftig mit der Energieeinsparung verstärkt auseinandersetzen müssen“. Der öffentlich einsehbare Sparausweis muss ne-

ben Ist-Daten auch Hinweise auf Modernisierungspotentiale unter Gesichtspunkten der energetischen Effizienz enthalten.

Das kommunale E-Management kann aus Sicht des BKPV nur Bestandteil eines umfassenden Gebäudemanagements sein, auf dem alle langfristigen Planungen basieren. Dabei sollte das E-Management wirksame Verbrauchskontrollen, Schulungen sowie Prüfung der E-Sparerfolge vorsehen.

Aufbau nicht unterschätzen

Nach Meinung des Prüfungsverbandes sollten bei allem zunächst nicht teure Externe eingespannt werden. Vorschläge zu einfachen Schritten wie zum Einbau von Thermostatventilen etwa in der Schule zur Optimierung der Raumtemperaturen könnten auch vom Hausmeister oder dem Lehrerkollegium kommen, ebenso die laufenden Kontrollen. Eine 50.000 Einwohnerstadt lasse das E-Management durch die Mitarbeiter ihres Hochbauamtes erledigen.

Dennoch, der Aufwand für den Aufbau eines KEM (kommunales Energiemanagement) dürfe nicht unterschätzt werden. Vor allem für kleinere Kommunen stelle sich die Frage, ob Teilleistungen externen Dienstleistern überlassen werden sollen. Aber grundsätzlich sollte eine zentrale Stelle in der Verwaltung Koordination und Steuerung sämtlicher Vorgänge übernehmen. Der oder die Mitarbeiter würden dann üblicherweise als Energiebeauftragte oder -manager bezeichnet.

Anbieter vor der Tür

Schon seit längerem sind freiberufliche Ingenieurbüros aktiv, offerieren Energiesparkonzepte, Energiechecks oder andere Leistungen, die ohne Beachtung einer Vergabeverordnung vergeben werden dürfen. Beim Abschluss eines Energieeinspar-Contracts sollte der Leitfaden der Deutschen Energieagentur zur Hand genommen werden.

Doch vor Abschluss empfiehlt der BKPV festzustellen, inwieweit einfache Maßnahmen nicht in eigener Verantwortung zu erledigen sind. „Für eine Feststellung, dass alle Fenster oder der alte Heizkessel ausgetauscht werden sollten, ist keine kostenpflichtige Beratung notwendig“. Kommt es dann jedoch zum Vertrag mit einem externen Berater, sollte die Koppelung von Erstellung des Einsparkonzepts und die Umsetzung der Vorschläge durch den Externen vermieden werden, auch im Hinblick auf Vorschriften der Vergabeverordnung.

Generell empfiehlt der Prüfungsverband noch, sich vor Inanspruchnahme einer Beratung zu erkundigen, wer die Gesellschafter oder Mitglieder der jeweiligen Agentur sind und ob eine neutrale und unabhängige Beratung garantiert ist. Schließlich geht es ggf. um kostspielige Investitionen. Die derzeit stark propagierte Contracting-Abwicklung könne der Kommune Vorteile bringen, dürfe aber nicht unkritisch gesehen werden. Bei allem steht der Prüfungsverband auch als Ratgeber bereit. (Entnommen BKPV-Geschäftsbericht 2005). **mhb**

LEW
Lechwerke

Gutes Gefühl.

Energie, auf die Sie vertrauen können.

Mit den Lechwerken sind Sie immer auf der sicheren Seite. Wir tragen Verantwortung für die Energieversorgung Ihrer Familie. Tag und Nacht und überall, wo Sie und wir zu Hause sind.
www.lew.de



RWE Group

Erdgasfahrzeuge:

Aktuelle Daten und Fakten

Die Zahl der erdgasbetriebenen Fahrzeuge ist nach Angaben des Kraftfahrt-Bundesamtes (KBA) im Jahr 2005 um 30 Prozent gestiegen (Vorjahr 33 Prozent). Zum 1.1.2006 waren 38.933 Erdgasfahrzeuge in Deutschland zugelassen, davon sind etwa 31.000 Pkw, 6.700 Lkw und 1.300 Busse. Da die Palette der erdgasbetriebenen Fahrzeuge durch neue Modelle im Sommer dieses Jahres erweitert wurde (Opel Zafira 1.6 CNG, Volkswagen Touran EcoFuel, Volkswagen Caddy EcoFuel und Ford Focus CNG zum Jahresende), ist mit einem weiteren Anstieg zu rechnen.

Erdgas als Kraftstoff ist gemäß dem neuen Energiesteuergesetz (mit Wirkung von August 2006) bei der Mineralölsteuer begünstigt bis 2018. Damit bleibt Erdgas ein dauerhaft günstiger Kraftstoff.

Auf den Energiegehalt kommt es an

Wer die Kraftstoffpreise von Erdgas und Flüssiggas (Autogas/LPG) vergleicht, stellt fest: Flüssiggas kostet durchschnittlich etwa 65 Cent je Liter und Erdgas 83 Cent je Kilogramm. Flüssiggas ist also günstiger? Nein, denn auf den Energiegehalt kommt es an. Erdgas (H-Gas) hat mit 13,0 Kilowattstunden einen deutlich höheren Energiegehalt als Flüssiggas mit 6,6 Kilowattstunden. Das führt zu höheren Reichweiten mit Erdgas und unter dem Strich bei den Kraftstoffkosten dazu, dass Erdgas günstiger ist.

Einfache Formel

Die einfache Formel für die Umrechnung lautet: Preis Erdgas 0,83 Euro/kg, Flüssiggas 6,6 kWh/Liter/Heizwert Erdgas 13,0 kWh/kg = 0,42 Euro/Liter. Das heißt, bezogen auf den Energiegehalt bezahlt man für einen Li-

ter Erdgas mit 0,42 Euro gut 20 Cent weniger als für einen Liter Flüssiggas.

Auf die gleiche Art und Weise kann man auch die Preise für Benzin und Diesel mit Erdgas vergleichen und stellt fest: Erdgas ist rund 50 Prozent günstiger als Superbenzin (8,9 kWh/Liter)

www.der-flexible-raum.de

Container
Raummodule
Hallensysteme

und etwa 30 Prozent günstiger als Diesel (9,8 kWh/Liter).

Günstigste
Kohlendioxid-Bilanz

Der Ausstoß von Kohlenmonoxid, Schwefeldioxid-, Ruß- und anderen Partikelemissionen wird beim Einsatz des Kraftstoffs Erdgas nahezu vollständig vermieden. Von allen fossilen Energieträgern weist Erdgas bei der Verbrennung die günstigste Kohlendioxid-Bilanz auf und trägt bis zu 80 Prozent weniger zur Smogbildung bei: Im Vergleich zu einem Benziner verursacht Erdgas bis zu 25 Prozent

weniger Kohlendioxid. Zum Vergleich: Flüssiggas hat nur einen um 9 Prozent verminderten CO₂-Ausstoß gegenüber Benzin. Laut Kraftfahrtbundesamt belegen die Emissionskennwerte bereits heute bei Erdgas im Durchschnitt einen CO₂-Vorteil von 20 Prozent gegenüber den entsprechenden Benzinmodellen und von 6 Prozent gegenüber den Dieselmodellen.

Optimierte Erdgasmotoren

Nach Studien der EU-Kommission verursacht auch die Bereitstellung von Erdgas an der Tankstelle heute wesentlich weniger CO₂ als die Förderung, Raffination und der Transport von Diesel und Benzin. Trotz des heute noch höheren Wirkungsgrades von Dieselmotoren ist zudem bis 2010 mit optimierten Erdgasmotoren ein gegenüber Diesel um 13 Prozent verminderter Ausstoß des Treibhausgases Kohlendioxid zu erreichen.

Bioerdgas als Kraftstoff
für Erdgasfahrzeuge

Biomethan, auch Bioerdgas genannt, wird aus organischen Lebensmittelrest- und Abfallstoffen sowie aus nachwachsenden Energiepflanzen wie Mais oder Roggen gewonnen und setzt somit nicht mehr Kohlendioxid frei, als die Pflanzen während ihres Wachstums über die Photosynthese aufgenommen haben.

Das Bioerdgas ist uneingeschränkt als Kraftstoff für Erdgasfahrzeuge geeignet. Es kann als Beimischung oder in Reinform in Erdgasfahrzeugen genutzt werden. Sein Einsatz im Verkehrssektor kann die gesamten Treibhausgasemissionen eines Fahrzeugs um 55 bis 65 Prozent verringern, so das Fazit einer Anfang 2006 veröffentlichten Studie des Wuppertal Instituts.

Ökonomisch sinnvoll

Auch aus ökonomischer Sicht bietet Bioerdgas in dieser Verwendung eine sinnvolle Alternative. Im Vergleich zu den flüssigen Biokraftstoffen der ersten Generation (insbesondere Biodiesel) weist Biogas den Vorteil auf, die landwirtschaftlichen Flächen deutlich besser auszunutzen. Aus einem Hektar lässt sich mehr als viermal soviel gasförmiger Kraftstoff herstellen als bei der bisherigen Produktion von Biodiesel. 2020 könnte genug Bioerdgas zur Verfügung stehen, um dann über vier Mil-

lionen Erdgasfahrzeuge in Deutschland mit Kraftstoff zu versorgen. 2030 könnte durch den massiven Einsatz von nachwachsenden Rohstoffen sogar ein Fünftel des gesamten deutschen Kraftstoffbedarfs durch heimisches Bioerdgas gedeckt werden.

Selbstverpflichtung

Die deutsche Erdgaswirtschaft hat durch eine freiwillige Selbstverpflichtungserklärung angeboten, die Nutzung von Biogas im Kraftstoffsektor aktiv zu fördern. „Wir haben uns verpflichtet, dem Erdgas, das als Kraftstoff verwendet wird, bis zum Jahr 2010 bis zu 10 Prozent Biomethan beizumischen, sofern dieses auf Erdgasqualität aufbereitet ist“, so Michael G. Feist, Präsident des Bundesverbandes der deutschen Gas- und Wasserwirtschaft e.V. in Berlin. Bis 2020 soll der Anteil auf bis zu 20 Prozent steigen. Voraussetzung dafür ist, dass die derzeit gültige Steuerermäßigung für Erdgas als Kraftstoff und die Steuerbefreiung für Biogas beibehalten werden.

Luftreinhalteverordnung

Schon 2010 tritt die zweite Stufe der EU-Luftreinhalteverordnung in Kraft: Sie setzt strenge Grenzwerte für Stickstoffdioxid, eine Vorläufersubstanz des Reizgases Ozon, in der Atemluft fest. Stickoxide sind vor allem ein Problem von Dieselfahrzeugen, das sich nur mit einer aufwändigen Abgasnachbehandlung lösen lässt, die dann zusätzlich zum heute geforderten Rußpartikelfilter erforderlich ist.

Wer heute Dieselfahrzeuge mit einer Laufzeit von acht bis zehn Jahren anschafft, muss damit rechnen, dass sie bereits 2010 ohne erneute teure Nachrüstung nicht mehr einsetzbar sind. Erdgasfahrzeuge dagegen reduzieren die Emissionen von Stickoxiden um 70 Prozent. Sie halten heute bereits die ab 2010 geltenden Grenzwerte für Abgasemissionen ein. □

Energiespar-Check:

ESB unterstützt Initiative
des Kaminkehrer-Handwerks

Ein Drittel des Energieverbrauchs eines Hauses wird für die Raumwärme benötigt. Allein durch Energieeffizienz bzw. Erneuerung der Wärmeversorgung kann der Energieverbrauch deutlich reduziert werden. Genau hier setzt die EU-Richtlinie über die Gesamteffizienz von Gebäuden an und fordert von den EU-Mitgliedsstaaten die Einführung des Energiespar-Check für Gebäude bis 2007.

Zur Erkennung der Einsparpotentiale für Wohngebäude und kleinere Mehrfamilienhäuser bietet das Bayerische Kaminkehrerhandwerk einen Energiespar-Check an. Diese sinnvolle Maßnahme ist als Vorstufe für den zu erwartenden Energiepass gedacht und wird durch das Bayerische Wirtschaftsministerium gefördert. Erdgas Südbayern GmbH (ESB) übernimmt einen Teil der dafür erforderlichen Kosten, wenn nach dem Energiespar-Check die Heizung auf Erdgas umgestellt wird.

Zwei Modelle

In Deutschland sind die gesetzlichen Grundlagen im Energieeinsparungsgesetz (EnEG) zugrunde gelegt. Die erforderliche Novellierung der Energieeinsparverordnung (EnEV) und damit die endgültige Ausgestaltung des Gebäude-Energiepasses wird derzeit in der Bundesregierung vorbereitet und soll voraussichtlich zum Herbst 2006 verabschiedet werden. Diskutiert werden zwei Modelle: Zum einen der bedarfsorientierte Energieausweis, der die Gebäude- und Anlagentechnik unter energetischen Aspekten unabhängig von Standort, Nutzung und Witterungseinflüssen beurteilt. Zum anderen der verbrauchsorientierte Energieausweis, der sich am tatsächlichen Verbrauch eines Objektes orientiert.

Der Energiespar-Check des Kaminkehrerhandwerks weist dem Hauseigentümer den Weg zu mehr Energieeffizienz und

damit auch zur Reduzierung der Betriebskosten. Der Energiespar-Check kostet insgesamt 185,60 Euro, davon zahlt das Bayerische Wirtschaftsministerium 90 Euro als Zuschuss. Das Angebot gilt bis 3. Mai 2007 und ist auf maximal 10.000 Energiespar-Checks begrenzt. Für Hausbesitzer, die als Folge der Analyse ihre Heizung und Warmwasserbereitung von einer anderen Energie auf Erdgas von der ESB umstellen, übernimmt die ESB die Kosten der Eigenbeteiligung für den Energiespar-Check in Höhe von 95,60 Euro.

Förderprogramm

Darüber hinaus läuft bei ESB noch bis zum 31. Dezember 2006 ein weiteres interessantes Förderprogramm für Heizungsmodernisierer. Wer seine Heizungsanlage bis Ende des Jahres, zum Beispiel von Heizöl, auf die komfortable Erdgasversorgung umstellt, erhält das ESB-Wechselgeld. Diese Förderung beträgt 650 Euro bei Häusern mit bis zu drei Wohneinheiten, bei größeren Gebäuden werden sogar 1.100 Euro ausbezahlt. „Mit dem ESB-Wechselgeld schaffen wir einen zusätzlichen Anreiz für die Modernisierung alter Heizungen und für den Umstieg auf die komfortable, sparsame und umweltschonende Energie Erdgas. Mit einer modernen Erdgas-Brennwert-Heizung lässt sich zum Beispiel der jährliche Energieverbrauch spürbar senken. Und damit natürlich die Energiekosten“, so Martin Heun, Prokurist bei der ESB. □

Airport Hamburg setzt
als Erster auf Erdgas

Seit Juli 2006 sind sie im Einsatz: Die ersten Erdgas-Schlepper Deutschlands transportieren die Gepäckstücke der Reisenden zu den Flugzeugen beziehungsweise zu den Gepäckbändern. Damit ist der Hamburg Airport der erste deutsche Flughafen, der auf Erdgas als Kraftstoff setzt.

Derzeit sind bereits 27 Schleppfahrzeuge im Einsatz. Jedes von ihnen kann eine Last von bis zu 11,5 Tonnen ziehen, das entspricht 575 Koffern mit jeweils 20 Kilogramm Gewicht.

Die neuen Schlepper:
Preiswerter und leiser

Die Vorteile der Erdgas-Schlepper: Sie kosten 20 Prozent weniger als die bisher eingesetzten Hybridfahrzeuge, die mit Diesel und Strom betrieben wurden. Der Kraftstoff Erdgas ist langfristig deutlich preiswerter als Diesel und belastet die

Umwelt erheblich weniger. Die neuen Schlepper verursachen weniger Lärm und geringere Wartungskosten als ihre Vorgänger.

Vermehrter Einsatz

Unterstützt vom Energieversorger E.ON Hanse, haben Experten des Hamburger Flughafens die Fahrzeuge entwickelt. Für nächstes Jahr ist geplant, auch Shuttle-Busse und Follow-Me-Fahrzeuge mit Erdgasantrieb einzusetzen. Außerdem soll eine zweite Erdgastankstelle auf dem Vorfeld des Flughafens gebaut werden. □

Quadriga-IT

www.quadriga.de



Verwaltung von PCs und anderen IT-Ressourcen

- Mehr Überblick durch eine systematische Verwaltung von Hardware, Software, Anwendern, Räumen, Lieferanten, Verträgen und Problemfällen.
- Informationen zu Hardware-Eigenschaften und auf den PCs installierten Softwarelizenzen werden automatisch ermittelt.
- User HelpDesk zur Verwaltung von Störfällen, optional unter Nutzung des hauseigenen Intranet
- **NEU:** Diagramme zur Veranschaulichung von Daten aus Listen und Statistiken
- Übersichtliche und umfassende Verwaltung von Garantielaufzeiten und Wartungsverträgen
- Auch einsetzbar als Inventarverwaltung für Büromöbel, Einrichtungsgegenstände und sonstige Ressourcen
- Die Option Quadriga-Mobile macht den Pocket PC zum mobilen Informationssystem für IT-Ressourcen. Verbunden mit einem handlichen Barcode-Scanner dient er auch als Hilfsmittel für Bestandskontrollen, Wareneingänge und Umstellungen.

SYSTEMS 2006

23.-27.10.2006
Neue Messe München
Halle A2, Stand 542

Bitte fordern Sie Ihre kostenlose DEMO-Version an oder besuchen Sie uns auf der SYSTEMS 2006.

Die 5-Sterne-Wärme für Ihr Zuhause

8.500 Gewerbe-
und Industriebetriebe
in Südbayern

haben sich für Erdgas von der
ESB entschieden!

Erdgas
Heizöl
Strom



Erdgas Südbayern GmbH

Ungsteiner Straße 31, 81539 München
Tel. 01 805/291111 (12 Cent/Min. im
Festnetz der deutschen Telekom)
E-Mail: info@esb.de, www.esb.de

ESB
Erdgas Südbayern

Mit Erdgas in guter Gesellschaft.

90 Jahre Berufsausbildung bei der N-ERGIE und ihren Vorgängerunternehmen:

Vom Handwerk zu High Tech

Mit sechs Auszubildenden wurde am 30. August 1916 bei den damaligen Betrieben der Stadt Nürnberg die neue Ära der Berufsausbildung eingeläutet. Seitdem schlossen in den vergangenen 90 Jahren 2.578 junge Menschen ihre Ausbildung bei der N-ERGIE und ihren Vorgängerunternehmen erfolgreich ab.

Die Gründe der Stadtverwaltung im Jahre 1916 Ausbildungsplätze zu schaffen klingen modern: Jugendarbeitslosigkeit und ein drohender, damals kriegsbedingter, Fachkräftemangel. Die Lehrlingeinstellung wurde vom Magistrat der Stadt Nürnberg als Fürsorgemaßnahme angesehen. Erst mit dem Jahre 1939 begann die Ausbildung für den eigenen Bedarf an Nachwuchskräften.

Ausbildungsinhalte und -anforderungen früher und heute

In den vergangenen 90 Jahren bildete die N-ERGIE und ihre Vorgängerunternehmen in 20 gewerblich-technischen Berufen insgesamt 2.217 junge Menschen erfolgreich aus: u.a. 934 Mechaniker, 248 Industriemechaniker, 217 Energieelektroniker, 216 Technische Zeichner,

126 Energieanlagenelektriker und 120 Anlagenmechaniker.

Blick für das Ganze

Nicht nur die Berufsbezeichnungen und die inhaltlichen Schwerpunkte änderten sich im Laufe der Zeit. Früher dominierte stark der handwerkliche Aspekt der Tätigkeiten und der „Lehrling“ erwarb seine Fertigkeiten Schritt für Schritt durch Zuschauen und fleißiges Üben unter den strengen Augen von Werkmeister und Vorarbeiter. Heute werden in den gewerblich-technischen Berufen nicht mehr „gesunde, kräftige Jungen“ gesucht, sondern junge Menschen, die technisch interessiert sind und mit dem Blick für das Ganze von Anfang an bereit sind, Verantwortung zu übernehmen. Einen Computer zu beherrschen ist heute entscheidender als Muskelkraft.

Frauenanteil im Visier

Die neuen Berufsanforderungen und der gesellschaftliche Wandel beendeten das Männermonopol. 1972 begannen die ersten Mädchen mit einer Ausbildung zur Technischen Zeichnerin, 1979 wurden die ersten Mechanikerinnen ausgebildet. Die N-ERGIE bemüht sich seit Jahren in den gewerblich-technischen Berufen den Frauenanteil zu erhöhen. Über die 90 Jahre betrachtet liegt er bei 7,4 Prozent.

Bei den kaufmännischen Berufen, die seit den 50-er Jahren ausgebildet werden, liegt der Frauenanteil bei rund 50%. Ins-

gesamt 361 Industriekaufleute und Kaufleute für Bürokommunikation schlossen ihre Ausbildung erfolgreich ab.

Laufende Modernisierung

1917 errichtete die Stadt die erste Lehrlingswerkstätte für Werkzeugmacher. In den Folgejahren, sogar 1940, während des zweiten Weltkriegs, wurden die Lehrwerkstätten laufend erweitert und modernisiert, so beispielsweise auch 1979 in der Fuchsstraße.

1998 schließlich bezogen Auszubildende und Ausbilder das neu erbaute Bildungszentrum im Betriebsgelände Nürnberg-Sandreuth. Seine Ausstattung ist technisch auf dem neuesten Stand und bietet viel Raum für das individuelle Lernen und Arbeiten.

190 Auszubildende

Seit drei Jahren ergänzt das Projektzentrum in Schwabach die Ausbildung bei der N-ERGIE. Dort bearbeiten die Auszubildenden in den gewerblich-technischen und kaufmännischen Berufen fachübergreifend „echte Aufgaben“ und lernen so prozessorientiertes und eigenverantwortliches Arbeiten im fachlich gemischten Team.

Der erste hauptamtliche Ausbildungsleiter wird für das Jahr 1940 verzeichnet. Heute betreuen bei der N-ERGIE 13 hauptberufliche Ausbilder 190 Auszubildende.

Früher wie heute ist die Ausbildung bei der N-ERGIE ausgezeichnet. Bis 1934 wurde 38 Mal das Wittelsbacher Diplom vergeben. Zwei Siege beim internationalen Berufswettbewerb, drei Bundes- und drei Landessieger, je fünf Kammer-

und Innungssieger, zwei erste Preise des VBM, 17 Staatspreise der Regierung Mittelfranken, ebenfalls 17 Stadtpreise der Berufsschule sowie 67 weitere Auszeichnungen belegen die hohe Ausbildungsqualität.

Interne Workshops

Der Wandel bei den Anforderungen vom Fächerunterricht hin zur ganzheitlichen Projektarbeit stellt auch die Berufsschulen vor neue Herausforderungen. In bis zu 13 Lernfeldern werden dort alle Schritte eines Themas von der Theorie über Planung, Umsetzung und Ergebnisprüfung möglichst praxisnah erlernt. Dies setzt die Kenntnis der Praxis voraus. Deshalb lädt die N-ERGIE zu ihren internen Workshops für Ausbilder auch Berufsschullehrer ein und bietet Berufsschullehrern einwöchige Praktika im Unternehmen.

Ausbildung über den eigenen Bedarf

Derzeit werden bei der N-ERGIE 190 Auszubildende in einem gewerblich-technischen oder kaufmännischen Beruf ausgebildet. Die N-ERGIE zählt zu den wenigen Unternehmen, die über den eigenen Bedarf ausbilden. Nach der erfolgreich abgeschlossenen Ausbildung garantiert sie eine dreizehnmönatige Beschäftigung im Konzern und schafft so das Fundament für eine berufliche Zukunft mit Perspektive innerhalb oder außerhalb des Unternehmens.

Auch am EQJ-Programm beteiligt sich der Energiekonzern. Im Rahmen des Einstiegsqualifizierungsprogramms lernen Jugendliche ohne Ausbildungs-

platz Teile eines Ausbildungsberufs im Betrieb praktisch kennen und erhöhen so ihre Chancen auf dem Ausbildungsmarkt. Die N-ERGIE bietet einem hohen Anteil ihrer EQJ-Praktikanten einen Ausbildungsplatz an. Mit der Übernahme sozialer Verantwortung für Jugendliche steht das Unternehmen damit in der Tradition seit der Einführung der Ausbildung im Jahre 1916. □

Tierpark Hellabrunn:

Biogasanlage eröffnet

Nach dreijähriger Planungs- und Bauzeit wurde in Hellabrunn die Biogasanlage zur Energiegewinnung für den Tierpark eingeweiht. Sven Thanheiser, umweltpolitischer Sprecher der Rathaus-SPD und Initiator des Projektes: „Biomassennutzung im Tierpark ist die wahre Alchemie: Aus Elefantendung wird Energie! Damit handeln Tierpark und Stadtwerke auch im Sinne der weltweiten Zoo-Aquarium-Naturschutz-Strategie vorbildlich. Zoos sollen nicht nur Tierschutz, sondern auch Umweltzentren werden.“ Die Anlage wird neben dem Tierdünge auch mit dem anfallenden Pflanzenabfall betrieben werden. Im Gegensatz zu Solarthermischen Großanlagen und Windkraft wird der Biomasse auch im Biomasseaktionsplan der EU Grundlastfähigkeit zugeschrieben. □

Vertrag über zwei Jahre:

Frankengas liefert Erdgas nach Erlangen

Im Juli unterzeichneten Vorstand Norbert Hofmann und der Leiter des kaufmännischen Bereichs Reinhard Gröll für die Erlanger Stadtwerke AG (ESTW) sowie Geschäftsführer Peter Saam und Key-Account Manager Heiner Kastens für die Frankengas GmbH, Nürnberg, einen zweijährigen Gaslieferungsvertrag.

Der Vertrag begann am 1.10.2006 und entspricht den Regelungen des neuen Energiewirtschaftsgesetzes. In einer Ausschreibung der ESTW hat sich der regionale Gasanbieter Frankengas GmbH gegen mehrere Wettbewerber mit dem besten Angebot behauptet. Frankengas deckt mit dem unterzeichneten Vertrag den kompletten Gasbezug in der Hugenottenstadt mit jährlich 600 Gigawattstunden (GWh) ab. Mit dem Erdgas versorgen die ESTW rund 10.000 Kunden über das 320 Kilometer lange Erlanger Gasleitungsnetz. Als regionaler Gasanbieter beliefert die Frankengas GmbH über 20 Stadt- und Gemeindewerke mit Erdgas. 2005 erzielte das Unternehmen einen Umsatz von 270 Millionen Euro bei einer Jahresabgabe von 7.400 GWh. □

Mehr Energie für Stadt und Land

STEAG Saar Energie.

Wir messen Energie nicht in Watt, sondern in Intelligenz.

steag

Saar Energie

Gute Geschäfte sind das Ergebnis wirklich guter Lösungen. Und die entstehen im Kopf. Deshalb sind unsere wichtigsten Energieträger unsere Mitarbeiter: mit ihren Ideen und ihrer Erfahrung. Sie machen aus Kundenwünschen passgenaue Energiekonzepte und aus Know-how mehr Energieeffizienz.

STEAG Saar Energie – Volle Kraft aus Süd-West

Unser Erfolgsgeheimnis liegt in der Nähe. Deshalb bieten wir bedarfsgerechte und innovative Energieprodukte für Kommunen – immer verbunden mit professionellem Service auf Augenhöhe!

www.n-ergie.de

N-ERGIE
Spürbar näher.

STEAG Saar Energie AG
Trierer Straße 1
66111 Saarbrücken

Telefon +49 (6 81) 4 05-05
E-Mail info@steag-saarenergie.de
Internet www.steag-saarenergie.de

Biomasse-Tage der Regionen

Eröffnung mit EU-Vizepräsident Dr. Ingo Friedrich in Pölsingen
200 Veranstaltungen allein in Bayern

DK. Vom 24. September bis 1. Oktober fanden zum achten Mal die Europäischen Biomasse-Tage der Regionen statt. Ziel dieser Aktionswoche war es, eine breite Öffentlichkeit über Bedeutung und Möglichkeiten der nachwachsenden Rohstoffe zu informieren. Bundesweit wurden über 850 Veranstaltungen durchgeführt, davon 200 in Bayern. Vom Holzvergaser über Wärmedämmung, Naturfarben, Hackschnitzelherstellung und Heizen mit Holzpellets bis hin zu Probefahrten mit Ethanol-betriebenen Fahrzeugen wurde jedem Biomasse-Interessierten einiges geboten.

Die offizielle Eröffnung der Europäischen Biomasse-Tage der Regionen 2006 erfolgte durch den Schirmherrn Dr. Ingo Friedrich, Vizepräsident des Europäischen Parlaments, in Pölsingen (Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen). Interessierte konnten dort das Biomasseheizwerk besichtigen. Die Diakonie Neuen-dettelsau versorgt damit die „Pölsinger Heime“. Hier finden etwa 300 geistig behinderte Menschen ein Zuhause und 180 von ihnen auch einen Arbeitsplatz.

Auszeichnungen

Auch der Landkreis Rottal-Inn war Schauplatz der Biomasse-Tage. Unter der Schirmherrschaft von Landrätin Bruni Mayer fanden zwei Veranstaltungen regen Zuspruch. So informierte die Firma HDG Bavaria GmbH in Massing rund um das Thema Heizen mit Holz. Interessierte Besucher waren eingeladen zu Heizvorführungen mit Stückholz, Hackschnitzeln und Holzpellets. HDG bringt regelmäßig innovative Produkte im Bereich Heiztechnik auf den Markt und ist dafür von verschiedenen Fachstellen wiederholt ausge-

zeichnet worden, zuletzt mit dem Innovationspreis 2006.

Die Gemeinde Eglham wiederum veranstaltete auf dem Gelände des Pellet-Zentrums einen großen Erlebnistag rund um das Thema Biomasse. Aussteller aus den Bereichen Solar/Photovoltaik, Haus- und Heiztechnik, Wärmedämmung, Land- und Forsttechnik oder regenerative Energien boten den Besuchern umfangreiche Informationen. Für die kleinen Besucher gab es ein unterhaltsames Kinderprogramm.

Umwelttag und Öko-Kirwa

In die Biomasse-Tage eingebunden waren die 15. Umwelttage des Landkreises Schwandorf unter dem Motto „Öko-Kirwa in Pfreimd“. In der Landgraf-Ulrich-Halle informierten und berieten die Aussteller aus der Region zu den vielfältigsten Themen aus dem Umweltbereich wie beispielsweise Solarenergie, Wärmepumpen, ökologisches Bauen und Wohnen, gesunde Ernährung, Hochwasserschutz oder Garten. Die Kaminkehrer-Innung gab Auskunft über Energieeinsparung sowie Umwelt- und Brandschutz, das Amt für Land-

wirtschaft und Forsten und die Waldbauernvereinigung Nabburg/Burglengenfeld über Holz als nachwachsenden Rohstoff.

Angesichts der offensichtlichen Klimaveränderung und steigender Heizölpreise wird das Thema CO-neutrale Brennstoffe immer aktueller. Das Agenda 21-Büro am Landratsamt hatte im Vorfeld der Ausstellung eine Biomasse-Woche organisiert. Man konnte zahlreiche Holzpellets-, Scheitholz- und Hackschnitzelheizungen, Biogasanlagen und ein Blockheizkraftwerk auf Rapsölbasis - größtenteils in Privathäusern im Landkreis - besichtigen.

Biomasse im Wald

Im Unterallgäu öffnete unter anderem das Biomasse-Heizhaus im Schwäbischen Bauernhofmuseum seine Pforten. Zudem fanden Waldführungen unter dem Motto „Biomasse im Wald“ statt sowie eine Ausstellung in Bad Grönenbach zum Thema „Regionen voller Energie“. Der Biomassehof Unterallgäu GmbH in Erk-

Elektroschrott ist in Bayern:

Umweltgerechte Entsorgung gewährleistet

Bernhard: Rücknahme vom Elektro-Altgeräten funktioniert
Die umweltgerechte Entsorgung von Elektroschrott ist in Bayern weiter gewährleistet. Diese erste Bilanz zog Umwelt-Staatssekretär Otmar Bernhard in Nürnberg auf einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Abfallwirtschaft. „Soziale Betriebe mit Altgeräte-Verwertung brauchen aber Unterstützung“

Die umweltgerechte Entsorgung von Elektroschrott ist in Bayern weiter gewährleistet. Diese erste Bilanz zog Umwelt-Staatssekretär Otmar Bernhard heute in Nürnberg auf einer Tagung der Deutschen Gesellschaft für Abfallwirtschaft rund ein halbes Jahr nach Inkrafttreten des neuen Elektro- und Elektronik-Altgerätegesetzes. Bernhard: „Mit der Neuregelung ging die Verantwortung zur Altgeräte-Entsorgung von den Kommunen auf die Hersteller über. Die Elektro- und Elektronikindustrie hat diese Anforderung gemeistert und die entsprechende landesweite Logistik eigenverantwortlich zusammen mit der Stiftung „Elektro-Altgeräte Register“ entwickelt. Die Altgeräte, die von den Bürgern bei den kommunalen Sam-

melstellen abgegeben werden, werden durch die Industrie abgeholt und verwertet oder entsorgt.“ Die Umsetzung des Gesetzes ist nach den Worten Bernhards in Bayern gut angelaufen.

Wurzeln in Bayern

Die Wurzeln dieser europaweiten Informationskampagne zur gesamten Bandbreite der Biomasseeinsatzfelder liegen in Bayern. Das Bayerische Landwirtschaftsministerium setzte mit der Gründung von C.A.R.M.E.N 1992 sehr früh auf die Nutzung nachwachsender Rohstoffe als wichtiges agrarpolitisches Ziel und initiierte 1997 den ersten Europäischen Biomasse-Tag der Regionen. Seit Beginn seiner Amtszeit unterstützt Landwirtschaftsminister Josef Müller diese Biomasseaktionen auch über die bayerischen Landesgrenzen hinaus.

Regionen voller Energie

C.A.R.M.E.N kooperiert mit dem „Tag der Regionen“, der in diesem Jahr unter dem Motto „Regionen voller Energie“ steht und Anfang Oktober ebenfalls Veranstaltungen zu erneuerbaren Energieträgern durchführt. Das Aktionsbündnis „Tag der Regionen“ will durch die Präsentation der Stärken und Einzigartigkeiten der Regionen das Wir-Gefühl und die Vielfalt in der Region fördern.

Gelbe Tonne plus:

Überall mehr drin?

Positive Zwischenergebnisse für Leipziger Pilotprojekt / Option für die Zukunft

Das Leipziger Pilotprojekt Gelbe Tonne plus ist ein Erfolg. Das lassen die ersten Ergebnisse des Projekts erkennen, die die Projektpartner Stadt Leipzig, Abfall Logistik Leipzig GmbH (ALL) und Der Grüne Punkt - Duales System Deutschland GmbH (DSD) in Leipzig vorstellten. Durch Gelbe Tonne plus werden mehr Wertstoffe eingesammelt und recycelt, das Gemisch ist darüber hinaus sauberer und enthält weniger Restmüll. Sowohl die beteiligte Kommune als auch die haushaltsnahe Wertstoffsammlung profitieren von niedrigeren Kosten.

Seit September 2004 nehmen die Leipziger Bürger an einem Großversuch teil und können nicht nur Verpackungen mit dem Grünen Punkt aus Kunststoff, Metall und Verbundstoffen in die Gelbe Tonne werfen. Darüber hinaus entsorgen sie darin auch Haushaltsgegenstände aus diesen Materialien und Elektroklein-geräte bis zur Größe von 30 Zentimetern. Fragestellung des Pilotprojekts ist, ob sich durch die Öffnung der Gelben Tonne zusätzliche Wertstoffe für das Recycling gewinnen und Synergieeffekte zur kommunalen Restmüllsammlung erschließen lassen.

Sammelmenge kontinuierlich angestiegen

„Tatsächlich ist die Sammelmenge in der Gelben Tonne seit 2004 kontinuierlich angestiegen. Deutlich mehr Verpackungen und stoffgleiche Nichtverpackungen gelangen in die Gelbe Tonne - parallel dazu weniger nicht verwertbare Reste“, bilanziert Dr. Uwe Rantzsch, Geschäftsführer des Entsorgungspartners SERO Leipzig GmbH. Gleichzeitig nimmt der Wertstoffanteil im Hausmüll ab. Durch Gelbe Tonne plus wird also mehr Abfall recycelt als durch das herkömmliche System.

Das Recycling spart außerdem Kosten: Die Sortierung und Verwertung der zusätzlich eingesammelten Materialien ist deutlich preiswerter als ihre Beseitigung zusammen mit dem Restmüll. Die Beteiligten sprechen

daher von einer echten Win-Win-Situation: „Sowohl die Stadt als auch DSD können Kosten sparen“, resümiert Dr. Frank Richter, Betriebsleiter des Eigenbetriebs Stadtreinigung der Stadt Leipzig. „Und die Akzeptanz beim Bürger ist sehr hoch. Der Verbraucher empfindet Gelbe Tonne plus als spürbare Erleichterung bei der Mülltrennung“, so Richter weiter.

Ressourcenschonung

Darüber hinaus hoben die Projektpartner hervor, dass sie die Getrenntsammlung als Voraussetzung für ein hochwertiges Recycling und eine wirksame Ressourcenschonung betrachten. Gelbe Tonne plus sei daher durchaus eine intelligente Option für die Weiterentwicklung der Getrenntsammlung auch außerhalb Leipzigs. „Durch Gelbe Tonne plus erhalten wir mehr Sekundärrohstoffe von hervorragender Qualität“, betont Dr. Michael Heyde, Leiter Technologie/Entwicklung der DSD. „Wenn Restmüll und Leichtverpackungen gemeinsam in eine Tonne gelangen würden, würde alles Verwertbare stark verschmutzt. Signifikant höhere Sortier- und Verwertungskosten wären die Folge.“ Zudem habe sich Gelbe Tonne plus seit zwei Jahren im Großversuch bewährt - ein entsprechender Versuch mit belastbaren Ergebnissen stehe für die gemeinsame Sammlung von Restmüll und Leichtverpackungen noch aus. □

Fensterbranche rückt näher zusammen

Verband der Fenster- und Fassadenhersteller und Rewindo wollen enger kooperieren

Die Rewindo Fenster-Recycling-Service GmbH, Bonn, ist dem Verband der Fenster- und Fassadenhersteller e.V. (VFF), Frankfurt am Main, als förderndes Mitglied beigetreten. Die vor vier Jahren mit dem Zusammenschluss der Fenster-Recycling-Initiative FREI und dem VEKA-Recyclingsystem gegründete Gesellschaft für PVC-Altfensterrecycling strebt zugleich eine engere Kooperation mit dem VFF an.

„Wir halten es für richtig, dass die Fensterbranche über Materialgrenzen hinweg ein Stück näher zusammen rückt. Als Recycler wollen wir dabei verstärkt den ‘end-of-life’-Aspekt des Fensters ins Bewusstsein rufen“, erklärte Rewindo-Geschäftsführer Michael Vetter.

Neben dem positiven Umwelteffekt, der dem Image des PVC-Fensters in der breiten Öffentlichkeit insgesamt zugute kommt, verfolgt Rewindo mit der neuen Mitgliedschaft durchaus auch eigene Ziele. Vetter: „Die Fensterbauunternehmen sind für gewöhnlich unsere erste Informationsquelle, wenn es um größere Modernisierungsaufträge mit Fensteraustausch geht. Wir sind darauf angewiesen, möglichst frühzeitig von solchen Projekten zu erfahren, um dort unsere Lösungen im Rahmen des werkstofflichen Recyclings anbieten zu können.“

Davon profitieren übrigens nicht nur Rewindo und seine beiden Recyclingpartner Tönsmeier und VEKA Umwelttechnik, sondern konkret auch die Fensterhersteller. Seit Inkrafttreten der TA Siedlungsabfall vor über einem Jahr können Fensterbau- oder Abbruchunternehmen ausgediente PVC-Fenster nicht mehr zur Deponie bringen bzw. sie müssen dort hohe Gebühren für eine nachfolgende Behandlung der Abfälle entrichten. Im Gegensatz dazu ist die von Rewindo angebotene werkstoffliche Wiederverwertung von Altfenstern mittlerweile sogar erheblich preisgünstiger als die Entsorgung in einer Müllverbrennungsanlage. Und nicht zu vergessen: Die hoch entwickelte Recyclingtechnologie der Rewindo-Partner ermöglicht, dass aus den Altfenstern ohne Qualitätseinbußen im Material wieder neue Fensterprofile entstehen.

Die Rewindo GmbH wurde 2002 gegründet und vereint die bisherigen Gesellschafter der Fenster Recycling Initiative FREI sowie das Unternehmen VEKA AG. Die Gesellschafter haben zusammen einen Anteil von etwa 80 Prozent des deutschen Kunststoff-Fenstermarktes. Zugleich wurde die 1993 ins Leben gerufene Verwertungsgesellschaft für Altfenster GbR (FREI) aufgelöst.

Gegenstand der Gesellschaft ist die Kontrolle, Koordination und Dokumentation der Umsetzung der Freiwilligen Selbstverpflichtung der europäischen PVC-Branche im Bereich werkstoffliche Verwertung von PVC Altfenstern und Produktionsabfällen aus der Herstellung von PVC Fenstern bzw. Fensterprofilen sowie artverwandter Produkte. □

Kommunen müssen Geräte kostenlos abnehmen

Die Verbraucherinnen und Verbraucher können seit dem 24. März 2006 alte Haushalts-, Radio- und Fernsehgeräte, Computer und andere Elektro- und Elektronikgeräte aus privaten Haushalten kostenlos bei den kommunalen Sammelstellen abgeben. Seit 2006 sind die Hersteller verpflichtet, die gesammelten Geräte zurückzunehmen und nach dem Stand der Technik zu entsorgen. Die Menge der in Deutschland jährlich entsorgten Elektro- und Elektronik-Altgerä-

te wird auf 1,8 Mio. Tonnen geschätzt mit steigender Tendenz. „Elektroschrott enthält wertvolle Edelmetalle und andere Stoffe, die wiederverwertet werden können.“ erklärte der Staatssekretär.

Zurückgenommen müssen werden u.a. Fernseher, Radio, Video- und HiFi-Geräte, Computer, Drucker, Scanner, Kopierer, Telefone, Staubsauger, Rasierer, Toaster, Föhne, Bügeleisen, Waschmaschinen, Kühlschränke, Leuchtstoffröhren, Elektrische und elektronische Werkzeuge sowie Spielzeug.

Weitere Informationen:
<http://www.abfall.bayern.de>. □

Weg damit.



Her damit.



Abbruch oder Modernisierung. Da fällt einiges an Bauschutt an. Statt „weg damit“ sagen wir bei Altfenstern, -türen und -rollläden aus PVC „her damit“. Denn mit modernster Technologie gewinnen die Recyclingpartner der Rewindo daraus wieder wertvollen Rohstoff für neue PVC-Produkte. Natürlich steckt ein bundesweites Sammelsystem dahinter. Und unser Rewindo-Service, der Ihnen sagt, wie es geht und was es kostet.

www.rewindo.de/Infoline 0228. 921 28 30

Rewindo
Fenster-Recycling-Service

Entsorgungswirtschaft:

Konzentration oder Chance für die Regionen?

Die Entsorgungsbranche war Anfang und Mitte der neunziger Jahre durch einen massiven Einstieg finanzstarker Konzerne geprägt. Dies wurde hervorgerufen durch das Wachstums- und Marktpotenzial einer durch immer neue Umweltvorschriften und Gesetze boomenden Branche. Der Mittelstand konnte sich diesem „Trend“ nur durch höchste Flexibilität, Kostensenkung und Innovationen sowie durch das Ausweichen in attraktive Nischen oder durch die Bildung von Kooperationen entziehen. Die über 40 Gesellschafter der Mittelstandskooperation LOGEX haben sich für letzteren Weg entschieden.

Seit drei Jahren ist die Branche wieder im Umbruch und Fusionen sind an der Tagesordnung. Nun geht es jedoch keineswegs mehr um den Einstieg in einen attraktiven Markt, sondern um Skaleneffekte durch immer größere Fusionen und damit um einen Ausstieg aus diesem Markt, weil die Renditeziele nicht erreicht worden sind. Nahezu alle Energieversorger (RWE, VEW, E.ON) sind zwischenzeitlich aus dem klassischen Abfallgeschäft in Deutschland ausgeschieden, ebenso ambitionierte internationale Konzerne (WMX, Veolia, Clean-away). Eine wesentliche Rolle spielen heute nur noch die Finanzinvestoren (bei SULO und DSD) sowie die mit Aufsehen erregenden Übernahmen (RWE, TSR) zum uneingeschränkten Marktführer avancierte familiengeführte Rethmann-Gruppe (Remondis, Rhenus, Saria).

Familienunternehmen

Damit zeichnet sich in Deutschland ein Trend ab, der so

in anderen Ländern nicht festzustellen ist. International dominieren Großkonzerne den Abfallmarkt in vielen Ländern. In Deutschland sind Familienunternehmen führend und internatio-



Moderne Seitenladertechnik bei LOGEX-Partner Georg Merkel GmbH Städtereinigung und Recycling in Lauf a. d. P.

nale Konzerne kaum präsent. Offenbar sind Größe, Finanzkraft und die Möglichkeiten eines Konzerns bisher nicht geeignet gewesen, langfristig und erfolgreich in der deutschen Entsorgungsbranche erfolgreich zu sein. Woran liegt das und welche Rolle spielen dabei insbesondere in Bayern mittelständische und kommunale Unternehmen?

Ursachen für regionale Unterschiede

Abfallwirtschaft bleibt in den

Bereichen Logistik und Aufbereitung auch weiterhin ein regionales Geschäft. Ausnahmen sind lediglich investitionsintensive Großanlagen mit einem überregionalen Einzugsgebiet (MVA, EBS-Kraftwerke). Durch diese Regionalisierung des Geschäftes (abgesichert über Kundenbindung, Standorte, Genehmigungen) ist ein schneller Markteintritt für Dritte erheblich erschwert.

Regionale Vielfalt

In einem von Verdrängung und geringen Margen gekennzeichneten Markt macht es daher einerseits keinen Sinn, weitere Strukturen aufzubauen, andererseits ist es nicht sinnvoll, Marktteilnehmer zu übernehmen. Oder anders gesagt: Regionale Vielfalt unter den Anbietern verhindert den Markteintritt, die Monopolisierung und die Abhängigkeit von Konzernen. Hinzu kommt, dass Konzerne um die gleichen Kunden, mit denselben Leistungen, identischen Fahrzeug- und Logistiksystemen und vergleichbaren Personalkosten kämpfen. Bei deutlich höheren Verwaltungskosten und Zielvorgaben für das Ergebnis. Wenn es also dem Mittelstand gelingt, echte Größenvorteile, z.B. bei der Behandlung und Vermarktung von Stoffströmen, dem Einkauf von Betriebsmitteln und Investitionsgütern oder bei der aktiven Marktbearbeitung und der Finanzierung zu vermeiden, bestehen



LOGEX-Partner Peter Fink Ges. f. intelligente Entsorgung mbH, Karlsfeld im Einsatz.

für Konzerne keine signifikanten Vorteile mehr. Die Kooperation LOGEX verfolgt genau diesen Ansatz.

Kommunen müssen regionale Strukturen fördern

Ohne die Politik und vorausschauenden Kommunen bleibt der Markt jedoch nicht intakt: Würden Kommunen zum Beispiel massiv privatisieren, Verträge mit hohen Investitionen für 20 Jahre ausschreiben, Anlagen komplett durch einen Konzern betreiben lassen und sich damit bewusst für eine Abhängigkeit von Konzernen entscheiden, hätte es auch der Mittelstand schwer zu bestehen. Negative Beispiele sind Großbritannien, Belgien und Frankreich aber auch Schwellenländer wie Brasilien. Es kommt also entscheidend darauf an, dass Kommunen - unterstützt von der Politik - regionalen Wettbewerb und regionale Strukturen wo immer möglich fördern. Dass dabei auch

Altpapier oder gleichberechtigte Gesellschaften für eng begrenzte Aufgaben sind dabei positive Ansätze. Letztlich sind es also spezielle, regionale Bedingungen und eine funktionierende Struktur mittelständischer Entsorger, die zu einer derart geringen Marktdurchdringung der (vor allem auch internationalen) Konzerne in Bayern geführt haben. Dies führt letztlich zur Vielfalt und zu nachhaltigen Impulsen für die Regionen.

Anpassung der Strategie

Damit der Mittelstand auch langfristig diese gute Position verteidigt, kann er sich jedoch nicht auf die Politik, den Gesetzgeber oder den privaten bzw. kommunalen Auftraggeber verlassen. Vielmehr muss die Strategie stetig angepasst werden. Großausschreibungen und die Umsetzung neuer Gesetze zeigen, wie schnell angestammte Marktpositionen verloren gehen können (VerpackV, Pfandpflicht, ElektroG, HygieneV). Hier ist eine eng verzahnte Bearbeitung der Märkte durch Mittelstand und kommunale Entsorger durchaus vorteilhaft.

Skalen- und Synergieeffekte müssen auch vom Mittelstand ausgeschöpft werden, um die Kostenstrukturen an die der konzerngebundenen Mitbewerber anzupassen. Gemeinsame Aktivitäten privater und kommunaler Marktteilnehmer bieten sich an, um Nachteile auszugleichen. Dazu sind Firmenkäufe

oder PPP nicht notwendig. Die LOGEX hat als eine der ganz wenigen Mittelstandskooperationen, beginnend 1993, aufgezeigt, dass es Mittel und Wege gibt, dem Konzentrationstrend eine Alternative entgegen zu setzen. Mit heute über 40 Gesellschaftern, davon mehr als 20 in Bayern, können nicht nur Großprojekte umgesetzt werden, sondern ist man im Wettbewerb auf Augenhöhe zu den Konzernen.

Viele neue Chancen

So hat LOGEX in Bayern einen großen Anteil an der nicht immer einfachen Umsetzung des ElektroG und zum Systemstart mehr als 1.500 Behälter gestellt. Der innerhalb von wenigen Wochen komplett neu verteilte, bisher regionale Markt konnte damit für die mittelständischen Logistiker und vor allem für die E-Schrott-Verwerter in der LOGEX gesichert werden. Die weitere Optimierung dieses auch für Kommunen nicht immer einfachen und nachvollziehbaren Systems ist daher eine drängende Aufgabe. Im Hinblick auf die zukünftigen Anforderungen des Marktes, insbesondere Behandlung und Vermarktung von Stoffströmen, Optimierung der Logistik und projektbezogene Finanzierung bieten sich damit für den Mittelstand und eine engere Partnerschaft mit Kommunen viele und neue Chancen. □

§ GZ Rund ums Recht §

Wohnungseigentümer haften

Trotz der vom Bundesgerichtshof (BGH) festgestellten Teilrechtsfähigkeit einer Wohnungseigentümergeinschaft (WEG), die sie grundsätzlich zur Schuldnerin von Verbindlichkeiten des gemeinschaftlichen Eigentums macht, kann durch kommunale Satzung bestimmt werden, dass weiterhin auch die Wohnungseigentümer gesamtschuldnerisch für Grundbesitzabgaben eintreten müssen.

Das stellte das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) in einem Beschluss vom 11. November 2005 (Az.: 10 B 65/05) klar.

Im Streitfall machte eine Kommune Grundbesitzabgaben (Abfall-, Entwässerungs- und Straßenreinigungsgebühren) gegen eine WEG geltend. Nachdem diese vom Verwalter nicht bezahlt wurden, setzte die Kommune Säumniszuschläge fest und forderte die offenen Beträge von den Wohnungseigentümern als Gesamtschuldner. Einer der Eigentümer machte geltend, dass der BGH der Wohnungseigentümergeinschaft i.S. des Wohnungseigentumsgesetzes im Juni 2005 eine Teilrechtsfähigkeit zugestanden habe. Somit richteten sich Forderungen gegen die Wohnungseigentümergeinschaft nur mehr als eigene gegen diese, und nicht mehr - wie es vor der Entscheidung des BGH Praxis war - gegen die Wohnungseigentümer als Gesamtschuldner.

Das Bundesverwaltungsgericht verweist auf eine Formulierung in der Entscheidung des BGH, wonach neben der grundsätzlichen Haftung des WEG-Verbandes auch eine persönliche der Wohnungseigentümer in Frage käme, wenn sie auf einer ausdrücklichen Anordnung des Gesetzgebers beruhe. Als eine solche sieht es das BVerwG an, wenn die gesamtschuldnerische Haftung der Eigentümer für Grundbesitzabgaben von einer dem kommunalen Abgaberecht zuzuordnenden Satzung statuiert wird. Privatrechtliche Forderungen, auch solche von öffentlichen Einrichtungen, dürften da-

gegen nur wirksam an die WEG gerichtet werden. mpa

Haftung bei Missachtung des Vergaberechts

Verstöße gegen das Vergaberecht können Kommunalbedienstete teuer zu stehen kommen. Diese Erfahrung musste jetzt der Gemeindegemeindefunktionär einer nordrhein-westfälischen Kommune machen, teilte die auf das deutsche Vergaberecht spezialisierte Informations- und Beratungsgesellschaft CitoExpert (Dietzenbach) mit. Der Gemeindegemeindefunktionär, der gleichzeitig Geschäftsführer einer kommunalen GmbH war, hatte freihändig und ohne Begründung den Auftrag zum Bau einer zentralen Wärmeversorgungsanlage vergeben - das gesetzlich vorgeschriebene Vergabeverfahren ließ er dabei völlig außer Acht. Die Folgen waren fatal: Zunächst strich das Landesoberbergamt die bereits bewilligte Subvention in Höhe von rund 60.000 Euro aus dem nordrhein-westfälischen Landesprogramm Fernwärme. Dann verklagte die Kommunal-GmbH ihren Geschäftsführer - und bekam Recht: Das Landgericht Münster verurteilte den Gemeindegemeindefunktionär, den bereits ausgezahlten Betrag von über 60.000 Euro aus eigener Tasche zurückzuerstatten (Az: LG Münster 12 O 484/05) Infos: www.vergabepip.de. □



Mit effizienter Tourenplanung unter Einsatz modernster EDV unterstützt LOGEX ihre Partner.

starke mittelständische Firmen entstehen, ist im Hinblick auf die Investitionsfreude, die Stabilität und die sichere Nachfolge vorteilhaft. Oft wird argumentiert, Konzerne bieten finanzielle Sicherheit, Stabilität, Know-How usw. Die vielen Firmenkäufe und Fusionen belegen das Gegenteil: Die Lebensdauer der Konzerne ist deutlich kürzer als die meist mehrere Generationen überdauernde Tätigkeit familiengeführter Unternehmen. Mit dem wechselnden Personal in Konzernen fließt oft auch das Know-How ab. Und die finanzielle Sicherheit ist maximal eine vertraglich vereinbarte, keine tatsächliche, weil die Renditevorgaben der Konzerne oft erheblich verfehlt wurden.

Neue Ansätze

Die viel zu lange Diskussion um die Abgrenzung von Beseitigung und Verwertung hat leider so manche Chance einer engeren Zusammenarbeit von kommunalen und privaten Unternehmen verzögert. Deshalb sind gerade jetzt von privaten und kommunalen Entsorgern immer wieder neue Ansätze zu unternehmen, Vorteile einer gemeinsamen Tätigkeit im Markt auszuloten.

Auslastungsverträge mit kommunalen MVA, Beauftragung sozialer Einrichtung für die Demontage von Elektro-Schrott, gemeinsame Vermarktung von

– LOGEX –

die Kooperation von mehr als 40 familiengeführten Entsorgungsunternehmen in Süddeutschland.



- Überregionales Entsorgungssystem für Handel, Industrie und Gewerbe
- Rücknahmesysteme für Altprodukte (E-Schrott, Verpackungen)
- Vermarktung von Wertstoffen, Papier und Brennstoffen aus Abfällen
- Kooperationsmanagement für größte Kooperation mittelständischer Entsorger



LOGEX SYSTEM GmbH & Co. KG
Eriagstraße 2
85053 Ingolstadt
Tel.: 08 41/9 66 03-70
Fax: 08 41/9 66 03-79
Email: info@logex.de · www.logex.de

Einfach die bessere Lösung.

Kommunale Verkehrsüberwachung am Scheideweg:

Alles Zweckverband - oder was?

Bürgermeister suchen Wege aus der Krise / Zirndorfer Unternehmen überlässt Personal
Von Heinz Wraneschütz

Viele größere Städte beschäftigen sowohl Parkticket-Schreiber als auch Auto-blitzende Beobachter. Doch für eine einzelne kleinere Gemeinde lohnt sich das nicht: Das Personal würde nicht ausgelastet. Deshalb gab es bereits und soll es wieder Zweckverbände für Verkehrsüberwachung geben. Doch es geht auch anders.

Es war einmal ein Zweckverband, gegründet von einigen wenigen bayerischen Gemeinden. Der hatte es sich zum Ziel gesetzt, im Auftrag kleinerer Kommunen allüberall im Freistaat den Verkehr zu überwachen: Ende des Jahres 2006 hätten es wohl über 300 Gemeinden sein können, die mit dem Verband mit dem schönen Kürzel ZVKB entsprechende „Zweckvereinbarungen“ abgeschlossen hätten.

Doch es kam alles anders. Wohl auch, weil der Aufsichtsrat die Geschäftsführung nicht konsequent genug überwachte, gab es bei den Finanzen Probleme: Insider sprechen vorsichtig von „Unregelmäßigkeiten“; die Staatsanwaltschaft ermittelt wegen Betrugsverdacht. Mehrere „Blitztickets“, die Chauffeure von Bayerns Umweltminister Werner Schnappauf eingefahren hatten und die vom ZVKB zurück genommen wurden, taten ein Übriges: Dieser Zweckverband wurde vor ein paar Wochen aufgelöst. Seitens der Aufsichtsbehörde, der Regierung von Oberbayern, heißt es lapidar: „Die Kommunale Verkehrsüberwachung in Bayern liegt wieder bei den Gemeinden.“

Ärger über Zwangspause

Von denen hatten viele die

laufenden Blitz-Einnahmen fest in ihre Haushalte eingeplant. So habe die Verkehrsüberwachung „der Gemeinde Tacherting seit 2002 einen Überschuss von rund 50.000 Euro eingebracht“, wie das Trostberger Tagblatt berichtet. Bürgermeister Rudolf Schenkli wird zitiert, er sei „verärgert über die Zwangspause“. Diese soll nach den Vorstellungen zahlreicher Bürgermeister so schnell wie möglich beendet werden.

Mißbrauch verhindern

Geschwindigkeitsverstöße, wildes Parken und steigende Unfallzahlen erfordern zudem rasches Handeln. Verschiedene Gemeinden wollen erneut einen Zweckverband auf öffentlich-rechtlicher Basis gründen. Aber es gibt warnende Stimmen. Mißbrauchsgefahr bestehe immer dann, wenn die Verflechtungen zwischen Geschäftsführung und Aufsichtsrat zu eng werden. Deshalb gelte es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass ein erneuter Mißbrauch gar nicht erst möglich ist.

Kommunalunternehmen

Dem Bürgermeister von Ammerndorf, Franz Schick, schwebt etwas Neues vor: Er möchte ge-

meinsam mit anderen Gemeinden in Mittelfranken ein Kommunalunternehmen errichten. Damit wäre „nicht nur die Verkehrssicherheit zu organisieren, sondern auch die öffentliche Sicherheit und Ordnung zu gewährleisten“. Als Beispiele nennt Schick „die Überwachung von Hundekot, Anleinzwang und so weiter“.

In Oberbayern verlassen sich inzwischen mehrere Kommunen auf die Stoiber-Heimatstadt Wolfratshausen: „Alle Aufgaben, die bisher von der Firma M., Zweckverband für Kommunale Verkehrssicherheit in Bayern und Gemeinde Berg im Auftrag der Gemeinde Münsing durchgeführt wurden, werden mit dieser Zweckvereinbarung an die Stadt Wolfratshausen bzw. mit dem vorliegenden Vertrag der Nürnberger Wach- und Schließgesellschaft übertragen. Die Stadt Wolfratshausen bzw. die Nürnberger Wach- und Schließgesellschaft gewähren der Gemeinde Münsing dieselben vergünstigten Konditionen wie der Stadt Geretsried. Im Außendienst sind weiterhin die bewährten Kräfte für die Gemeinde Münsing im Einsatz“ steht in einem Protokoll des Münsinger Gemeinderats vom Anfang September.

Also alles beim Alten lassen, getreu dem Motto: „Andere blitzen für uns, und wir kassieren zu vergünstigten Konditionen“? Dabei gibt es bereits heute selbst für kleinere bayerische Gemeinde die Möglichkeit, „rechtlich sauber den Verkehr auf ihrem eigenen Gebiet zu überwachen: durch Personalüberlassung“, meint Thomas Auer von der Zirndorfer GKVS GmbH, der „Gesellschaft für kommunale Verkehrssicherheit“.

„Mit uns als Partner können die Gemeinden die Verkehrsüberwachung eigenverantwortlich durchführen. Sie brauchen hierzu aber weder eigenes Personal, noch eigenes Gerät“, sagt Auer. „Wir übernehmen keine hoheitlichen Aufgaben. Wir überlassen das Personal. Und das bringt sein Gerät, quasi das Werkzeug gleich mit.“ Der GKVS-Mitarbeiter sitzt in der Gemeindeverwaltung, ist dort auf Zeit

4. Im Hinblick auf die Regelungen zu Beitritt und Austritt und zur Möglichkeit der Zusammenarbeit per Vereinbarung gebührt dem Zweckverband der Vorzug vor einem Kommunalunternehmen. □

Stilvolle ADFC-Rastplätze

Fernab von Ortschaften suchen Radtouristen oft vergeblich nach Unterstellplätzen für sich und ihr Velo. Mit dem neuen ADFC-Rastplatz (ADFC = Allgemeiner Deutscher Fahrradclub) gehört das rastlose Radeln der Vergangenheit an. Komfortabel für Radfahrer, attraktiv für Touristiker: in den 3 x 3 m großen Schutzhütten mit Pyramidendach und gläsernen Windschutzwänden genießen auch ruhende Radfahrer die Aussicht bei jeder Witterung.

Jeder ADFC-Rastplatz verfügt über Radparker sowie Info-Tafeln und kann - je nach Standort - auch mit Gepäcksafes ausgestattet und mit Rankgittern umzäunt werden. Ein weithin sichtbares ADFC-Signet weist den Weg zur Erholungsstätte und sorgt für ho-

hen Wiedererkennungswert.

Durch Farbe und Gestaltung des ADFC-Rastplatzes können Tourismusregionen ihren Routen eine individuelle Note geben. Info-Werbung mit Hinweisen auf Gastronomie und Sehenswürdigkeiten der Region erleichtern die Finanzierung, genau wie der Mengenrabatt bei Mehrfachbestellungen.

In Zusammenarbeit mit dem ADFC-Bundesverband wurde das Mobiliar für den ADFC-Rastplatz von dem Unternehmen ORION-Bausysteme entwickelt. Das neuartige Konzept wird von den Bikern inzwischen hervorragend angenommen.

Informationen im Internet:

http://www.orion-bausysteme.de oder direkt beim Hersteller: ORION Bausysteme GmbH, Waldstraße 2, 64584 Biebesheim, Tel.: 06128/802-01, Fax: 06258/802-36, eMail: info@orion-bausysteme.de. □

beschäftigt - Personalleasing eben. Während der Überlassungszeit sind die GKVS-Mitarbeiter gegenüber der Gemeindeverwaltung weisungsgebunden.

Das unterscheidet sein Unternehmen von anderen, die nur Blitzautos mit Personal stellen, aber das Ausstellen der Knöllchen der Kommune überließen: Auer's Firma, die GKVS, bietet Gemeinden Komplettpakete an. Als besonders günstig habe sich die Zusammenarbeit der GKVS mit der AKDB erwiesen, deren zentrales Abwicklungsverfahren durch viele Kunden genutzt werde.

Namens der eigenen Gemeinde

Auer weiß: Wenn eine Gemeinde selbst den Verkehr überwachen will, gehört etwas Mut dazu, besonders vom Bürgermeister. Immerhin arbeitet man in diesem Fall namens der eigenen Gemeinde, mit dem eigenen Gemeindegeld. „Die Gemeinde entscheidet sich damit bewusst für Bürgernähe.“ Doch dafür könne man dann sagen: „Das Verwarnungsgeld ist für den Kindergarten, vor dem geblitzt wird.“ Grundsätzlich gelte es, die eigenen Straßen sicherer zu machen: Einfach nur „Abzocke“ gäbe es nicht. „Unser Erfahrung zeigt, dass die Verstöße mit der Zeit zurückgehen“, berichtet Thomas Auer.

Bei den Kommunen, die seit Jahren mit GKVS zusammenarbeiten, ist man zufrieden: „Wir sind Herr des Verfahrens und bedienen uns dieser Firma nur nach Bedarf“ heißt es beispielsweise in der Verwaltung von Wassertrüdingen; der Stadt, die mit der GKVS am 1. Mai 2003 den ersten Dienstleistungsvertrag geschlossen hat. □

Transrapid-Unglück in der Diskussion:

Bahn bleibt Antworten schuldig

Das schreckliche Unglück auf der Transrapid-Versuchsstrecke in Lathen hat zu einer neuerlichen Diskussion über die Zukunft der Magnetbahntechnologie geführt. Die Gegner - allen voran Oberbürgermeister Christian Ude - fühlen sich in ihren Warnungen bestätigt. Die Repräsentanten der bayerischen Staatsregierung, mit Ministerpräsident Dr. Edmund Stoiber und Wirtschaftsminister Erwin Huber an der Spitze, stehen weiterhin zu dem Vorhaben, den Münchner Hauptbahnhof und den Flughafen Franz Josef Strauß mit einer Transrapid-Strecke zu verbinden.

Zweifelsohne ist jeder Mensch, der durch einen Unglücksfall sein Leben verliert, ein Opfer zuviel. Aber wer würde die grundsätzliche Notwendigkeit von Flugzeugen anzweifeln bei einem Absturz? Wer fragt nach den täglich 15 Toten, die auf Deutschlands Straßen sterben? Oder hat jemand nach der Abschaffung des ICE gerufen in den Tagen der Katastrophe von Eschede? Die Angst fährt mit im ICE. Die Bahn ist daran nicht unschuldig.

Ein Blick ins Internet genügt um eine lange Liste von größeren und kleineren Zwischenfällen zu finden. Es sind die Räder, immer wieder die Räder, von denen bei den hohen Geschwindigkeiten bei jedem Rad-Schiene-System größte Gefahren ausgehen. Der Transrapid hat keine Räder. Ob es daran liegt, dass viele bei der Bahn die Technologie so erfindungsreich konterkarrieren?

Fest steht, dass der Transrapid nicht nur schneller ist als jeder konventionelle Zug; er ist auch leiser, er braucht weniger Energie, er kann Steigungen und Kurven besser bewältigen. Er wäre eine sehr gute Alternative für den innerdeutschen und -europäischen Flugverkehr.

Wie ist es zu werten, dass die Bahn und all' ihre Repräsentanten sich nach dem Unglück im Emsland so konsequent in Schweigen hüllen? Was ist davon zu halten, dass vielen Mitarbeitern der DB-Magnetbahn wenige Wochen vor dem Unglück im Emsland mitgeteilt wurde, ihre Verträge würden zum Jahresende nicht verlängert? Was kann deren Geschäftsführer leisten, wenn er die meiste Zeit andernorts einen Fulltime-Job für eine große andere DB-Gesellschaft ausfüllt? Ob in der Staatsregierung wohl bekannt ist, dass der Freistaat schon bisher Bahn-Bedienstete mit Geldern alimentiert, die eigenen Mitarbeitern hätten vorbehalten sein sollen? Warum ist denn Otto Wiesheu - wie er selbst mitteilte - bei der Bahn gar nicht für den Transrapid zuständig? Warum hat man das Angebot der Industrie, die Münchner Strecke zu bauen und die ersten Jahre in Eigenregie zu betreiben, niemals ernsthaft geprüft? Und warum wurde der Betrieb nicht europaweit ausgeschrieben, so dass sich ggf. private Gesellschaften hätten engagieren können? Warum hat die Bahn die Anlage in Lathen vor einigen Wochen verkauft? Die Bahn bleibt viele Antworten schuldig.

Anne-Marie von Hassel

Mitteilung des Bayerischen Gemeindetags:

Verkehrsüberwachung auf sichere Füße stellen

Für eine Verkehrsüberwachung, die „größtmögliche Überschaubarkeit, Steuerbarkeit und Kontrollierbarkeit der mit der Verkehrsüberwachung betrauten Institutionen gewährleistet“, hat sich der Bayerische Gemeindetag ausgesprochen. Der Landesausschuss des Kommunalverbands votierte auf seiner Sitzung in München gegen bayernweite Organisationsformen.

Im Einzelnen empfiehlt der Bayerische Gemeindetag:

1. Für die Zusammenarbeit in der Verkehrsüberwachung gebührt regional tätigen Zweckverbänden der Vorzug vor bayernweiten Organisationsformen.

2. Die maßgeblichen Umstände der Verkehrsüberwachung, insbesondere Ort, Zeitpunkt, Dauer und Häufigkeit sollte jede Gemeinde in ihrem Gebiet in eigener Verantwortung selbst entscheiden, auch wenn sie mit anderen zusammenarbeitet.

3. Zur Vermeidung von Abgrenzungsproblemen zwischen hoheitlichem und privatem Handeln bietet sich die Erledigung der Verkehrsüberwachung mit eigenem Personal in eigener Regie an. Das schließt nicht aus, dass auch Private eingebunden werden, soweit die hoheitlichen Tätigkeiten in öffentlicher Hand bleiben und eine ausreichende Kontrolle der Privaten gewährleistet ist.



Stilvoll rasten auf den neuen ADFC-Rastplätzen. Bild: Orion

VERKEHRSBERUHIGUNG

ohne Investitionen und ohne zusätzliche Planstellen.



Unser mittelständisches Unternehmen bietet seit vielen Jahren den bayerischen Kommunen Personaldienstleistungen im Bereich der kommunalen Verkehrsüberwachung an. Dabei stellen wir im Rahmen der Arbeitnehmerüberlassung qualifiziertes Personal sowie die komplette Technik und Material zur Verfügung. So werden unsere Kunden in die Lage versetzt, die Verkehrsüberwachung - ohne zusätzliche Planstellen und ohne Investitionen - im eigenen Hause selbst durchzuführen.

Diese dezentrale Struktur wird der immer lauter werdenden Forderung nach Bürgernähe gerecht. Der zuständige Sachbearbeiter sitzt im eigenen Rathaus.

Unsere Abrechnungsmethode pauschal nach Aufwand (z.B. Kosten pro Verstoß) auf Grundlage fälschungssicherer Dokumente (Bilder, Protokolle etc.) ist übersichtlich, leicht nachzuvollziehen und somit überprüfbar.

Unsere Kunden ahnden mit unserer Hilfe Verkehrsverstöße von der Erfassung über die Verarbeitung bis hin zum kompletten Verwarnungs- und Bußgeldverfahren. Hierbei richten wir uns streng nach den Richtlinien des Bayerischen Innenministeriums.

Die Kompetenz der GKVS erstreckt sich über den gesamten Bereich der Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs.

Für nähere Informationen stehen wir gerne zur Verfügung. Lernen Sie uns kennen - kostenlos und unverbindlich!



Gesellschaft für kommunale Verkehrssicherheit mbH

Spitalstraße 10
90513 Zirndorf

Tel. 0911/965 39-74
Fax 0911/965 39-75

www.gkvs.de
info@gkvs.de

Partner der





Der Straßenbau zählt traditionell zu den erfolgreichen Sparten der Riebel-Gruppe. □

Konsolidierung und Anpassung an Marktverhältnisse erfolgreich eingeleitet

Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr sowie über die künftige Ausrichtung der Riebel Firmengruppe Bau

Die Baubranche ist nach Jahren harter Anpassungsprozesse endlich wieder auf dem Weg nach oben. Trotzdem bleibt der Kampf um jeden Auftrag; Preisverfall und Wettbewerbsdruck erfordern nach wie vor hohes Engagement, gezielte Marketing-initiativen und kontinuierliche Rationalisierungsprozesse. Ein mittelständisches Unternehmen, dem die strategische Ausrichtung auf die neuen Marktverhältnisse gelungen ist und das gestärkt in die Zukunft blickt, ist die Riebel Firmengruppe mit Stammsitz in Mindelheim.

„Seit der Neuordnung der Riebel Firmengruppe im Jahr 2001 stellen wir uns konsequent den Forderungen des Marktes, dem wachsenden Kostendruck sowie neuen Normen und sich ändernden Anwendungstechniken“, erklärte Thomas Aulinger, Geschäftsführer der Xaver Riebel Holding zur aktuellen Lage.

Selbständig agieren sichert die eigene Überlebensfähigkeit. Dieser Grundsatz ist für jede einzelne Gesellschaft innerhalb der Firmengruppe bindend und findet seine Bestätigung im Ergebnis des Geschäftsjahres 2005/06.

Selbständigkeit sichert eigene Überlebensfähigkeit

Die Xaver Riebel Bauunternehmung GmbH & Co KG mit Sitz in Mindelheim koordiniert mit ihren Töchtern alle mittelständischen In- und Auslandsaktivitäten der einzelnen Baubereiche. Ihre operative Betriebsleistung betrug im Geschäftsjahr 2005/06 148 Mio. Das Betriebsergebnis gestaltete sich ebenso wie das Bilanzergebnis leicht positiv. Die Restauftragsbestände liegen für die Bauunternehmung und ihre Beteiligten

gen bei etwa 70 Mio. Als Planleistung werden im Geschäftsjahr 2006/07 rund 140 Mio. erwartet. Die Gesellschaft beschäftigte zum Geschäftsjahresende am 31. März 2006 insgesamt rund 600 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Ergebnisse der Tochter Xaver Riebel Gleisbau GmbH & Co. KG gestalten sich ebenfalls leicht positiv. Vor allem die Handels- und Servicegesellschaft Gleisbautechnik und Baustoffhandel GmbH konnte mit ausgezeichneten Ergebnissen aufwarten, auch bedingt durch einen Großauftrag mit Schienenlieferungen nach Südamerika. Im laufenden Jahr bestehen eine Anzahl weiterer interessanter Liefermöglichkeiten ins Ausland.

Die polnische Tochtergesellschaft Xaver Riebel Polska Grupa Budowlana lieferte durch eine forcierte Zusammenarbeit mit

örtlichen Partnern erfreuliche Umsatzzahlen. In Warschau wurde der schlüsselfertige Bau einer Wohnanlage mit 250 Einheiten erfolgreich abgeschlossen, in Danzig beginnt der zweite Bauabschnitt einer 100 WE umfassenden Wohnanlage. Zudem hat sich Riebel an einem polnischen Tiefbauunternehmen mehrheitlich beteiligt.

Vorrangig Infrastrukturmaßnahmen

Arbeitsschwerpunkte sind vorrangig Infrastrukturmaßnahmen, der Bau von Kanälen und Kläranlagen sowie allgemeiner Verkehrswegebau. Riebel ist mit einer kleinen Führungsmannschaft vor Ort, unterstützt die Arbeitsvorbereitung, Baustellenorganisation und Bauablauf und stellt eigene Maschinen und Geräte zur Verfügung.

In Breslau erschließt das Unternehmen als ersten Auftrag unter neuer Organisation ein komplettes Wohnviertel mit Straßen-, Kanal- und Leitungsbau. „Der



Der Kopf der Riebel Firmengruppe, Thomas Aulinger will die Bauunternehmung mit neuen Ideen in eine sichere Zukunft führen. □

Markt in Polen floriert und die Perspektiven sind ausgezeichnet, wir werden dort auf eigenen Beinen weiter wachsen“, freut sich Helmut Beckers, Geschäftsführer der Mindelheimer Baubetriebe.

Die Wertach Fertigteilwerk GmbH konnte mit 3,5 Mio. ihre Jahresleistung weiter ausbauen. 95 Mitarbeiter arbeiten für die Xaver Riebel Baustoff GmbH. Sie erzielten ein Volumen von 30 Mio. Das Betriebsergebnis ist zufrieden stellend, das Bilanzergebnis positiv. Auch hier sei die seit 2001 laufende Gebiets- und Markterweiterung positiv zu spüren.

Die Baustoffaktivitäten der Riebel-Tochter sind mit ihrer schlanken und schlagkräftigen Struktur erfolgreich auf die Zukunft ausgerichtet. Der Standort Fritzens nahe Innsbruck in Österreich erzielte mit einem jährlichen Produktionsvolumen von 500.000 Tonnen Zuschlagstoffen in den letzten Jahren beachtliche Steigerungsraten. Insgesamt rechnet die Xaver Riebel Baustoff GmbH mit einer durchschnittlichen Monatsproduktion von 180.000 Tonnen an allen Standorten. „Im Vergleich der Jahresproduktion pro Mitarbeiter ergibt sich ein Sprung von 2.200 Tonnen in 1996 auf beachtliche 54.000 Tonnen pro Kopf in 2006“, freut sich Firmenlenker Thomas Aulinger.

Die zum Geschäftsjahresende 2005/06 aus der vorhandenen Firmenstruktur heraus gelöste rp³ development gmbh & co. kg mit Stammsitz in München erwirtschaftete mit nur 19 Mitarbeitern ein Geschäftsvolumen von 45 Mio. Auch die M. Haseitl Baugesellschaft mbH & Co. Betriebs KG aus Schongau, eine Mehrheitsbeteiligung der Riebel Holding, erzielte mit 26 Mio. ein gutes Ergebnis.

Außerst zuversichtlich gestaltete sich ferner die Entwicklung der zum Geschäftsjahresbeginn 2005/06 neu geschaffenen Riebel Baumeister Herbert Maier



Lichtsensoren steuern bei Bedarf die Helligkeit der neuen Sporthalle. Der Betrieb mit Solarzellen ist möglich. □

COMPACT 3000 für den Schulsport:

Sporthalle mit optimalem Tageslicht

Mit dem Zuschlag für die Fertighalle „COMPACT-3000“ des Mannheimer Systemraumspezialisten Graeff Container und Hallenbau ging für die Grund- und Förderschule Uppgant-Schott ein lang ersehnter Wunsch in Erfüllung. Zum ersten Februar konnten die Schüler erstmals in der neuen Sporthalle unterrichtet werden. Die genormte Stahlrahmenkonstruktion mit einer Spannweite bis zu 20 m wird kostengünstig in Großserie produziert und hat sich als die „Hellste“ unter den Graeff Stahlhallen einen Namen gemacht.

Ein Trapezdach mit Polycarbonat-Lichtplatten an den Dachschrägen, die sich über die gesamte Hallenlänge erstrecken, fangen das Tageslicht ein und sorgen für optimalen Lichteinfall. Bauleiter Peter Kröger von der Samtgemeinde Brookmerland: „Der Lichteinfall durch das Dach ist fantastisch und sorgt für eine freundliche und angenehme Atmosphäre“.

Damit die Halle zu jeder Tageszeit entsprechend ausgeleuchtet ist, messen zusätzliche Lichtsensoren die Helligkeit und steuern bei Bedarf die vorhandenen Leuchtröhren an, die umweltschonend vom benachbarten Blockheizkraftwerk gezeugt werden. Als Alternative Energiequelle bietet Graeff die COMPACT 3000 auch mit Solarzellen an. In Zeiten knapper Rohstoffe

und hoher Energiekosten, eine umweltfreundliche Alternative.

Für den Boden wurde die höchste Qualitätsstufe eines speziell für Sporthallen entwickelten Doppelschwingbodens ausgewählt. „Das Verletzungsrisiko bei Stürzen wird dadurch minimiert“, so Kröger.

Auch über die Einhaltung des Budgetrahmens sowie die Bauausführung äußerte man sich lobend. „Die Baustelle wurde stets sauber gehalten und es wurden alle Termine eingehalten“, betönt Kröger.

Schulleiter Werner Knippelmeier ist sichtlich stolz auf das Ergebnis. „Das ist eine schöne Halle für uns geworden. Die Schule kann sich nur bei allen Beteiligten bedanken.“

Weitere Infos im Internet unter www.graeff-gmbh.de □



Beck-KOMMUNALPRAXIS Bayern plus

Die erste umfassende Online-Lösung für Gemeinde-, Stadt- und Kreisverwaltungen ...

Jeweils mehrere tausend Seiten landesspezifische Kommentierungen und Darstellungen ...

→ PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG

Die PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG ist das seit Jahrzehnten bewährte Standardwerk mit ca. 36.000 Seiten zu allen bedeutsamen Rechts- und Arbeitsgebieten der kommunalen Verwaltung in Bayern. Kompetente und erfahrene Fachleute aus den zuständigen Ministerien, kommunalen Spitzenverbänden, Verwaltungsbehörden und der sonstigen Rechtspraxis gewährleisten ein Höchstmaß an Informationsgehalt und Rechtssicherheit.

Komentierungen und Darstellungen

Landesspezifisch aufbereitet und ausführlich erläutert enthält das Werk an den Anforderungen der Praxis orientierte Kommentare und systematische Darstellungen zu den Rechts- und Verwaltungsvorschriften von Bund, Ländern und Kommunen – jetzt erstmals auch online. Hier finden Sie das richtige Rüstzeug für den Verwaltungs-Alltag, gegliedert in die zentralen Bereiche

· Kommunalverfassung, Dienstrecht, Finanzen, Allgemeines · Wirtschaft, Vergabe und Verkehr · Sicherheit und Ordnung · Soziales, Gesundheit, Schule und Kultur · Bauwesen, Umwelt und Natur.

→ für Bezieher der Loseblatts Ausgabe
PRAXIS DER KOMMUNALVERWALTUNG
1-3 User bis 31.12.2007

→ Normalpreis für 3 User
Plätze 4-9 jeweils

kostenlos
mit € 66,-
mit € 11,-

... dazu das große Beck-Plus: Gesetze, Rechtsprechung, Zeitschriften

→ Beck'sche Gesetze Digital Bayern, Bund, EU

· Landesrecht im Umfang der Beck'schen Loseblatt-Textsammlungen Ziegler/Tremel, Verwaltungsgesetze des Freistaates Bayern – immer auf dem neuesten Stand
· rund 1.500 Gesetze und Verordnungen des Bundes (Schönfelder, Sartorius, Nipperdey I, Aichberger SGB ...)
· die rund 200 wichtigsten internationalen und EU-Vorschriften.

→ Rechtsprechung aktuell und im Volltext,

mit Schwerpunkten VGH, OVG und BVerwG

→ Die Top-Zeitschriften komplett und aktuell

NVwZ seit 1982, NVwZ-RR ab 1988, LKV ab 1991

Neu: Beck'scher Online-Kommentar TVöD

Eigens für die effektive Arbeit am Computer entwickelte, praxisgerechte und fortlaufend aktualisierte Kommentierung des TVU und des TVöD, herausgegeben von den Machern aus der Praxis: Bepler/Böhle/Martin/Stöhr.

Bundesweit verfügbar:

Beck-KOMMUNALPRAXIS plus für Baden-Württemberg, Brandenburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Schleswig-Holstein, Thüringen.

→ Infos/4-Wochen-Test: www.beck-online.de

GRAEFF Schulpavillons

+ Funktionsräume mit System

□ Klassenzimmer

□ Sprach-Labors

□ Mensen

□ Physik-Räume

□ Chemie-Labors

□ Gymnastikräume

□ Sporthallen

□ Computer-Räume

GRAEFF
Container & Hallenbau GmbH

GRAEFF Container & Hallenbau GmbH · 68219 Mannheim
Telefon 0621/84444 · Telefax 0621/8444-555 · www.graeff-gmbh.de



Eine Auswahl von LEIBER-Kommunalfahrzeugen. □

GaLaBau 2006:

LEIBER-Produktneuheiten

Vor rund 53.000 Fachbesuchern stellte LEIBER seine Produktneuheiten und ein umfangreiches Programm auf der diesjährigen Fachmesse für den Garten-, Landschafts-, Sport- und Spielplatzbau Mitte September in Nürnberg vor.

Mit acht Prozent mehr Besuchern als vor zwei Jahren zeigte sich, dass diese Fachmesse für die Branche nunmehr ein Pflichttermin ist. Im Kreise von insgesamt 904 Ausstellern konnte LEIBER nicht nur den Kontakt mit Kunden und interessierten Besuchern pflegen, sondern auch seinen Händlerkreis über Produktneuheiten informieren.

Rund 30 LEIBER-Händler waren nach Nürnberg gekommen, um am diesjährigen Händler-Meeting auf dem LEIBER-Stand teilzunehmen. Die Händler wurden auf die neuesten Änderungen im Programm hingewiesen. Darüber hinaus bot sich Gelegenheit, untereinander ins Gespräch zu kommen und Informationen auszutauschen.

Was gab es Neues bei LEIBER? Ab Dezember 2006 liefert das Unternehmen sein Kommunalfahrzeug PUMA mit dem Iveco EURO 4 Motor aus. Der Dreiseiten-Kipper mit Pendelbord ist ein Spezialist für nahezu alle Einsatzbereiche. Sein Motor verfügt über einen Hubraum von 3 Litern; er wurde von 145 auf 125

PS gedrosselt. Hierdurch werden eine geringere Geräuschkentwicklung, ein geringerer Kraftstoffverbrauch und eine höhere Lebensdauer erreicht. In Nürnberg zeigte LEIBER den PUMA sowohl am Messestand als auch auf der Aktionsfläche im Freien mit verschiedenen Anbaugeräten wie beispielsweise einem Pressmüllcontainer, einer Gießanlage der Firma Hummel und einem Kran mit 12 Metern Reichweite.

Im Hinblick auf die kommende Jahreszeit stellte LEIBER das Kommunalfahrzeug TIGER, ausgerüstet für den Winterdienst, vor. Hierzu sahen die Besucher die Anbaugeräte Vario-Pflug und Kastenstreuer. Neu ist dabei eine manuelle Niveauregulierung, die den TIGER auch bei unterschiedlich schweren Anbaugeräten immer wieder auf das Ausgangsniveau bringt. Die exakte Bodenniveauregulierung bleibt dadurch erhalten. Eine optimale Handhabung bei jedem Einsatz ist gewährleistet. Die Produktpalette schloss LEIBER in Nürnberg mit dem WIESEL 4, der mit neuer Farbgebung gezeigt wurde. □

SPD-Landtagsfraktion und Feuerwehren:

Gemeindliche Zweckverbände im Blick

Die Einsatzbereitschaft der gemeindlichen Feuerwehren zu verbessern, ist Ziel eines SPD-Gesetzesentwurfs, der vom Landtagsplenum in Erster Lesung an den Kommunalausschuss überwiesen wurde.

Nach diesem „Feuerwehrezweckverbandserprobungsgesetz (FwZVEG)“ soll es den Gemeinden freigestellt werden, in Zweckverbänden gemeinsame Feuerwehren ab Juli 2007 bis Ende 2011 zu erproben. Das bayerische Feuerwehrgesetz bestimmt demgegenüber, dass in der Feuerwehr einer Gemeinde nur die Bürger denselben Dienst tun dürfen.

Der von der kommunalpolitischen Sprecherin in der SPD-Fraktion, Helga Schmitt-Bussinger, begründete und von der Grünen-Abgeordneten Christine Kamm als dringend erforderlich beurteilte Gesetzesentwurf wurde von der CSU nicht rundweg abgelehnt. Herbert Etengruber meinte, gegenwärtig könne er zwar nur wenige Ge-

meinden, die bei Feuerwehr und technischem Hilfsdienst zusammengehen wollen, aber wenn man das generell wolle, könnte man auch die Städte einbeziehen. Das sollte indessen nicht in einem befristeten Sondergesetz sondern im bayerischen Feuerwehrgesetz geregelt werden.

Termin nicht einhaltbar

Dessen Überarbeitung ist laut Etengruber im Innenministerium in Vorbereitung. Der im SPD-Sondergesetz vorgesehene Beginn einer Erprobungszeit am 1. 7. 2007 werde sich jedoch nicht halten lassen. Auf jeden Fall müsse Übereinstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden erzielt werden. **rm**

TruckStore
Used Trucks and Services by Mercedes-Benz

Wir kaufen Ihre gebrauchten Kommunalfahrzeuge – mit und ohne Stern.

- ✓ Müllsammelfahrzeuge
- ✓ Winterdienstfahrzeuge
- ✓ Kanalreinigungsfahrzeuge

Außerdem kaufen wir alle Transporter, Koffer, Pritschen, Kipper und SZM an.

Mit einer Fläche von über 30.000 qm, das entspricht etwa 5 Fußballfeldern, zählt TruckStore München zu einem der größten Gebrauchtfahrzeug-Anbieter in Bayern.

Über 400 gebrauchte Nutzfahrzeuge – überzeugen Sie sich selbst.



Mercedes-Benz

Mercedes-Benz TruckStore der DaimlerChrysler AG,
Otto-Hahn-Ring 20, 81739 München
Tel.: 0 89 / 12 06-33 39, Fax: 0 89 / 12 06-34 30
E-mail: truckstore.muenchen@mercedes-benz.de
www.truckstore.com/DE/muenchen

Reinigungstechnik auf der Entsorga:

Zwischen Basistechnik und optimierter Elektronik

Die gesamte Umweltbranche - so der Anspruch der Messeveranstalter - zeigt bei der Entsorga-Enteco in Köln (24. bis 27. Oktober, www.entsorga-enteco.de) ihre Leistungsfähigkeit und berät mit dem Fachpublikum die aktuellen Fragen der Abfallströme und Verwertungskonzepte.

Vorrangig ist die Entsorga keine Fahrzeugmesse mehr, da die großen Lkw-Hersteller ihr mehr und mehr fern bleiben. Die Branchen der Abfallsammelaufbauten und der Kehrtechnik sind aber weiterhin dort in großer Zahl vertreten. Deshalb wird man auf den Ständen der Aufbautenhersteller auch die wichtigsten Basisfahrzeuge finden, wie etwa den überarbeiteten Mercedes-Benz Eonic. Das Fahrerhaus wurde optisch aufgefrischt, außerdem eine tragfähigere Hinterachse eingebaut.

Einfachere Wartung

Bei den Beratungen an den Messeständen wird es nicht immer um Hightech gehen. Dem Wunsch nach günstigen Einstiegspreisen auch in der Abfallsammlung kommen neue Lösungen entgegen wie die abgespeckte Version aus dem niederländisch-schwedischen Konzern Geesink-Norba. Weniger Elektronik bedeutet auch einfachere Wartung, die eher in der eigenen Werkstatt durchgeführt werden kann. Der Beschaffer muss abwägen zwischen optimal gesteuerten und auf die Sekunde optimierten Arbeitsabläufen mit Hilfe moderner Elektronik und einfacher, aber auch solide laufen-

GaLaBau in Nürnberg:

Neue Produkte prägten die Stände

Es war schier unüberschaubar, das Angebot der Galabau 2006, der „17. Internationalen Fachmesse Urbanes Grün und Freiräume“ in der Nürnberg Messe. Die steigende Bedeutung der Galabau stellten mehr als 53.000 Fachbesucher unter Beweis, 8 Prozent mehr als vor zwei Jahren. Neun Hallen, dazu im Außenbereich die „Aktionsflächen Erdbau“ beziehungsweise „Flächenpflege“: Wer das an einem Tag bewältigen wollte, war schlichtweg überfordert.

Das Neuheiten-Angebot auf der Galabau war kaum zu überblicken; echt Innovatives war oft versteckt. Die Bayerische Gemeindezeitung hat dennoch ein paar interessante Produkte entdeckt.

Polymerbeton-Einfassungen

Wer hat sich noch nicht geärgert über verfallende Holzeinfassungen an Rabatten, Wegen, Gärten? Die Lösung sind Kunstharz-gebundene Rabattensteine aus durchgefärbtem Beton. Sie halten lange, und auch die Farbe bleibt. Verspricht jedenfalls der Hersteller. Durch Hohlkehlen sind sie gut aneinander zu reihen, und durch die Holzstruktur sehen sie auch recht naturnah aus. Auch für die Bepflanzung von Gemeindegewässern am Ortseingang geeignet (www.gge-systeme.de).

Bisher mussten neue Bäume mit Drähten oder Seilen in der Senkrechten gehalten werden. Mit der „unsichtbaren Revolution in der Pflanzsicherung“ (Firmenwerbung) stehen Bäume sofort und sicher: Die stählerne „Pfahlwurzel“ namens Arbofix wird in den Ballenring des pflanzfertigen Baumes eingeschlagen; beim Aufstellen verankert sich das Ganze automatisch: „Nachsorge entfällt“, meint der Hersteller. Dafür gabs die Galabau-Innovations-Marke (www.arboa.com). Auch mit dem Innovationslo-

den Lade- und Verdichtungsvorgängen einer „Light“-Version.

Wie so oft liegt der Fortschritt im Detail - zum Beispiel die Super Komfortschaltung von Haller, erstmals angewendet an Haller-Aufbauten auf Mercedes Eonic und Axor, jeweils mit Automatikgetriebe. Der Aufbau beginnt seine Arbeit bei jedem Ladevorgang automatisch mit der programmierten Festdrehzahl, das Automatikgetriebe des Fahrzeugs steht dabei auf Neutralstellung. Dieser Betriebszustand schaltet sich automatisch ein, wenn die Geschwindigkeit unter zwei km/h fällt und weder Gaspedal noch Bremspedal betätigt wird. Bisher musste der Fahrer jeden Ladevorgang einzeln auslösen, bei Lkw mit Handgeschaltetem Getriebe dabei zweimal die Kupplung treten.

Faun-Programm

Faun zeigt in Köln sein bekanntes Programm an Abfallsammelaufbauten, darunter den Easypress genannten Front-Seitenlader, bei dem der Fahrer den Ladearm rechts vorn im Blick hat, ohne in den Spiegel oder seitlich nach unten schauen zu müssen. Die große Messeneuigkeit von Faun betrifft aber die Kehrtechnik. Der Kehr Aufbau

für Lkw namens Viajet wird jetzt als Typ Filtair geliefert. Ein zusätzlicher Filter im Dachbereich hält auch die kleinsten Partikel zurück und befreit die Luft von ihnen zu 99,95 Prozent. Der Filter zur Staubreduzierung vermeidet das Mitführen eines stattdessen Wasservorrates, was wiederum die Einsatzzyklen verlängert. Die Filterung geschieht bereits im Schmutzsammelbereich und nicht erst im Abluftsystem. So wird das komplizierte Abluftsystem vor Verschleiß geschützt. Faun wendet in der Viajet schon länger die Umlufttechnik an. Hierbei bleiben 70 Prozent der angesaugten Luft im Kehr-Kreislauf, nur 30 Prozent werden nach draußen gebracht. Weniger Durchsatz an Luft bringt auch weniger Umweltbelastung durch verbrauchte Luft.

Schmidt-Kehrmaschinen

Zwei neue Gesichter ergänzen ab dem kommenden Frühjahr die Familie der Kompaktkehrmaschinen von Schmidt, sind aber bereits in Köln anzusehen. Sie stammen vom nordamerikanischen Hersteller Madvac und treten als Citygo 30 und Swingo 100 auf dem deutschen Markt und in wichtigen europäischen Ländern an. Beide Hersteller hatten im November vergangenen Jahres eine Vertriebspartnerschaft vereinbart. Die Swingo 100 bietet auf kleinem Raum einige technische Feinheiten, allen voran die patentierte M3-Saugtechnologie: Das Kehrgerät wird direkt vom Saugmund in den doppelwandigen Behälter (Fassungsvermögen 0,85 Kubikme-

ter) eingesaugt. Bevor die Abluft ins Freie tritt, muss sie ein dichtes Filtersystem durchlaufen. Keine Partikel, die größer als acht Mikrometer sind, können hier passieren. Das Schmutzwasser ist vom Kehrgerät getrennt und kann während der Kehrtour abgelassen werden. Topmoderne Kabine mit guter Sicht, ein Kubota-Motor mit 32 PS Leistung, deren Leistung hydraulisch direkt an die Vorderachse abgegeben wird kennzeichnen die Maschine. Die zwei schwenkbaren Tellerbesen arbeiten nach dem bekannten System von Schmidt, das Sauggebläse wurde auf besonders niedrige Geräuschkentwicklung getrimmt.

Gute Manövrierbarkeit

Die Citygo 30 ist eine handgeführte Kehrmaschine, nur 2515 Millimeter lang und 864 Millimeter breit. Ein Behälter von 0,15 Kubikmeter steht bereit, nach Kompression durch das Sauggebläse kann die Maschine in einer Füllung 0,2 Kubikmeter Kehrmaterial beseitigen. Die Saugtechnik entspricht der aus der Swingo 100. Hydrostatischer Antrieb und Stützräder im vorderen Bereich machen die Maschine gut manövrierbar, selbst Treppenstufen lassen sich überwinden. Auf Wunsch kann die Citygo 30 mit einem Klappsitz ausgestattet werden.

Hako-Kehrfahrzeug

Obwohl noch nicht zwingend vorgeschrieben für Arbeitsmaschinen, hat Hako, parallel zu den Fahrzeugen der Schwestermarke Multicar, sein Kehrfahrzeug Citymaster 2000 mit einem Euro 4-Motor ausgestattet. Der VW-Turbodiesel leistet 100 PS aus zwei Litern Hubraum und überträgt seine Kraft in günstigeren Drehzahlen als bisher in das Fahrzeug. Außerdem ist ein Rußpartikelfilter eingebaut. **Matthias Röcke**

BOKI MOBIL KOMMUNALFAHRZEUG

EIN KONZEPT - UNZÄHLIGE LÖSUNGEN

Ab 1200 mm Fahrzeugbreite

INFO DURCH:

KIEFER GMBH
MASCHINEN, FARBZUGABAU UND VERTEILER

POSTFACH 1246
84402 DORFEN
TELEFON: (08081) 414-0
TELEFAX: (08081) 414-99
www.kiefergmbh.de

„Pro Play“

Die Einzelteile von „ProPlay“ sehen aus wie ein großes, buntes Puzzle aus immer gleichen Teilen. Bisher ist das wasserdurchlässige Recycling-Elastik-Material in Deutschland als Unterbau für Sportplätze bekannt. Doch das Produkt eignet sich auch als elastischer Untergrund von Kunstrasen auf Spielplätzen: „In Holland schon weit verbreitet, aber noch nicht in Deutschland.“ Deshalb ging der Hersteller auf der Galabau in die Offensive (www.schmitz-foam.com).

„Turbospaten“ heißt ein Gerät, das auf den ersten Blick an einen Presslufthammer erinnert: Es wird auch mit Pressluft angetrieben, doch funktioniert es wie ein Spaten. Nur eben schneller - und mit weniger Kraftaufwand. Ein „Turbospaten“ eben (www.vogt-baugeraete.de)

Heinz Wraneschitz

Tag der offenen Tür im Landratsamt Kitzingen:

„Gesund - lieber heute“

Mit etwa 2000 Besuchern war die erste Kitzinger Gesundheits- und Seniorenwoche ein voller Erfolg. Dabei entwickelte sich der „Tag der offenen Tür“ im Landratsamt zum grandiosen Höhepunkt. Unter dem Motto „Gesund - lieber heute“ nutzten Besucher jeden Alters die Angebote und informierten sich umfassend über Fragestellungen rund ums Thema. Neben der Stadt Kitzingen und der Bayerischen Staatsregierung hatte der Bezirk die Gesundheitswoche in Kitzingen wesentlich gefördert.

Stand vor zwei Jahren die Familie im Vordergrund der Aktivitäten des Landratsamtes, so hatten nun Senioren und Kinder Vorrang. An 46 Ständen präsentierten sich Institutionen, Organisationen und Beratungsstellen und hatten vorzugsweise für ältere Besucher jede Menge Informationen parat.

Veränderte Altersstruktur

„Wir werden älter in einer sich verändernden Welt“, betonte Landrätin Tamara Bischof in ihrer Eröffnungssprache. Auch die Altersstruktur verändere sich. Für viele ältere Menschen seien die unterschiedlichen Entwicklungen oftmals nur schwer zu begreifen. Dennoch nähmen sie regen Anteil an der Familie. Viele von ihnen blieben länger aktiv, dafür seien Gesundheit und geistige Fitness die Voraussetzungen, erklärte Bischof. Da das Thema Gesundheit durch neue Krankheitsbilder täglich neu ins Bewusstsein gerufen werde, halte das Landratsamt Gesundheitstage zur Information ab.

Gesundheitsstation

Besonderen Zuspruch erfuhr die in der Eingangshalle angesiedelte Beratung rund um Wasserqualität und Gesundheit. Der Fachbereich Hygiene des Gesundheitsamtes informierte ebenso anschaulich wie umfassend über Hygieneanforderungen und -gewährleistung sowie die Möglichkeiten vorbeugenden Gesundheitsschutzes.

Ärzte und Personal aus dem Kreis Krankenhaus hatte zudem eine Gesundheitsstation aufgebaut, die den großen Zuspruch der Besucher fand. An den Ständen, die Blutzuckerwerte und Blutdruck sowie über ein Com-

puterprogramm die individuelle Herzinfarktgefährdung ermittelten, bildeten sich Warteschlangen.

„Be smart don't start“

Darüber hinaus fanden zwei Preisverleihungen für Wettbewerbe des Gesundheitsamtes, „Kinderleicht durchs Leben“ (Kindergärten) und „Be smart don't start“ (im Rahmen der Suchtprävention an Schulen) statt. Präsentiert wurde zudem der Videofilm des Jugendhauses Iphofen und der KJR-Video-Gruppe zum Thema „Alt und Jung - so fern und doch so nah“. Für Kinder und Jugendliche gab es beim Fun- und Spielfest des Kreisjugendrings und seiner Mitgliedsorganisationen jede Menge Attraktionen am großen Behördenparkplatz.

Umfassendes Angebot

Eine Mönchengladbacherin, die auf Urlaub in Kitzingen weilte, meinte, eine Gesundheitswoche in dieser Art noch nicht erlebt zu haben. Woanders gebe es auch Gesundheitswochen, die jedoch immer bestimmten Themen gewidmet seien „und daher bei weitem nicht so umfassend sind wie hier in Kitzingen“, lobte sie.

Jährliche Seniorenwochen

Aufgrund der großen Resonanz hat sich der Landkreis Kitzingen entschieden, jährlich im Herbst Seniorenwochen zu veranstalten. Feste Bestandteile sollen dabei eine Podiumsdiskussion, der Seniorennachmittag, Musik am Nachmittag, ein Vortrag von Pater Anselm Grün und der Runde Tisch Pflege sein. Gesundheitswochen sollen dagegen künftig alle zwei bis drei Jahre abgehalten werden. **DK**



Freude bei OB Albert Zankl (l.) und Landrat Hanns Dorfner (r.).

Standortmarketing von Stadt und Landkreis Passau:

Auszeichnung als „Best Practice-Beispiel“

Seit vielen Jahren werden in Bayern Aktivitäten zur Standortbelebung erfolgreich durchgeführt. Um die Vielschichtigkeit der standortbelebenden Maßnahmen erfassen zu können, erfolgte unter Mitwirkung des Bayerischen Wirtschaftsministeriums, des Sparkassenverbandes Bayern, des Landesverbandes des Bayerischen Einzelhandels sowie des Bayerischen Städte- und Gemeindetages eine Befragung von 2.267 Städten und Gemeinden in Bayern.

Unter dem Motto „Aus der Praxis für die Praxis“ suchte man nach erfolgreichen Ideen, Konzepten und Kooperationen. Die gemeinsame Standortmarketinginitiative von Stadt und Landkreis Passau unter der Dachmarke „GoPassau“ wurde bei diesem Wettbewerb unter 320 bayerischen Kommunen als „Best Practice-Beispiel“ ausgewählt.

Im Jahr 2000 legten die politischen Gremien von Stadt und Landkreis Passau mit ihrem „Ja“ zur Kooperation im Bereich Standortmarketing den Grundstein für „GoPassau“ und damit für die gemeinsame Vermarktung der Wirtschaftsregion Passau.

Mittlerweile ist das GoPassau-Team eine feste Instanz in der

Wirtschaftsregion und bewirbt in zahlreichen Publikationen die Standortvorteile der Region. Gemeinsame Messeauftritte (z.B. ExpoReal in München), Werbespots mit Unternehmen aus der Region, gemeinsame Homepage mit Gewerbeflächendatenbank und vieles mehr wird von GoPassau initiiert.

Anreiz für Unternehmen

Zusätzlicher interessanter Anreiz für heimische Unternehmen: Wer für die Wirtschaftsregion Passau Werbung macht und das GoPassau-Logo auf seinen Werbetexten verwendet, erhält einen Zuschuss zum Werbeaufwand. **□**



Von rechts: Untermeitingens Bürgermeister Georg Klausner, Vorsitzender des Kreisverbands Augsburg des Bayerischen Gemeindetags, Landrat Dr. Karl Vogele, Schusters Ehefrau Eva, Abteilungsleiter Lothar Schneider, Abteilungsleiterin Marion Koppe und Vize-Landrat Max Strehle, MdL. **□**

Heretsrieds Bürgermeister Schuster wurde 60 Jahre alt:

Glückwünsche vom Landrat

Landrat Dr. Karl Vogele gratulierte jetzt Bürgermeister Helmut Schuster zu seinem 60. Geburtstag. Seit 22 Jahren steht Schuster an der Spitze der rund 1000 Einwohner zählenden Gemeinde Heretsried.

Vogele bezeichnete seinen langjährigen Weggefährten als ein Gemeindeoberhaupt aus Leidenschaft. 1984 erstmals zum Bürgermeister gewählt, habe Schuster Gestaltungskraft bewiesen und sich trotz schwieriger Finanzlage an die Verwirklichung großer und zukunftsweisender Vorhaben gemacht.

Liebe zur Heimat

„Mit Verlässlichkeit, Geradlinigkeit und politischer Kreativität weichen Sie auch größten Herausforderungen nicht aus. Man merkt, dass Ihr Herz für die Holzwinkelgemeinde schlägt“, lobte der Landrat den Jubilar. Schuster sei ein Mann mit feinem Humor, aber auch mit Grundsätzen, der eng mit seinen Bürgerinnen und Bürgern verbunden sei. Schuster verlange alles von sich ab, doch verliere da-

bei nie das Ziel aus den Augen - den Ort zu einem blühenden Gemeinwesen zu gestalten und dabei den dörflichen Charakter zu bewahren.

„Die Liebe zur Heimat ist wohl Ihre entscheidende Antriebsfeder“, so Vogele weiter. Auch deshalb engagiert sich der leidenschaftliche Bergsportler bereits seit vielen Jahren im Naturparkverein Augsburg Westliche Wälder e. V. Dort ist er seit 1996 Vorsitzender der Abteilung Landschaftspflege. „Die Umsetzung des Naturschutzgedankens ist ihm ein großes Herzensanliegen“, weiß der Landrat, der auch Vorsitzender des Naturparkvereins ist.

Seit 1978 trägt Schuster bereits als Gemeinderat Mitverantwortung in der Kommunalpolitik. 2002 wurde ihm die Verdienstmedaille des Landkreises Augsburg verliehen. **□**

Schwaben:

Politik für den ländlichen Raum

Daten und Fakten aus einer Publikation des Landwirtschaftsministeriums

Schwabens Attraktivität gründet ganz wesentlich auf seine ländlichen Räume, so Landwirtschaftsminister Josef Miller im Vorwort der Publikation. Die Dorferneuerung sei das geeignete Instrument, um in enger Zusammenarbeit mit den Gemeinden dem Strukturwandel entgegen zu wirken und die Dörfer zukunftsfähig zu machen.

Damit gelingt es laut Miller, Ortsmitten wieder zu beleben (Beispiele: Unterliezheim, Lkr. Dillingen a. d. Donau, Riedheim und Nattenhausen, Lkr. Günzburg), Gemeinschaftsräume zu schaffen (Beispiele: Zaisertshofen, Lkr. Unterallgäu, Oberreute, Lkr. Lindau, Megesheim, Lkr. Donau-Ries), dorfgemäße Versorgungsrichtungen zu erhalten oder neu zu schaffen (Beispiele: Dorfläden in Amerdingen, Lkr. Donau-Ries, Hopferbach, Lkr. Ostallgäu, Deisenhausen, Lkr. Günzburg, Generationenhaus in Sontheim, Lkr. Unterallgäu).

Ein ganz wesentlicher Faktor für den Erfolg der Dorferneuerung ist die aktive Beteiligung der Bürger. Die Schule der Dorf- und Landentwicklung in Thierhaupten (SDL) bietet den Bürgern aus Gemeinden und Dörfern in Oberbayern und Schwaben praxisnahe Unterstützung und Begleitung.

LEADER+Aktionsgruppen

Zur Stärkung der ländlichen Räume wird auch in Bayern die EU-Gemeinschaftsinitiative LEADER genutzt. Die schwäbischen LEADER+Aktionsgruppen sind überdurchschnittlich aktiv, wie folgende beispielhafte Projekte zeigen: In Woringen wurde von engagierten Bürgern ein landwirtschaftlicher Lehrpfad zur Aufwertung der Region und zur Darstellung der Leistungen der Landwirtschaft für die Gesellschaft initiiert und umgesetzt. Im Landkreis Aichach-Friedberg vermitteln ausgewählte Gasthöfe unter dem Motto „Spezialitätenwirte im Wittelsbacher Land“ kulinarische Gej20nisse und kulturelle Besonderheiten der Region.

Im Westallgäu entsteht durch Zusammenarbeit und gemeinsames Marketing von Waldbauern, Sägem, Zimmerern und Schreibern eine „Wertschöpfungskette Weißtanne“ zur Förderung der regionstypischen Weißtanne und Erhöhung der regionalen Wertschöpfung. Mit dem Generationenhaus in Sontheim wird eine bayernweit einmalige Begegnungs- und Betreuungsstätte für Jung und Alt im ländlichen Raum geschaffen.

Aufwertung der Region

Durch die Zusammenarbeit zwischen Ostallgäu, Auerbergland und Außerfern erfolgte eine grenzübergreifend gemeinsame Ausbildung von Kulturfürern, wodurch die Region aufgewertet wird und alternative Einkommensquellen entstehen. Mit dem bäuerlichen Informationszentrum für Allgäuer Milchwirtschaft und Käsehandwerk und der Käsealp in Lehern im Ostallgäu konnten die regionale Identität gestärkt, eine Besuchersteigerung erreicht und die Direktvermarktung von Milch und Käse verbessert werden.

Das Unterallgäu positioniert sich als Gesundheitsregion „Kneippall Unterallgäu“. Die jährlich stattfindende Unterallgäuer Gesundheitswoche stellt dies eindrucksvoll unter Beweis. Mit der Staudenbahn gibt es in den Stauden wieder einen Kristallisationspunkt, der die Identität dieser Region und ihre tou-

ristische Entwicklung stärkt. Im Ostallgäu haben BBV, Schul- und Landwirtschaftsverwaltung das Konzept „Schüler auf dem Bauernhof“ entwickelt, um jungen Menschen ein realistisches Bild über die Erzeugung von Lebensmitteln zu vermitteln und Verständnis für die Bedeutung bäuerlicher Landwirtschaft zu wecken. Um das Potenzial der einzigartigen, aber kulturtouristisch weitgehend unerschlossenen Burgenlandschaft im Allgäu für Einheimische und Gäste noch besser zu erschließen, sind Maßnahmen an 37 Allgäuer Burgen- und Ruinen-Standorten geplant. **DK**

Bayerische Gemeindezeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPV in Bayern

Herausgeber:

Landrat Luitpold Braun

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Brigitte Scherle (Wirtschaft und Messen)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Wilfried Gehr (Specials zu Wirtschaftsthemen)

Klaus Kamhuber

Peter Müller

Florian Hahn (KPV)

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Viktoria Bertele (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-11

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 40 vom 01.01.2006

Anzeigenschlufftermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

Erscheinungsweise:

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWST.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWST.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Bayer. Landesbank München

Konto 1159164, BLZ 700 500 00

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Fränkischer Tag GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 1, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Landkreis Günzburg:

Altbürgermeister Karl Sailer verstorben

Er war stellvertretender Landrat und einst jüngster Bürgermeister Bayerns

Karl Sailer, einer der bekanntesten und beliebtesten Politiker des Landkreises Günzburg, ist kurz vor seinem 76. Geburtstag verstorben. 1956 wurde Sailer mit 25 Jahren zum jüngsten Bürgermeister in Bayern gewählt. Vier Jahrzehnte hielt er dieses Amt in Balzhausen inne.

Zudem war er 42 Jahre lang Mitglied im Kreistag und sechs Jahre als stellvertretender Landrat aktiv. Mehrere Jahrzehnte stand er als Schöffe den Gerichten in Neu-Ulm und Memmingen zur Verfügung. Sailer wurde für seine Verdienste mit dem Bundesverdienstkreuz Erster Klasse, der Silbernen kommunalen Verdienstmedaille von Bayern und der Landkreismedaille ausgezeichnet.

Nachdem 1956 der damalige Balzhauser Bürgermeister Otto Keisinger aus Altersgründen nicht mehr kandidierte, war man auf der Suche nach einem neuen Gemeindeoberhaupt. 17 Männer hätten damals ihre Bereitschaft zur Kandidatur erklärt. Darunter auch Karl Sailer. Nach dem ersten Wahlgang kamen dann fünf Kandidaten in die erste Stichwahl. Am Ende gab es eine große Überraschung: Karl Sailer erhielt 65 Prozent der Stimmen und wurde mit 25 Jahren der jüngste Bürgermeister in Bayern.

Als Krönung seiner Laufbahn kann sicherlich die Auszeichnung im Jahr 2001 gesehen werden: Sailer erhielt damals aus den Händen von Staatssekretär Georg Schmid im Rokokosaal der Regierung von Schwaben in Augsburg das Verdienstkreuz Erster Klasse. In der Laudatio betonte Schmid seinerzeit, dass Sailer die Aufwärtsentwicklung seiner Kommune entscheidend gestaltet habe. Weiter würdigte Schmid auch ausdrücklich die politischen Aktivitäten Sailers auf Kreisebene. **Hans Joas**



Mit vielfältigen Maßnahmen setzt sich der Landkreis Augsburg für eine stärkere Integration von Zuwanderern ein. Dazu informierte sich jetzt (v. l.) Landrat Dr. Karl Vogele mit WBL-Geschäftsführer Josef Hartmann und Langweids Bürgermeister Karl-Heinz Jahn vor Ort über das Projekt der „Kinder- und Familienhilfe Langweid“ bei Sozialpädagogin Manuela Schnierle, die Migrantenkinder und deren Eltern bei der Bewältigung alltäglicher Probleme unterstützt. □

Landkreis Augsburg:

Ein Bündel an Integrationsmaßnahmen

Im Landkreis Augsburg leben rund 15.000 Ausländer aus 133 Nationen. Das Augsburger Land versucht mit einer konsequenten Integrationspolitik die Eingliederung von Migranten und ihrer Kinder in die deutsche Gesellschaft zu unterstützen. „Wir bieten unseren ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern ein ganzes Bündel an Maßnahmen an, halten aber auch den Druck sehr hoch, damit Integration gelingen kann“, so Landrat Dr. Karl Vogele.

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist die Grundvoraussetzung gesellschaftlicher Teilhabe. Deshalb müssen gerade ausländische Kinder früh gefördert werden. Sie brauchen schon im Kindergartenalter entsprechende Hilfestellungen. So gibt es bereits in vielen Kindergärten im Landkreis Augsburg Programme, um dem Bedarf an Sprachförderung bei Kindern mit nichtdeutscher Herkunft gerecht zu werden. Beispielsweise das Würzburger Trainingsprogramm „Hören, Lauschen, Lernen“. Es dient als Vorbereitung auf das Lesen und Schreiben und ist auf Kinder mit drohender Lese- und Rechtschreibschwäche ausgerichtet.

Für Kinder mit Deutsch als Zweitsprache und für Kinder mit Sprachentwicklungsproblemen wird derzeit in 17 Kindergärten das Programm „Frühe Sprachförderung Kon-Lab“ angeboten. Durch die Vermittlung sprachlicher Grundfertigkeiten und Grammatikgrundlagen vermittelt es den Kindern das Fundament für ein erfolgreiches Lernen in der Schule. Außerdem wird im Langweider Kindergarten bereits zum wiederholten

Male erfolgreich ein so genanntes Stadtteilmütterprojekt oder auch Rucksackmodell genannt, durchgeführt. Dabei liegt der Schwerpunkt in der mehrsprachigen Erziehung unter Einbeziehung der Muttersprache.

Dass die Kinder von Zuwanderern mit ausreichenden Deutschkenntnissen eingeschult werden, ist der Kreisverwaltung ein besonderes Anliegen. In Zusammenarbeit mit Kindergärten und Grundschulen werden alle Kinder mit so genanntem Migrationshintergrund im vorletzten Kindergartenjahr einer Sprachstandsfeststellung unterzogen. Kinder, die dabei Defizite aufweisen, müssen dann an Vorkursen teilnehmen. In 160 Stunden, jeweils zur Hälfte im Kindergarten und in der Schule, werden die deutschen Sprachkenntnisse der Kinder gefördert.

Wichtiger Mosaikstein

Ein weiterer wichtiger Mosaikstein in der Integrationspolitik des Landkreises ist die Jugendsozialarbeit an Haupt- und Förderschulen. Sie dient der Chancengleichheit aller Schülerinnen und Schüler. Speziell ge-

schulte Sozialpädagogen arbeiten mit sozial auffälligen Kindern und Jugendlichen und nehmen sich ihrer Probleme an.

In nahezu allen Hauptschulen (außer Dinkelscherben, Zusmarshausen und Thierhaupten) und in den drei Förderschulen sind Jugendsozialarbeiter aktiv. Das Augsburger Land hat damit eines der dichtesten Netze an Jugendsozialarbeit in Bayern. Aber auch bei den erwachsenen Zuwanderern setzt der Landkreis mit seiner Arbeit an. „Gute deutsche Sprachkenntnisse und Kenntnisse des Rechts- und Gesundheitssystems sind ein unabdingbares Instrument, dem Ziel der gleichberechtigten Teilhabe und Chancengleichheit näher zu kommen“, bekräftigte Vogele. „Gute Sprachkenntnisse steigern außerdem die Chancen zur Integration in den Arbeitsmarkt.“

Daher werden Neuzuwanderer vom Ausländeramt des Landkreises aufgefordert, einen Integrationskurs zu besuchen. Der soll ausreichende Sprachkenntnisse sowie Wissen zur deutschen Rechtsordnung, Geschichte und Kultur vermitteln. Der Ausländer selbst wählt einen Träger aus, bei dem er den Kurs besuchen möchte. Daneben verpflichtete die Ausländerbehörde aufgrund besonderer Integrationsbedürftigkeit im ersten Halbjahr 2006 auch 46 Ausländer, die bereits seit längerer Zeit in Deutschland leben, am Integrationskurs teilzunehmen. Hier kann der Landkreis bayernweit die zweithöchste Verpflichtungsquote verzeichnen. Im ersten Jahr nach Einführung des neuen Zuwanderungsgesetzes (2005) wurden von den insgesamt 459 bayerischen verpflichteten Ausländern 32 vom Landkreis Augsburg aufgefordert, den Kurs zu besuchen. Im Vergleich dazu waren es bei den Städten München und Augsburg jeweils nur eine Person. □

Landräte im Amt bestätigt

Der Schweinfurter Landrat Harald Leitherer (CSU) kann weitere sechs Jahre im Amt bleiben. Der 53-Jährige wurde bei der Landratswahl mit mehr als 90 Prozent der Stimmen wiedergewählt. Damit verbesserte er sein Wahlergebnis vom Oktober 2000, als er 66,4 Prozent erhielt. Leitherer ging diesmal allerdings ohne Gegenkandidaten ins Rennen. In Kitzingen ist Tamara Bischof von den Freien Wählern erwartungsgemäß in ihrem Amt bestätigt worden. Die Juristin erhielt 97 Prozent der Stimmen. Auch sie hatte keinen Gegenkandidaten. Die Wahlbeteiligung lag bei lediglich 30 Prozent. DK



Traunsteins Landrat Hermann Steinmaßl besuchte in Begleitung des Geschäftsführers der Arbeitsgemeinschaft Integration Traunstein (AI TS), Christian Reiter, einen der Vorbildbetriebe im Landkreis Traunstein bei der Lehrlingsausbildung: Im Drei-Sterne-Hotel „Malerwinkel“ bei Seebuck ließ er sich von Firmenchefin Anni Loh, Restaurantchef Christian Wuchty und Küchenchef Heinz List über die Ausbildungssituation in der Gastronomie informieren und warb um die Einstellung auch solcher Lehrlinge, die zum Beispiel wegen schlechter Noten oder einer schwierigen Lebenssituation nur geringe Chancen auf einen Ausbildungsplatz haben. Christian Reiter unterstrich die Präventionswirkung einer Berufsausbildung. Gerade jugendlichen „Hartz IV“-Empfängern könne dadurch neue Hoffnung auf ein selbstbestimmtes Leben vermittelt werden. Die von Landkreis und Agentur für Arbeit gemeinsam getragene Arbeitsgemeinschaft könne ausbildungsbereiten Arbeitgebern wesentliche Hilfen wie etwa die gezielte Vermittlung und intensive Betreuung der jungen Leute anbieten. Steinmaßl bezeichnete das Zusammenspiel von Ausbildungsbetrieb, Berufsschule und AI TS als „triales Ausbildungssystem“, dem ebenso viel Erfolg beschieden sein könnte wie der weltweit beachteten dualen Ausbildung in Deutschland. □

GZ Gestern hat mein Chef gesagt ...

„Eine Sternstunde der Entbürokratisierung und ein wirklich großer Schritt für den mündigen Verbraucher.“ Mein Chef, der Bürgermeister, lächelte hämisch, als er die Zeitungsartikel las, die über den Wegfall einer europäischen Verpackungsrichtlinie berichteten.

Denn Großes tat sich in Straßburg, als der europäische Gesetzgeber beschloss, dass hinkünftig der Hersteller und damit indirekt der Verbraucher selbst entscheiden kann, welche Packungsgröße er für sein Produkt wählt. Bisher war haarklein festgelegt, welche Produkte in welcher Verpackung angeboten werden durften. Europa wäre aber nicht Europa, gäbe es für viele Produktgruppen keine Übergangsregelungen und für weitere Schonfristen nach der Übergangsregelung. Somit werden nicht sofort Eineinhalb-Litergläser Frischmilch neben 300-



in die Richtung geht, in die er zeigt.

Es ist doch schön zu wissen, dass staatliche Reglementierer noch ihre Fans haben, wenn sie den heimischen Unternehmen Kosten sparen und Mitbewerbern das Leben schwer machen. Das hat auch die saarländische Landesregierung zu spüren bekommen. Als sie vor einiger Zeit das Apothekenmonopol in Frage stellte, war sie in der Rolle des „bad guy“. Als sie jetzt ankündigte, den Ladenschluss rigide bei 20:00 Uhr zu lassen, ist sie der „good guy“ der vereinigten Besitzstandswahrer von Gewerkschaften über Kirchen bis zu Verbänden.

Als ob die Freigabe des Ladenschlusses jede Tante Emma zwingen würde, ihren Laden an 7 Tagen 24 Stunden offen zu halten oder die Schicht einer Kaufhauskassiererin von 8 auf 18 Stunden ausgedehnt würde. Jeder soll es machen wie er will und wie es sich für ihn rechnet. Die meisten werden ihre Öffnungszeiten nicht verändern, weil es sich nicht lohnt, neues Personal für ein bisschen zusätzlichen Umsatz einzustellen. Andere werden Arbeitslosen eine Beschäftigungschance geben. Wieder andere sich auf exotische Öffnungszeiten spezialisieren und dafür mit den Preisen raufgehen. Denn warum soll man um 22:00 Uhr nur an Tankstellen Milch für 50 Cent mehr als beim Discounter kaufen können und nicht auch beim griechischen Feinkosthändler, der froh wäre, seine Schwiegermutter für die Nachtschicht einteilen zu können?

Mein Chef, der Bürgermeister, ist ein ausgesprochener Verfechter möglichst großer Freiheit für die Händler und möglichst umfassender Gestaltungsfreiheit für die Kommunen. Es muss ja nicht immer alles in der ganzen Republik gleich organisiert sein. Man kann doch schauen, was bei einer Liberalisierung der Öffnungszeiten rauskommt. Vielleicht sollte man auch den Spruch Marie von Ebner-Eschenbachs auf dem heutigen Kalenderblatt bedenken: „Ausnahmen sind nicht immer Bestätigung einer alten Regel; sie können auch Verbote einer neuen Regel sein.“

In Straßburg hat sich Großes ereignet

Gramm-Zuckerdosens in den Regalen stehen. Oder Kaffee in den im Ausland gar nicht so selten bürofreundlichen Ein-Kilo-Beuteln.

Als schlechtes Gemüt und ahnungslose Verbraucherin, die gar nicht wusste, dass ihre Einkaufsgewohnheiten jahrzehntelang von Brüsseler Bürokraten prädisponiert wurden, reibe ich mir natürlich die Augen über die Findigkeit, was man alles regeln kann, wenn man nur mit Gewalt etwas regeln will. Man wird sehen, ob sich viel ändert - z.B. verschiedene Packungsgrößen für unterschiedliche Haushaltstypen - oder ob die Macht der Gewohnheit stärker ist.

Am interessantesten war allerdings die Reaktion einiger Unternehmen, die sich höchst kritisch zu der Liberalisierung äußerten, weil man doch jetzt alle Abfüllanlagen und Lagerkapazitäten auf die Standardgrößen ausgerichtet habe und nunmehr vielleicht in etwas Neues investieren müsste. Hört und liest man richtig? Die Wettbewerb liebende freie Wirtschaft, die jeden Beamten als verküchert und jedes Gesetz als verstaubt ansieht, fordert knebelnde Vorgaben! Da bewahrheitet sich halt der alte Spruch, wonach kein Wegweiser selbst

Neues Fürther Landkreis-Buch:

BesonderLand - Besonderbuch?

Dichter und Kreiskämmerer zusammen auf Spurensuche

„Wann kriegt man als Hobbyfotograf schon mal die Chance, ein ganzes Buch zu illustrieren?“ Diese Frage des Fürther Kreiskämmerers Herbert Reinl beantwortete seine Chefin und Landrätin Gabriele Pauli kürzlich in etwa so: „Wenn ein neues Landkreis-Buch bezahlbar bleiben soll.“ Ein „Sponsoring“ in ungenannter Höhe tat ein Übriges.

Das Werk BesonderLand über den Landkreis Fürth „liest sich nicht wie ein normales Buch über Gebietskörperschaften“ sagt die Landrätin. Damit hat sie sicher Recht: „Statistische Werke mit vielen Zahlen und ein paar Bildern“ verlegt Richard Alt von der Bayerischen Verlagsanstalt normaler Weise. Die sind meist träge und langweilig, und eigentlich noch nicht mal zum Verschenken als ausländische Gäste ohne Deutschkenntnisse sinnvoll. Doch die Damen und Herren Landräte wollen es halt so. Dass der Stab um die Fürther Kreischefin etwas Anderes wollte, ist diesem hoch anzurechnen: Ein Landkreisbuch, das auch normale Menschen gerne lesen, wollte der in Nürnberg und Neidhardswinden lebende Dichter Godehard Schramm mit BesonderLand schreiben. Aber wer sucht, der findet in jeder Ecke unseres Landes Besonderheiten: Wird dann aus jedem Landstrich gleich ein besonderer?

„Ein schönes, organisches Ganzes ist es geworden“ sagt Schramm. „Unbefangen“ habe er sich bewegt, sei „auf kritischer Distanz“ geblieben, trotz vermeintlich „vermintem politischem Gelände“, beschreibt der Schriftsteller seine Ängste, bevor er mit dem Buch begann.

Doch die hätten sich als unbegründet herausgestellt, erklärt Schramm. Zensur, Verbote, Inhaltsvorgaben: „Ich hab das nicht erlebt!“

Versteckte Ecken aufgesucht

Doch seinen Fotografenpartner Reinl habe er „gehetzt wie einen Hasen“, gibt Schramm zu. Der vielfach ausgezeichnete Hobbyfotograf hat dann „abends nach Feierabend oder vor der Arbeit die etwas versteckteren Ecken des Landkreises“ aufgesucht, erläutert dieser. Die „Fotoarbeit eines Jahres“ stecke in dem Buch. Diese Bildherstellung zu Tagesrandzeiten erklärt dann zwar, warum viele Ortschaften menschenleer erscheinen. Doch weshalb gibt es weder Winter noch Regen zu sehen?

„Wo einst die Bibert-Bahn...“ hat Schramm ein Kapitel überschrieben, mit Erinnerungen an „die schnuckelige Tenderlokomotive No. 4522.“ Auf die Frage, warum er dann die Initiativen für eine Wiederbelebung dieser Schienenachse in den Landkreis nicht erwähnt habe, antwortet Schramm lapidar: „Schriftsteller können politische Entscheidungen nicht beeinflussen.“

„Reichland - grossgenug“ lautet Schramms Resümee über den

the
Sabriul

flächenkleinsten bayerischen Landkreis mit dem Flurstück Mondschein bei Raitersaich; mit dem Playmobil-Funpark Zirndorf; mit dem Bauern-Dichter aus Vogtsreichenbach und dessen „VerstimmtSein“. Wortschöpfungen wie diese begründet der Dichter mit seiner „Abneigung gegen Adjektive.“ So erkläre sich auch der Buchtitel „BesonderLand“.

Doch das Buch ist lediglich ein Blick in den Rückspiegel. Die Zukunftsperspektiven des Landkreises Fürth bleiben im Verborgenen. Trotz Teilhabe der Leser am „25-Stunden-Tag“ der „Frau Landrätin“ in Wort und Bildern. Heinz Wraneschitz

Das Schweinfurter Land entdecken

Bis 8. Oktober 2006 findet in Schweinfurt die Unterfrankenschau statt. Mit einem Stand vertreten ist auch wieder das Touristik Service Zentrum Schweinfurter Land. Gemeinsam mit den vier Gemeindeallianzen der Region, Allianz Oberes Werntal, Schweinfurter Oberland, Schweinfurter Mainbogen und Region Mainsteigerwald, präsentiert sich der Landkreis bis 6. Oktober in Halle 1. Geworben wird für das vielfältige Angebot der Urlaubsregion Schweinfurt. Vor allem die Imagenkarte Schweinfurter Land sowie die in diesem Jahr neu überarbeitete Radwanderwegkarte bilden Schwerpunktthemen bei der Präsentation. □

Herbert Knur zum 60. Geburtstag:

Kommunalpolitik als Herzensangelegenheit

Am 15. September feierte Herbert Knur seinen 60. Geburtstag. Seit 1990 ist der Träger der Bürgermedaille in Gold 1. Bürgermeister der Gemeinde Berglern im Landkreis Erding. Engagiert in einer Vielzahl von Ehrenämtern, verzichtete der Jubilar an seinem Ehrentag auf Geschenke, sondern bat um eine Spende für das Kinder- und Jugendprojekt „Little Smile“ in Sri Lanka.

Der in München geborene Diplom-Verwaltungswirt (FH) fungierte bis 1988 im Landratsamt Erding als Leiter des Sachgebietes Hauptverwaltung, als stellvertretender Kreiskämmerer und stellvertretender Leiter der Abteilung Haupt- und Finanzverwaltung. Bis 1990 war er zudem Dozent an der Bayerischen Beamtenfachhochschule und bei der Bayerischen Verwaltungsschule für Recht im öffentlichen Dienst, Verwaltungsorganisation und Kommunalrecht. Seit April 1994 ist er Direktor der Akademie der Bayerischen Presse in München.

„Als ich 1978 als Gemeinderat anfing, gab es in Berglern

allein das Baugebiet Harteracker“, erinnert sich der dreifache Familienvater. Knur, Vorstandsmitglied im Bayerischen Gemeindetag, Kreisverband Erding, sorgte für die Realisierung von Bauleitplänen.

Einwohnerzahl verdoppelt

Für Hunderte von Berglerner Bürgern wurde im Rahmen des Einheimischenmodells günstiger Baugrund zur Verfügung gestellt und auch Neubürgern konnten günstige Alternativen geboten werden. Die Folge: Während Knurs Amtszeit verdoppelte sich die Einwohnerzahl Berglerns von rund 1200 auf über 2400.

Die Grundschule, die zu Beginn von Knurs Amtszeit zum Schulverband Wartenberg gehörte und nur existieren konnte, weil Kinder aus Wartenberg die Klassen auffüllten, wurde durch die Initiativen des Bürgermeisters wieder selbstständig. Der Jubilar sorgte auch dafür, dass der Ort nunmehr über zwei gemeindliche Kindergärten verfügt. Darin integriert ist eine Mittagsbetreuung für Grundschüler. Mit Stolz kann Herbert Knur auch darauf verweisen, dass erst vor kurzem ein Ärztehaus seine Pforten geöffnet hat. Damit sei „ein kleiner Traum in Erfüllung gegangen“.

Kanalbau

Der Abwasserzweckverband Erdinger Moos hat in den Jahren 1993 bis 1995 den Kanal in Berglern gebaut. Dass es zu dieser Zeit - die Gemeinde ist erst seit 1990 Mitglied beim AZV - dazu gekommen ist, war auf eine Vereinbarung zurückzuführen, die Knur mit dem damaligen Innenminister Dr. Edmund Stoiber getroffen hat. Dabei ging es um eine Sonderförderung für die vom Flughafen stark betroffenen Gemein-

den Berglern, Eitting und Moosinning.

Im Jahr 1993 konnte die Gemeinde mit einer Vielzahl von Veranstaltungen ihr 1200-jähriges Bestehen feiern. Berglerns Rathauschef fungierte als erfolgreicher Koordinator der Veranstaltungen und war während der zehntägigen Festwoche auch der Festwirt.

Beachtliche Lebensleistung

Im Rahmen eines Stehempfangs wurde die beachtliche Lebensleistung von Herbert Knur gewürdigt, dessen Herzensangelegenheit neben der Kommunalpolitik über Jahrzehnte der Sport, sowohl aktiv als auch als Funktionär, war. Erdings Landrat Martin Bayerstorfer meinte, allein die Zahl der Gratulanten spiegle die Beliebtheit von Herbert Knur wider. Sein Sachverstand sei allerorts gefragt, als Bürgermeister schaffe er Heimat für seine Bürger.

Freisings Landkreischef Manfred Pointner betonte, der Jubilar spreche immer ein klares Wort. Die Zusammenarbeit in der Flughafenschleife für den Flughafen München - Knur ist stellvertretender Vorsitzender - funktioniere bestens, Freising und Erding dürften sich im Kampf gegen die dritte Startbahn nicht auseinanderdividieren lassen. „Mit der Hand, die ich noch vor einem Tag dem Papst schütteln durfte“, gratulierte Pointner dem „60er“ aufs Herzlichste. **DK**

„Altmühlsee-Festspiele“:

Zukunft auf der Kippe

Muhr am See (wefa) - Eine 2300-Einwohner-Gemeinde, die sich eigene Festspiele leisten kann, ist zu bewundern. Im dritten Jahr waren heuer die „Altmühlsee-Festspiele“ zu erleben. Aber wegen des miserablen Wetters im August endeten sie nach 19 Tagen mit einem finanziellen Desaster. Jetzt steht ihre Zukunft auf der Kippe.

Die Freilichtbühne mit rund 500 Sitzplätzen ist Teil des Altmühlsee-Informationszentrum, das wegen seiner Holzbauweise mehrfach bundesweite Anerkennung gefunden hat. Dass es in der kleinen Kommune am See aber ein Freilichttheater gibt, das ist eher einem Zufall zu verdanken.

Vollblutschauspieler

Spontan fanden Bürgermeister Roland Fitzner und der Intendant Christian P. Hauser (ein Sohn des früheren Bonner CSU-Finanzstaatssekretärs) zueinander. Beide sind Powermänner der Festspiele. Hauser hat in den drei Jahren stets ein Ensemble von Vollblutschauspielern engagieren können, die ihr Metier von der Pike auf gelernt haben.

Miserables Wetter

2005, also im zweiten Jahr, kamen immerhin 8000 Menschen zu den Festspielen. Damit schien das Theater auf einem guten Weg zu sein. Aber 2006

war alles andere als ein glückliches Jahr für Freilichtspiele. An 18 von 19 Tagen regnete es oder es war einfach zu kalt. So waren es am Ende nur 4500 Gäste, die das Kinderstück „Zwerg Nase“, die Komödie „Lauf doch nicht immer weg!“ und den Klassiker „Der arme Cyrano“ sahen. Das Defizit: 40.000 Euro. Bürgermeister Roland Fitzner enttäuscht: „Für das junge kulturelle Pflänzchen eine echte Katastrophe.“

Kultureller Pluspunkt

Jetzt gilt es, die Festspiele vor dem frühen Aus zu retten. Fitzner hat mit Innenminister Dr. Günther Beckstein und Dr. Ludwig Spaenle (Vorsitzender des Landtags-Kulturausschusses) zwei einflussreiche Politiker gewinnen können. Er hofft, dass die Festspiele, die ein kultureller Pluspunkt für die ganze Region geworden sind, noch zu retten sind. Das finanzielle Risiko trägt in der Hauptsache der Intendant, aber die Gemeinde will ihn nicht im Regen stehen lassen. **□**

Vorschau auf GZ 20

In unserer nächsten Ausgabe Nr. 20, die am 19. Oktober erscheint, behandeln wir folgende Fachthemen:

- Kommunalfinanzen
- Wasserversorgung · Wasserentsorgung
- Fachliteratur
- Kommunale Repräsentation

LIEFERANTEN-



NACHWEIS

Absperrpfosten

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache
Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK
Möblierung für Aussen
• Abfallbehälter
• Absperrpfosten
• Fahrradständer
• Sitzbänke u.a.
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 WINNENDEN
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Fahnenmasten/Fahnen

Hugo Knödler GmbH
Heinkelstraße 44, 71384 WEINSTADT
Telefon 07151-995160
Telefax 07151-995166
e-Mail info@hugo-knoedler.de
Internet: www.hugo-knoedler.de

Fahrradabstellanlagen



Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte

LUNERALLA GmbH
Friedhofsbedarf, Totenkühlgeräte
Mühlhausenstraße 11, 90478 Nürnberg
Tel. 0911/2406870 · Fax 0911/2406871
www.luneralla.de

Kehrmaschinen, selbstaufnehmende



Kindergarteneinrichtungen

élbe Produktion - Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-92285 Kümmerbruck
Tel. 09241/81800 · Fax 09241/81801
E-Mail info@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Masten

FAHNEN KOCH COBURG
FAHNEN KOCH GMBH
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 COBURG
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Papierkörbe

der Umwelt zuliebe
EIN GESCHÄFTSBEREICH DER HYDROTEC TECHNOLOGIES AG
Düngstruper Straße 46 · 27793 Wildeshausen
Telefon: +49 (0) 44 31/93 55 49 · Telefax: +49 (0) 44 31/93 55 88
E-Mail: info@iut-umwelttechnik.de · www.iut-umwelttechnik.de

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Schacht-Ausrüstungen

HANO Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: [02773]82218 · Telefon: [02773]82256 + 82224

Spiel-, Sport- und Freizeitanlagen

KOMPAN
Playful Living
KOMPAN GmbH
Raiffeisenstraße 11 · 24941 Flensburg
Tel.: +49 461 77306-0 · Fax: +49 461 77306-35
E-Mail: kompan.gmbh@kompan.com
www.kompan.com

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

élbe Produktion - Vertrieb GmbH & Co.
Industriestr. 1 · D-92285 Kümmerbruck
Tel. 09241/81800 · Fax 09241/81801
E-Mail info@elbe.de · www.elbe.net
Entdecke die Welt des Spielens!

Sportgeräte

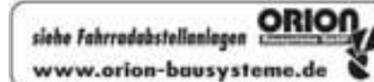
BENZ
Grüninger Straße 1-3 · 71364 Winnenden
Tel. 07195/69 05-0 · Fax 07195/69 05 77 · info@benz-sport.de
www.benz-sport.de

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner
Kommunal- und Winterdienst-Technik
W. Gmeiner GmbH & Co. KG
Bgm.-Knoll-Straße 26 · D-92245 Kümmerbruck/Amberg
Tel.: ++49 (0) 9621/7685-0 · Fax ++49 (0) 9621/7685-49
E-Mail: info@gmeiner-online.de · www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER s. Fahrradabstellanlagen



Wassermähler

HYDROMETER
DIE ZUKUNFT ZÄHLT
HYDROMETER GmbH · Industriestraße 13 · 91522 Ansbach
Tel.: 09 81/18 06 - 601 · Fax: 09 81/18 06 - 615
www.hydrrometer.de

Weihnachtsbeleuchtung

dekoration + werbung
vertragshandel für **Jolitto Star**
weihnachtsbeleuchtung + fest-illuminationen
postfach 1141
90519 oberasbach
ruf nürnberg 09 11/69 39 65
telefax 09 11/69 59 63
email: deko-jochum@online.de
internet: www.deko-jochum.de

Winterdienst · Schneeräumgeräte · Streumaschinen



Inserieren bringt Erfolg!
www.bayerische-gemeindezeitung.de